MBT hamburg
mobiles beratungsteam gegen rechtsextremismus

Umkämpfte Räume

(Extrem)Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme.

Arbeit und Leben Hamburg
DGB
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN
Hamburg

Volksfront von rechts. Die neofaschistische Szene in Hamburg. Ein Überblick von Felix Krebs. 2

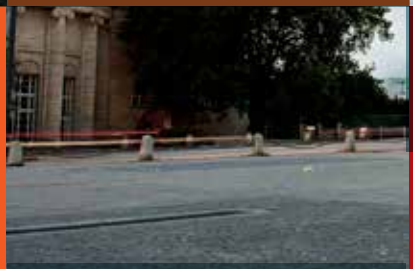
Wovon reden wir? Begriffsbestimmungen. Von Fabian Virchow. 7

Volksverhetzung nicht nur virtuell. Rechtsextremismus im Internet. Von Johannes Baldauf. 44

Courage macht Schule: mobile Beratung vor Ort – das Beispiel Tostedt. Von Ulli Grass. Alle Interviews geführt von Nicole Vrenegor. 40

Den Konsens im Widerstand suchen. Interview mit der Antifa-AG von Avanti. 16

Unser Versprechen: Wir tragen das Wissen weiter. Interview mit Cornelia Kerth, Vorsitzende der VVN-BdA. 50



Kein Platz für Nazis – weder auf der Straße noch in den Betrieben noch in den Parlamenten. Ein Interview mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR). 8

Bauernzöpfe und Hello Kitty. Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Über rechte Extremistinnen jenseits von Beate Zschäpe. Von Johanna Sigl. 12

Das Gegenteil von Nestbeschmutzung. Interview mit Uwe Schmidt vom Bramfelder Bündnis gegen Rechts über einen Stadtteil zwischen Widerstand und Neonazi-Homebase. 32

Die Sehnsucht nach einem Richter Gnadenlos. Rechtspopulismus in Hamburg. Von Maik Baumgärtner. 36

Über die Grenzen Hammonias hinaus. Im Norden agieren die Rechtsextremen gemeinsam. Von Andreas Speit. Eine Betrachtung über die Stadtgrenzen hinaus. 22

Wachsam sein. Ein Interview mit Karla Fux, Antifa Bergedorf, über einen Stadtteil, der seit Ende der 1970er-Jahre ein Neonazi-Hotspot ist. 10

Engagiert gegen Judenfeindschaft? Module für die Pädagogik gegen Antisemitismus. Von Olaf Kistenmacher. 20

Neue Formen des Gedenkens erproben. Ein Interview mit AkteurInnen des Olsdorfer Friedensfestes. 46

Zwischen konservativ und extrem rechts. Burschenschaften und andere Graubereiche. Von Felix Krebs. 30

Mit politischer Bildung gegen extrem rechte Einstellungen. Ansätze, Anforderungen und Rahmenbedingungen eines komplexen Handlungsfeldes. Von Jens Schmidt. 15

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg. 52

Die gehören hier nicht hin … Rechtsextremismus in der »Mitte« der Gesellschaft. Von Johannes Kiess. 18

Neonazismus subkulturell: Die Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv«. 28
Von Emil Meyer.

… nur wenn's kracht. 49
Neonazis im Spiegel der Medien.
Von Maike Zimmermann.

Wir wollen keine Nazis hier. 25
Mit Mahnwachen und Aktionen wehren sich die Glinder gegen einen Thor-Steinar-Laden in ihrer Stadt.

Nicht rechts, nicht links – identitär? Die Identitäre Bewegung in Hamburg. 42
Von Johannes Baldauf.

Wider die »liberale« Islamkritik. 43
Von Margarete Schlüter.

Hamburg, das Tor zur Welt, charakterisiert nicht mehr nur die Bedeutung Hamburgs als Hafen- und Handelsmetropole, sondern wird von Politik und Stadtmarketing gern zusammen mit Weltoffenheit, Liberalität und Toleranz beworben. Hamburg will in Superlativen von sich reden machen: Hafengeburtstag – größtes Hafenfest der Welt, Hamburger DOM – größtes Volksfest des Nordens. Einer Umfrage des Städteportals meinestadt.de in Zusammenarbeit mit dem Marktforschungsinstitut YouGov aus dem Jahr 2012 zufolge sind Hamburger die glücklichsten Deutschen.

Bei so vielen guten Nachrichten gerät in Vergessenheit, dass Hamburg nicht für alle Menschen gleichermaßen lebenswert ist. Im Jahr 2012 wurden in Hamburg mindestens 396 Straftaten mit erwiesener oder zu vermutender extrem rechter Motivation verübt. Dabei handelte es sich in 38 Fällen um Gewalttaten. Bedenkt man die zu vermutende Höhe des Dunkelfeldes im Bereich der Hasskriminalität – dass insbesondere Angriffe, die von den Betroffenen als alltäglich erlebt werden, wie Bedrohungen oder Nötigungen, oft nicht zur Anzeige gelangen und auf der anderen Seite eine rechte Tatmotivation viel zu häufig unerkannt bleibt –, ergibt sich, dass die Auseinandersetzung mit (extrem) rechten Strukturen auch in Hamburg leider immer noch notwendig ist.

Sie zu beleuchten und damit die Lebensrealität, der zu viele HamburgerInnen ausgesetzt sind, sichtbarer zu machen, ist das Anliegen der vorliegenden Broschüre. Häufig sind wir in unseren Beratungen mit echter Fassungslosigkeit, aber auch mit bewusster Ignoranz und aktivem Wegschauen darüber konfrontiert, dass es so etwas wie eine rechte Szene auch im weltoffenen Hamburg gibt, dass Diskriminierungen zum Alltag vieler Menschen dieser Stadt gehören.

Die Broschüre widmet sich darum auf der einen Seite dem organisierten Rechtsextremismus: Der Beitrag von Felix Krebs »Die neofaschistische Szene in Hamburg. NPD, Freie NationalistInnen und andere« gibt einen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen der extremen Rechten in Hamburg, Andreas Speit wirft in dem Beitrag »Die extreme Rechte in der Metropolregion Hamburg« einen Blick über die Stadtgrenzen, Emil Meyer beschäftigt sich in seinem Artikel dezidiert mit einer Hamburger Gruppierung, die den Autonomen NationalistInnen zuzurechnen ist.

Auf der anderen Seite finden sich Beiträge, so der Text »Rechtspopulismus in Hamburg. Von Schill bis zu Freiheit«, der, durch das MBT leicht überarbeitet, aus der Feder von Maik Baumgärtner stammt, die Artikel zur Identitären Bewegung von Johannes Baldauf und Margarte Schlüter, der Text »Zwischen Konservatismus und extremer Rechter: Burschenschaften und andere Graubereiche« von Felix Krebs, die sich eher mit Gruppierungen und Zusammenhängen beschäftigen, die dem Mainstream in ihrer Ideologie und Argumentation noch näher stehen und einmal mehr unterstreichen, dass zwischen einer vermeintlich demokratischen Mitte der Gesellschaft und ihrem extrem rechten Rand nicht klar zu trennen ist, sondern die Übergänge fließend sind. Auf diesen Zusammenhang sowie auf die Problematik des Begriffes »Rechtsextremismus« verweisen auch die in der Broschüre enthaltenen Beiträge von Fabian Virchow »Kritische Begriffsbestimmung« und Johannes Kiess »Die Mitte«. Johanna Sigl beschäftigt sich in dem Beitrag »Gender und extreme Rechte« mit der Rolle von Frauen und Mädchen in der extremen Rechten und für die extreme Rechte, Maike Zimmermann problematisiert in ihrem Beitrag den medialen Umgang mit dem Phänomen »Rechtsextremismus«. Schließlich findet sich ein Beitrag zum Thema »Rechtsextremismus im Internet«.

Wir wollen aber nicht nur (extrem) rechte Strukturen sichtbar machen, wir möchten vor allem Bündnisse, Initiativen und Gruppen, die sich in Hamburg offensiv mit dem Thema »Rechtsextremismus« auseinander- und ihm ihr Engagement entgegensetzen, beleuchten und würdigen. Ihren Aktivitäten ist es maßgeblich zu verdanken, dass die extreme Rechte in Hamburg in keinem Stadtteil die Straßenhoheit, in keiner Auseinandersetzung die Deutungshoheit für sich beanspruchen kann. Nicole Vrenegor hat einige von ihnen interviewt; was sie erzählen, kann auch als Ermutigung und Anregung dazu dienen, eine eigene Praxis gegen die extreme Rechte zu entwickeln.

Uns, dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg, ist genau das, die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, ein zentrales Anliegen. Unsere Angebote und unsere Arbeit werden in einem eigenen Beitrag zum MBT Hamburg beleuchtet. Außerdem finden sich Praxisbeispiele und Beiträge zur politischen Bildungsarbeit gegen die extreme Rechte – als Projekt von Arbeit und Leben Hamburg und der DGB Jugend Nord ist »Intervention« für uns ohne »Prävention« nicht zu denken.

Wir danken explizit all jenen, die an dieser Broschüre mitgewirkt haben, den AutorInnen der einzelnen Beiträge wie den Initiativen und Bündnissen, die uns wichtige PartnerInnen gegen die (extreme) Rechte sind!

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg, November 2013

Volksfront von rechts

Die neofaschistische Szene in Hamburg | Von Felix Krebs

Die neofaschistische Szene* in Hamburg hat sich in den letzten Jahren personell, organisatorisch und ideologisch nur wenig verändert. Die wichtigste organisierte Kraft bleibt weiterhin die NPD. Daneben existieren ältere Kameradschaftsstrukturen, die eng mit der NPD kooperieren. Außerdem gibt es eine neue kameradschaftsähnliche Struktur, die versucht, eher eigenständig zu agieren, eine unorganisierte Szene von eher subkulturell geprägten Neonazis sowie eine neofaschistische Burschenschaft.

Harburg, Seeveplatz: Hier fand am 29. Januar 2011 einer der letzten größeren Aufmarschversuche der Hamburger NPD statt, der jedoch mit 60 teilnehmenden Neonazis für diese kläglich verlief: 600 Protestierende ließen die Parolen der Neonazis ungehört bleiben. Mit dem Ausweichen aus der Hamburger Innenstadt für ihre Propagandaaktivitäten versucht die Hamburger NPD, antifaschistischen Protesten zu entkommen, aber sie will auch ihren Mitgliedern vor Ort den Rücken stärken: Harburg war seit den frühen 80er-Jahren immer ein Zentrum neonazistischer Formierung.

NPD bundesweit Die NPD befindet sich bundesweit in der Krise. Ihre Mitgliederzahl sinkt. Der neue Bundesvorsitzende Holger Apfel, der sich 2011 gegen seinen Vorgänger Udo Voigt durchgesetzt hat, wird von diesem beziehungsweise seinen Gefolgsleuten inzwischen wiederum heftig angegriffen. Spektakuläre Aufmärsche wollen nicht mehr recht gelingen, die Wahlergebnisse sind dürftig, die Finanzen desolat, und möglicherweise droht gar ein Verbot der Partei. Doch auch, wenn es in den Medien manchmal anders rüberkommt, ist leider weiterhin mit der NPD zu rechnen. Sie ist immer noch in zwei Landtagen vertreten, hat als einzige Partei der extremen Rechten einen funktionierenden Apparat mit bezahltem Personal, verfügt über einen eigenen Verlag, eine Monatszeitung und andere Propagandamittel und bekommt allein aus staatlichen Mitteln (Wahlkampfkostenerstattung, Diäten für Abgeordnete, Fraktionszuschüsse, V-Mann-Entlohnungen) jedes Jahr deutlich mehr als eine Million Euro. Viele Mitglieder der NPD sind der Partei seit Jahrzehnten durch alle Krisen hindurch treu. Von der NPD geht zurzeit sicherlich keine parlamentarische Gefahr aus. Sie ist jedoch immer noch eine relativ verbotsresistente Organisationsbasis für das neofaschistische Spektrum, verbreitet permanent entsprechende Propaganda und dient zur rechtlichen Absicherung von Aufmärschen und Konzerten. Durch ihre ideologische »Schulung« sind Generationen von Neonazis gegangen. Und letztlich bleiben ihre Mitglieder und SympathisantInnen eine konkrete Gefahr für alle Menschen, die nicht in ihr faschistisches Weltbild passen.

* Aus den im Kapitel »Begriffsbestimmungen« erörterten Gründen bevorzuge ich in diesem Artikel den Begriff »neofaschistisch« zur Kennzeichnung des dargestellten Spektrums. Alle hier genannten Gruppierungen orientieren sich an historischen Vorbildern des europäischen Faschismus, die meisten (Neonazis) am deutschen Nationalsozialismus. Alle in diesem Kapitel erwähnten Organisationen werden jedoch auch in den Berichten des Verfassungsschutzes als rechtsextremistisch gekennzeichnet.

Hamburger NPD Seit ihrem Landesparteitag 2007, bei dem der berüchtigte Anwalt Jürgen Rieger (gestorben 2009) zum Vorsitzenden gewählt wurde, wird die NPD in Hamburg von überzeugten Neonazis geführt. Der aktuelle Landesvorsitzende Torben Klebe entstammt dem in Deutschland im Jahr 2000 verbotenen Nazi-Musik-Netzwerk *Blood and Honour*; sein langjähriger Begleiter Jan-Steffen Holthusen ist Landesgeschäftsführer der NPD und entstammt der ebenfalls 2000 verbotenen Kameradschaft *Hamburger Sturm*. Laut Aussteigern ist der eher bürgerlich auftretende Angestellte Holthusen der eigentliche Strippenzieher der Partei und gilt in der Szene als »bester SA-Mann der Stadt«. Stellvertretender Vorsitzender ist der langjährige Neonazi Thomas Wulff, der sich nach einem ehemaligen SS-Mann »Steiner« nennt. Wulff stammt ebenfalls aus inzwischen verbotenen Organisationen, ist mehrfach vorbestraft und bundesweit einer der bekanntesten Neonazis. Auch die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes sind schon lange dabei, hatten teilweise schon Kontakt mit der Justiz oder kommen aus verbotenen Organisationen. Aber auch auf der Ebene von Kreisverbänden und an der Basis gibt es einige ziemlich aktive langjährige AktivistInnen, die die Öffentlichkeit allerdings eher scheuen. Die Mitgliederzahl des Landesverbandes ist, unabhängig von bundespolitischen Entwicklungen, seit Jahren ziemlich konstant. Wandsbek und Altona-Eimsbüttel dürften zu den aktivsten der fünf Kreisverbände gehören. Der Hamburger »Stützpunkt« der *Jungen Nationaldemokraten* (JN), der Jugendorganisation der NPD, war zuletzt inaktiv.

In die Öffentlichkeit tritt die NPD meist nur durch Infostände, Kundgebungen oder vereinzelte, aber aufsehenerregende Aufmärsche. Der letzte Aufmarsch namens »Tag der deutschen Zukunft« (TDDZ) fand im Juni 2012 in Wandsbek statt und war von massenhaften Protesten begleitet. Für den überregional besuchten und alljährlich in einer anderen norddeutschen Stadt abgehaltenen Aufmarsch ist zwar offiziell ein eigenes Bündnis politisch verantwortlich. In Hamburg wurde der Aufmarsch, an dem Hunderte von Neonazis teilnahmen, außer von Freien NationalistInnen aber maßgeblich von führenden NPDlern organisiert. Thorsten Schuster, Landesvorstandsmitglied, war Anmelder. Thomas Wulff war Leiter des Aufmarsches, und im Hintergrund waren Klebe und Holthusen aktiv. Als Rechtsanwältin im Rahmen des Vorbereitungskreises zum TDDZ war – wie auch sonst gelegentlich für die NPD – Gisa Pahl tätig. Umgekehrt ist die NPD für die Absicherung von Infoständen oder Kundgebungen häufig auf jüngere AktivistInnen des Kameradschaftsspektrums angewiesen. Die von den Neonazis als »Volksfront von rechts« bezeichnete Kumpanei aus Partei und militanten Freien NationalistInnen ist in Hamburg noch intakt.

Die Anzahl kleinerer Aufmärsche, Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen, die die NPD zusammen mit anderen NeofaschistInnen in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit abhielt, ist zurückgegangen. Die Szene knüpft(e) hierbei oftmals an historische Ereignisse an, die sie in einem eigenen, geschichtsrevisionistischen Kontext behandelt. Der Tag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai) wird so zum »Tag der Ehre«, die Bombardierungen Hamburgs im Sommer 1943 durch die Alliierten zum »Bombenholocaust« und der Volkstrauertag zum »Heldengedenktag«. Der jahrelang immer wieder stattfindende Aufmarsch von NPD, Freien NationalistInnen und der damals noch existierenden *Deutschen Volksunion* (DVU) auf dem Ohlsdorfer Friedhof konnte durch ein zivilgesellschaftliches Bündnis seit 2010 dauerhaft verhindert werden. Die Innenbehörde hatte zwar in den Jahren davor regelmäßig Polizei zur Begleitung der Nazis geschickt, dem Treiben ansonsten aber tatenlos zugesehen.

In den letzten Jahren wurde das öffentliche Auftreten der NPD allerdings durch staatliche Maßnahmen und vor allem aber durch antifaschistische Gegenaktionen stark eingeschränkt. Deshalb beschränkt sich die Öffentlichkeitsarbeit der Partei momentan meist auf die Publikation von Artikeln auf der eigenen Homepage und auf vereinzelte Flugblattaktionen. Häufigste Inhalte der Homepage-Beiträge des Landesverbandes sind rassistisch aufgeladene Themen. Die NPD hetzt zum Beispiel gegen Flüchtlingsheime, MigrantInnen im Fußball und gegen muslimische Einrichtungen. Sogar die Abschiebung von Bürgerschaftsabgeordneten mit migrantischem Hintergrund hatte die NPD schon auf ihrer Agenda. Die Beiträge sind so formuliert, dass sie sich gerade noch im rechtlich zulässigen Rahmen bewegen. Neben der Hetze gegen politische GegnerInnen greift die Hamburger NPD auch immer wieder Themen auf, von denen sie sich eine gewisse Anschlussfähigkeit erhofft. So bringt sie zum Beispiel angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise Artikel mit der Forderung »Raus aus dem Euro« oder versucht durch rassistische Spaltungsversuche, Arbeitskämpfe für sich zu nutzen.

Für die nächste Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen 2014 erhofft sich die Partei, in einzelnen Bezirken die aufgrund des geänderten Wahlgesetzes dann geltende Drei-Prozent-Hürde zu reißen.

Freie NationalistInnen und Kameradschaften Aufgrund mehrerer Verbote neofaschistischer Organisationen in den 1990er-Jahren entwickelten einige führende Köpfe der Szene – darunter Thomas Wulff und der ehemalige Hamburger Christian Worch – das Konzept der *Freien Kameradschaften* (FK). Deren einzelne Mitglieder bezeichnen sich als *Freie NationalistInnen* (FN). Weil sie keine formelle Struktur als Partei oder Verein haben, erhof-

Noch heute finden sich an der S-Bahn Alte Wöhr vereinzelte Hinweise auf den Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2008. Dort zeigte sich zum ersten Mal massiv ein neues Phänomen: Autonome NationalistInnen agierten nicht mehr nur aggressiv gegen linke GegendemonstrantInnen, sondern artikulierten sich verbal und aktiv »gegen das System«, indem sie den Aufforderungen der Polizei nicht nur nicht nachkamen, sondern massiv und gewalttätig gegen die Polizeiketten vorgingen, um offene Auseinandersetzungen mit blockierenden AntifaschistInnen zu suchen und JournalistInnen anzugreifen – hiermit stellten sich die Autonomen NationalistInnen auch in Opposition zu der sich bis dahin nach außen weitgehend bürgerlich gebenden NPD.

fen sich die FK, weniger angreifbar für Verbote zu sein. Moderne Kommunikationsmittel wie Internet, soziale Netzwerke und Handys sollen aber trotzdem eine überregionale Vernetzung und Handlungsfähigkeit der einzelnen Kameradschaften ermöglichen. Viele ehemalige FN hatten sich im Zuge der Radikalisierung der NPD unter dem Bundesvorsitz von Udo Voigt (1996–2011) der Partei angeschlossen oder kooperieren eng mit ihr. Vom neuen Vorsitzenden Holger Apfel haben sich in den letzten zwei Jahren jedoch viele FK distanziert. Die radikalsten Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei versuchen neuerdings, mit den *Freundeskreisen Udo Voigt* Druck auf die Parteispitze auszuüben. Wie sich das Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation zwischen NPD und FN bundesweit entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Einer der vehementesten innerparteilichen Kritiker von Apfel ist der Hamburger Landesvize Thomas Wulff.

In Hamburg haben die älteren FN an Bedeutung verloren. Die Szene in Bramfeld und Umgebung, die früher als Kameradschaft

Bramfelder Sturm und später als *Hamburger Sturm* auftrat, ist zum größten Teil in der NPD aufgegangen. Einzige Kameradschaft im klassischen Sinne ist der Kreis um Tobias Thiessen und seine Lebensgefährtin Inge Nottelmann (die Behörden sprechen hier von der Gruppierung »Neonazis in Hamburg«). Sie pochen zwar formell auf Eigenständigkeit, kooperieren allerdings – auch aufgrund eigener Schwäche – eng mit dem Landesverband der NPD. Aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Szene gehören Thiessen und Nottelmann zu den führenden Neonazis in Norddeutschland. Thiessen war zum Beispiel maßgeblich an der Vorbereitung des TDDZ 2012 in Hamburg beteiligt.

Der FN Christian Worch leistete vor allem juristische Unterstützung im Rahmen des TDDZ. Der ehemalige Hamburger hat in der Stadt immer noch gute Kontakte und einigen Einfluss. Laienjurist Worch ist einerseits aufgrund seiner langen Erfahrung bei der Organisation und bei der rechtlichen Absicherung von Aufmärschen bundesweit anerkannt. Andererseits ist er aber wegen seiner egozentrischen Haltung, die zeitweise schon zu einer Feindschaft gegenüber der NPD wurde, umstritten. Ob sein neues Projekt *Die Rechte* tatsächlich eine Partei sein will und kann, bleibt abzuwarten. Derzeit sammelt Worch hier einige ehemalige DVU-Mitglieder, Abtrünnige aus der NPD und von (staatlicher Repression betroffene) FN. Inzwischen zeichnet sich eine Konkurrenz-Stellung zur NPD immer mehr ab, und umgekehrt verbot die NPD auch einem führendem NPD-Funktionär und ehemaligen Kameradschafter, bei einem Aufmarsch der Worch-Partei zu sprechen. Worchs anfängliche Erklärung, er wolle mit seinem Projekt bürgerlicher auftreten als die NPD, hat sich als reine Schutzbehauptung erwiesen. *Die Rechte* wird inzwischen von ehemaligen KameradschafterInnen dominiert.

In Hamburg besteht noch kein Landesverband von *Die Rechte*. Aufgrund von alten Rivalitäten könnte es für Worch schwierig sein, in seiner ehemaligen Heimatstadt einen Landesverband zu etablieren. Außerdem absorbiert noch der neonazistisch geprägte Landesvorstand der NPD das radikale Spektrum.

Wohl aufgrund von Überalterung und zunehmender subkultureller Entfremdung der »klassischen« FN von der Szene entstand in den letzten Jahren Raum für eine neue kameradschaftsartige Gruppierung: Die *Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv* (WWT/HNK). Sie sucht die neben NPD und dem Kreis um Thiessen eine eigenständige Position und wird in einem separaten Beitrag dargestellt.

Unorganisierte, subkulturelle Neonazis Neben den in Kameradschaften organisierten FN existiert in Hamburg noch eine Szene von organisationsunabhängigen Neonazis. Diese beteiligen sich zwar an größeren Aufmärschen und an Aktionen, lassen sich aber sonst von NPD und FK nur selten mobilisieren. Prägender als die politische Aktivität ist hier das Zugehörigkeitsgefühl zur neofaschistischen Subkultur, mit entsprechender Kleidung, Codes und Musik. Mehr noch als eine rein politische Agitation ist gerade der Rechtsrock für diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtigste »Einstiegsdroge« in die Szene. Einen Kameradschafts- oder Parteiabend zu besuchen oder regelmäßig neonazistische Propaganda zu lesen, erfordert einiges Engagement. Jedoch ist es Jugendlichen ohne größere Probleme möglich, im Internet oder auf dem Schulhof an einschlägige – auch indizierte – Musik zu kommen.

NPD und FK versuchen, diese subkulturelle Szene durch eigens für sie produzierte Rechtsrock-CDs (»Schulhof-CDs«) oder Konzerte mit einschlägigen Bands anzusprechen. Mit »Schall und Rauch« und »Vierländer Jungs« traten in den letzten Jahren auch zwei Hamburger Bands bei Rechtsrock-Konzerten auf. In den vergangenen Jahren fanden in Hamburg und Umland immer wieder, wenn auch in abnehmender Zahl, Rechtsrock-Konzerte statt. Während früher häufiger der jetzige NPD-Landeschef Torben Klebe in die Organisation solcher Konzerte involviert war, so war es zuletzt öfters der wegen Totschlages zu sechs Jahren Haft verurteilte Stefan Silar aus Tostedt. Die konspirativ organisierten Konzerte konnten meist ungestört in angemieteten – zweimal sogar in städtischen – Räumen stattfinden. Der Verfolgungsdruck der Hamburger Behörden bei solchen Konzerten hält sich in Grenzen.

Auch die *Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg* kann der neofaschistischen Szene zugeordnet werden und hatte in den vergangenen Jahren enge Beziehungen zur NPD. Sie wird im Kapitel »Zwischen konservativer und extremer Rechter – Burschenschaften und andere Graubereiche« beschrieben.

Felix Krebs recherchiert seit Jahren zur (extrem) rechten Szene Norddeutschlands, insbesondere ist er Kenner der Burschenschaftsstrukturen. Seine Artikel wurden u.a. im Antifa-Infoblatt, im Rechten Rand und im Blick nach rechts veröffentlicht.

Wovon reden wir?

Begriffsbestimmungen | Von Fabian Virchow

Die Diskussion um ein Verbotsverfahren gegen die NPD und die Berichterstattung über die terroristische Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« haben in jüngster Zeit viel Aufmerksamkeit gefunden. Regelmäßig findet dabei der Begriff Rechtsextremismus Verwendung. Im Alltagsverständnis sind damit meist Einstellungen oder Organisationen gemeint, die sich in ihrer Ideenwelt oder im Auftreten am Nationalsozialismus orientieren oder aggressiv rassistisch sind. Der Begriff Rechtsextremismus wird darüber hinaus von staatlichen Instanzen verwendet. Hier ist er Teil des so genannten Extremismus-Ansatzes. Ihm zufolge sind Staat und demokratische Gesellschaft von verschiedenen Extremismen bedroht, die an den Rändern des politischen Spektrums zu finden sind. Insbesondere die Berichte der Verfassungsschutzbehörden beanspruchen Deutungshoheit darüber, welche politische Organisation als extremistisch und verfassungsfeindlich anzusehen sei.

Die von staatlichen Instanzen und der sogenannten ›Extremismusforschung‹ vertretene Position, dass eine demokratische gesellschaftliche Mitte von zwei Extremen bekämpft werde, die sich strukturell ähneln, geht gleich zweifach in die Irre. Wie etwa Untersuchungen einer Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) gezeigt haben, gibt es menschenrechtsfeindliche und autoritäre Einstellungen auch »in der Mitte der Gesellschaft«, also zum Beispiel bei WählerInnen oder Mitgliedern demokratischer Parteien. Dem so genannten Extremismusansatz geraten solche Einstellungen, die extrem rechte Organisationen für sich zu nutzen versuchen, aus dem Blick. Dies gilt auch für politisches und staatliches Handeln, durch das bestimmte Gruppen als Menschen zweiter Klasse markiert werden, wenn – wie bei Asylsuchenden – staatliche Leistungen reduziert und Grundrechte eingeschränkt werden. Zweitens verkennt der sogenannte Extremismusansatz die wesentlichen Unterschiede zwischen einer politischen Weltanschauung, die rassistische und patriarchale Hierarchien und das Recht des Stärkeren biologistisch und als Maßstab gesellschaftlicher Ordnung festschreiben will, und einer Zielsetzung, der es darum geht, die Gesellschaft zu demokratisieren und das Prinzip sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Leistung zur Geltung zu bringen.

Der Begriff Rechtsextremismus hat sich trotz dieses wissenschaftlich und politisch problematischen Hintergrundes weitgehend durchgesetzt. Er wird daher auch von WissenschaftlerInnen verwandt, die den sogenannten Extremismusansatz ablehnen. Entsprechend plädiert Richard Stöss für ein Verständnis von Rechtsextremismus, das neben neofaschistischen auch deutsch-nationale und nationalistisch-konservative Konzepte umfassen soll. Hans-Gerd Jaschke versteht unter Rechtsextremismus die »Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen« Beide Perspektiven öffnen den Blick .dafür, dass sich entsprechende Einstellungen und Handlungen nicht notwendig (nur) an den Rändern einer Gesellschaft finden lassen. Der in wissenschaftlichen Arbeiten auch verwendete Begriff »extreme Rechte« verweist darauf, dass es auch eine »gemäßigte Rechte« gibt, und soll betonen, dass sich entsprechende Positionen auf einem Kontinuum bewegen. Mit der Verwendung des Begriffs »Faschismus« bzw. »Neofaschismus« sind häufig Ansätze verbunden, die damit entweder jene Strömung der extremen Rechten bezeichnen, die durch Strategie und Taktik große Gemeinsamkeiten mit den faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit aufweist, oder die deutlich machen wollen, dass ein Verständnis des hier behandelten Phänomens ohne die Thematisierung der mit ihm verbundenen sozialen und politischer Interessen unzureichend bleibt.

Mit dem Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) versucht der Bielefelder Pädagoge Wilhelm Heitmeyer jenseits eines Blicks auf organisierte extrem rechte Strukturen feindselige Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Lebensstilen zu erfassen. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus oder feindliche Einstellungen gegenüber Roma und Sinti haben dabei gemeinsam, dass sie in einer Vorstellung von Ungleichwertigkeit wurzeln. Die entsprechenden Ausdrucksformen werden dabei als Syndrom verstanden, da sie häufig gleichzeitig auftreten und miteinander verbunden sind.

In verschiedenen Kontexten taucht in jüngerer Zeit der Begriff Rechtspopulismus auf; er wird häufig für Organisationen und Parteien verwandt, die eine scharfe Abgrenzung gegen den Islam und soziale Minderheiten, ein Bekenntnis zu christlichen Traditionen und autoritäre Gesellschaftsvorstellungen formulieren und sich als Sprachrohr einer »schweigenden Mehrheit« inszenieren, der eine als korrupt und machtbesessen charakterisierte politische Klasse gegenübergestellt wird. Mit Blick auf die große Bedeutung, die von rechtspopulistischen Akteuren oft der Feindschaft gegenüber dem Islam und MuslimInnen zukommt, wird auch von antimuslimischem Rassismus gesprochen. Dabei stehen stereotypisierende und abwertende Zuschreibungen zum Islam als Glaubenssystem und als religiöse Praxis im Mittelpunkt.

Zwischen der extremen Rechten und dem Rechtspopulismus besteht ein weltanschauliches Nahverhältnis. Der Rechtspopulismus teilt mit der extremen Rechten beispielsweise die Ablehnung sichtbaren muslimischen Lebens sowie die Ausgrenzung der muslimischen Kultur bis hin zur Forderung nach Massenabschiebungen. Meist fehlt rechtspopulistischen Gruppen jedoch der aggressive Antisemitismus der neonazistischen Rechten.

Fabian Virchow ist Sozialwissenschaftler mit den Schwerpunkten Neofaschismus und Militarismus. Er hat eine Professur an der Fachhochschule Düsseldorf inne.

Kein Platz für Nazis – weder auf der Straße noch in den Betrieben noch in den Parlamenten

Interview mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR)

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) besteht aus verschiedenen unabhängigen antifaschistischen Zusammenhängen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Gegründet wurde die stadtweite Vernetzungs- und Aktionsplattform 2002. Seit 2005 besteht das Bündnis, das sich monatlich trifft, in seiner jetzigen Form. Grundlage aller am Bündnis beteiligten Gruppen ist die gemeinsam erarbeitete »Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus«, die neben dem Verweis auf die Bekämpfung von Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus auch eine Passage zur Ausländer- und Asylpolitik enthält.

Seit wann gibt es das Hamburger Bündnis gegen Rechts, und was war der Anlass, sich stadtweit zu vernetzen? Seit den 1990er-Jahren gibt es in Hamburg unterschiedlichste Formen der Antifa-Arbeit und Vernetzung, wie zum Beispiel das Bündnis »Kein Fußbreit den Faschisten«. In unserer aktuellen Form bestehen wir seit 2005. Mit der Gründung des HBgR haben wir versucht, vom Reagieren gegen faschistische Tendenzen und Aktivitäten hin zum Agieren zu kommen. Es gab damals keinen direkten Anlass, der zeitlich festzumachen wäre. Uns war es wichtig, hamburgweit eine Struktur zu schaffen, mit der sich eine kontinuierliche Bündnisarbeit gewährleisten ließ.

Seitdem führen wir unterschiedlichste Aktivitäten und Kampagnen durch, zu denen wir hier nur einige Beispiele nennen möchten: 2007 starteten wir im Vorfeld der Bundestagswahl mit der Kampagne »Keine Stimme den Nazis«. Das war auch die Geburtsstunde unseres Internetauftrittes www.keine-stimme-den-nazis.org. Die Seite soll auch heute noch über die Aktivitäten des HBgR und über andere antifaschistischer Zusammenhänge informieren und dafür mobilisieren. Gleichzeitig soll die Seite Stimmen der aktuellen Presse dokumentieren; bei weiteren Aktivitäten ist auch unser umfangreiches Archiv hilfreich.

2008 erweiterten wir die Kampagne unter dem Motto »Kein Platz für Nazis – weder auf der Straße noch in den Betrieben noch in den Parlamenten« und initiierten die Großdemonstration am 1. Mai 2008 gegen den Nazi-Aufmarsch in Barmbek. Zur Bundestagswahl entwickelten wir zudem die Aktion »Brauner Sack«, um gegen die zunehmende Anzahl von Infoständen der Nazis zu protestieren. Wir rechnen gerade im Bundestagswahlkampf mit weiteren NPD-Ständen. Material zur Kampagne »Brauner Sack« kann man sich auf unserer Homepage runterladen.

Das HBgR war auch Mitinitiatorin des Ohlsdorfer Friedensfestes. Wir deckten auf, dass die Nazis auf dem Ohlsdorfer Friedhof das Gedenken an Krieg und Faschismus vereinnahmen wollten und dort jahrelang ihre revisionistischen Mär-

Kein Platz für Nazis, das Motto des Hamburger Bündnisses gegen Rechts, ist immer auch wörtlich zu begreifen. Öffentliche Plätze, in dieser Broschüre sind viele dargestellt, sind die Orte, an denen bei Neonazi- Aufmärschen und Kundgebungen rassistische, antisemitische und extrem rechte Propaganda ganz direkt artikuliert wird, wo NutzerInnen dieser Orte, die nicht in das Weltbild der rechten AkteurInnen passen, aktiv bedroht oder ausgegrenzt werden . Oder eben nicht: wenn der Ort besetzt wird von anderen Meinungen, anderen Positionen, von anderen Menschen; wenn aktiv interveniert wird und der Menschenverachtung ein anderes Miteinander entgegengestellt wird. Wie hier am Hauptbahnhof, wo zuletzt die NPD auf ihrer sommerlichen Deutschlandfahrt 2013 behindert wurde.

sche durchführten. Seitdem nehmen wir aktiv an den antifaschistischen Aktionen im Rahmen des Friedensfestes teil.

Das HBgR hat maßgeblich zum Erfolg der Anti-Nazi-Demo im Juni letzten Jahres mit mehreren Tausenden Demonstrierenden beigetragen. Wie wichtig sind solche Großaktionen auch in Bezug auf den alltäglichen Kampf gegen rechts? Das HBgR fungiert als zentraler antifaschistischer Impulsgeber mit dem Ziel, antifaschistische Inhalte in die breite Öffentlichkeit einzustreuen und zur Selbstverständlichkeit zu machen. Großaktionen haben Ausstrahlung bis in die Regionen und Stadtteile hinein, und umgekehrt fühlen sich regionale Gruppen der hamburgweiten Kampagne zugehörig.

Mit Großaktionen gelingt es uns, an die breite Ablehnung des Neofaschismus, die es in der Bevölkerung gibt, anzuknüpfen, diese aufzugreifen und in Aktionen umzusetzen. Natürlich sind Großaktivitäten auch für den Zusammenhalt des Bündnisses selbst wichtig.

Unsere Arbeit teilt sich grob in zwei Bereiche auf: Zum einen tragen wir zur Initiierung lokaler Bündnisse bei und unterstützen Stadtteilinitiativen gegen rechts und andere lokale Bündnisse wie das Ohlsdorfer Friedensfest. Ziel ist es, den Nazis dort entgegenzutreten, wo sie sind, und kontinuierlich präsent zu sein. Zum anderen mobilisieren wir punktuell zu Demonstrationen und unterstützen die vielfältigen Formen zivilen Ungehorsams bis hin zu Blockaden, um gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus vorzugehen. Unser Grundsatz bei den verschiedenen Aktionsformen ist: Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Das Bündnis ist heterogen, und in eurer Selbstbeschreibung hebt ihr hervor, dass ihr »trotz erheblicher Widersprüche zu Einzelfragen und Themen« zusammenarbeitet, um antifaschistisch zu wirken. Was sind klassische Felder, bei denen die Gruppen unterschiedliche Ansätze verfolgen? Im Kampf gegen Neofaschisten und die extreme Rechte geht es uns darum, alle anderen Unterschiede in den Hintergrund treten lassen. Das betrifft zum Beispiel die Zusammenfassung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Antifaschismus-Arbeit und den sogenannten bürgerlichen Antifaschismus. Die Spannbreite an inhaltlichen Widersprüchen der beteiligten Organisationen reicht vom Umgang mit dem Nahostkonflikt bis hin zu den unterschiedlichen Einschätzungen zur Agenda 2010.

In der Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus gibt es einen Passus zur Ausländer- und Asylpolitik, in dem ihr euch dagegen verwehrt, dass »Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt werden«. Warum war es euch wichtig, dies mit aufzunehmen? Eine der Lehren aus dem Faschismus ist, keine Einteilung von Menschen nach Nützlichkeit und Nutzlosigkeit vorzunehmen. Menschen nach Nützlichkeit zu bewerten, ist ein Einfallstor für Ausgrenzung und soziale Stigmatisierung.

Weitere Infos:
www.keine-stimme-den-nazis.org

Wachsam sein

Interview mit Karla Fux, Antifa Bergedorf

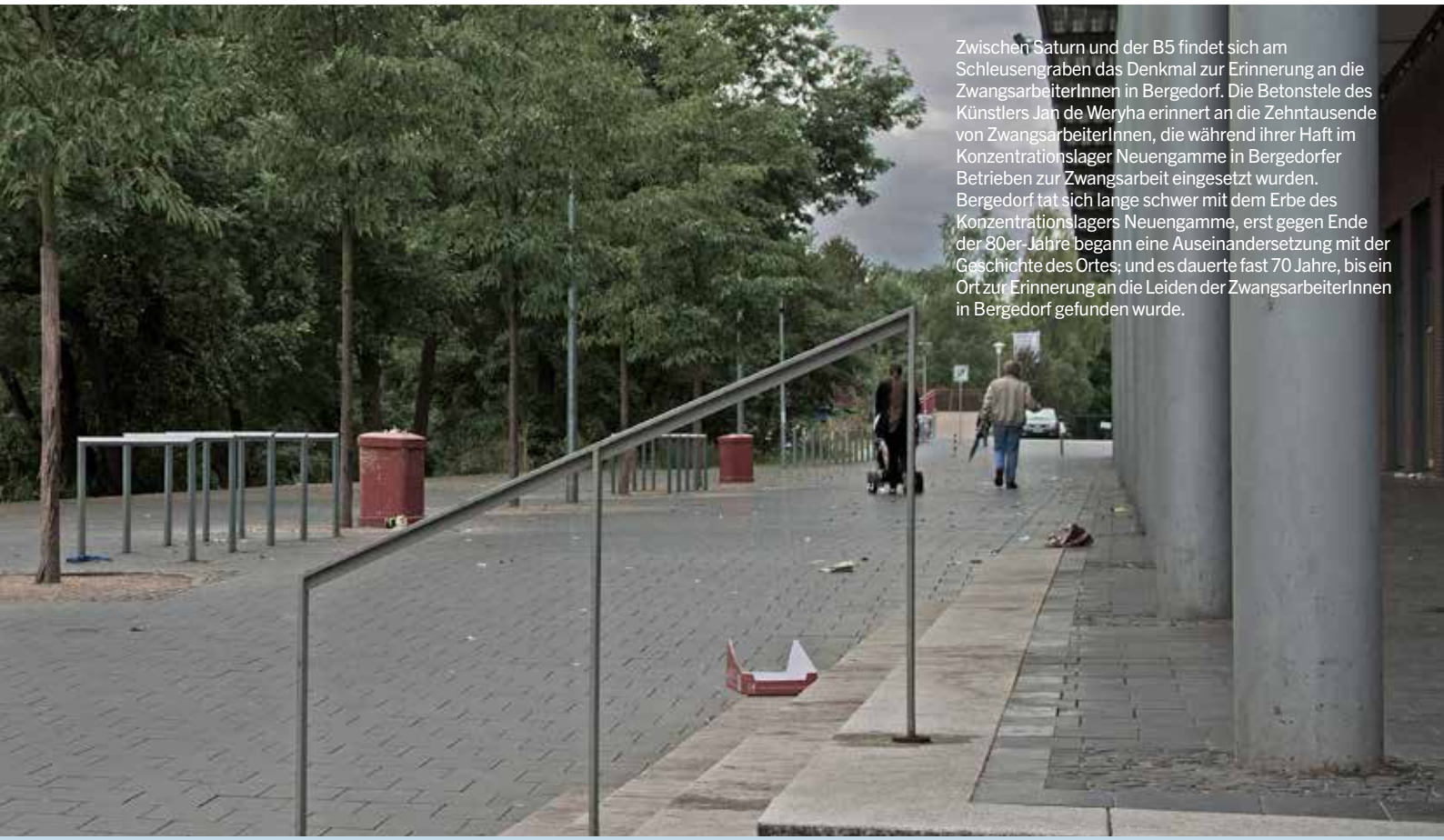
Seit Ende der 1970er-Jahre hat sich der Hamburger Bezirk Bergedorf zu einer Hochburg der rechten Szene entwickelt. Durch das verstärkte Auftreten von Neonazi-Parteien und rechtsextremen Organisationen, wie zum Beispiel der Aktionsfront Nationaler Sozialisten von Michael Kühnen oder der 1995 verbotenen Nationalen Liste, ist Bergedorf für seine Neonaziszene bekannt und berüchtigt. Aber ebenso lange, wie es neonazistische Umtriebe in Bergedorf gibt, gibt es auch antifaschistische Gruppen, die im Stadtteil gegen Neonazis aktiv sind.

Was war der Anlass dafür, das Antifaschistische Bündnis Bergedorf zu gründen? Das Antifaschistische Bündnis Bergedorf (ABB) hat sich Anfang 2007 im Zuge einer geplanten Nazikundgebung gegründet. Damals hatte die NPD die Kampagne »Für ein sicheres Bergedorf« gestartet. Hintergrund war, dass sie den Umzug der Moschee nutzen wollte, um gegen MigrantInnen zu hetzen. Mit Slogans wie »Kein Multikulti in Bergedorf« haben die Rechten massiv versucht, zu provozieren und Fremdenhass zu schüren. Rund zwei Dutzend Neonazis sind dem NPD-Aufruf gefolgt und wurden unter Polizeischutz durch die Bergedorfer Innenstadt begleitet. Die Parteien hatten zu einem bunten Fest abseits der Naziroute eingeladen. Damit wollten sich viele BergedorferInnen nicht begnügen und haben versucht, die Nazikundgebung zu verhindern. Mit einer lautstarken und breiten antifaschistischen Demonstration wurde den Neonazis gezeigt, dass sie und ihr rechtes Gedankengut nirgendwo erwünscht sind.

Wieso braucht Bergedorf heute ein Antifabündnis? Bergedorf gilt seit Langem als eine Hochburg der organisierten Naziszene und der sogenannten Freien Kameradschaften. Seit Mitte der 2000er-Jahre nahmen die Übergriffe in Bergedorf wieder kontinuierlich zu – in Form von Beleidigungen und Störungen von Vorträgen bis hin zu tätlichen Übergriffen auf Antifas und Menschen, die nicht in ihr völkisch-nationalistisches Weltbild passen. Es war also höchste Zeit, den Neonazis argumentativ und aktiv etwas entgegenzusetzen. Der erste Schritt ist nicht nur, wachsam zu sein, wenn Neonazis auftauchen. Vielmehr muss auch über die Hintergründe und die Ideologie der Rechten informiert und aufgeklärt werden. Aus diesem Grund fanden im Zuge der Demo viele Informationsveranstaltungen statt. Der Moscheeverein, der Mitglied der SCHURA (Rat der islamischen Gemeinden) ist, hat mit mehreren Veranstaltungen über den Moscheebau informiert, um so mögliche Vorurteile und Ressentiments auszuräumen. Das Antifaschistische Bündnis Bergedorf hat eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, in der über Neonaziaktivitäten und -strukturen aufgeklärt und über antifaschistische Gegenaktivitäten diskutiert wurde. Es gab eine Podiumsdiskussion zum Thema NPD-Verbot, und die Wanderausstellung »Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland« wurde nach Bergedorf geholt.

Diese Wanderausstellung porträtiert 169 Menschen, die seit 1990 Opfer rechter Gewalt wurden. Die Ausstellung war ebenfalls Angriffsziel von Neonazis … Ja, die Ausstellung, die vom Frühjahr bis zum Herbst 2010 in der HAW Bergedorf zu sehen war, wurde mehrfach von Rechten angegriffen. Um ein Beispiel zu nennen: Am 11. September störten mehrere Neonazis einen SPD-Infostand am Lohbrügger Markt und verteilten dort Flyer mit der Überschrift »Linke Gewalt«, in denen unter anderem auch Unser Haus e. V. als »eine Brutstätte der Gewalt« denunziert wurde. Als sie dort von der Polizei vertrieben wurden, sammelten sie sich auf dem Campus der HAW, um die Ausstellungsbesucher zu belästigen.

Das selbst verwaltete Jugendzentrum Unser Haus e. V. als links-alternatives Jugendzentrum ist den Neonazis schon immer ein Dorn im Auge gewesen. 2009 stürmten Rechte das



Zwischen Saturn und der B5 findet sich am Schleusengraben das Denkmal zur Erinnerung an die ZwangsarbeiterInnen in Bergedorf. Die Betonstele des Künstlers Jan de Weryha erinnert an die Zehntausende von ZwangsarbeiterInnen, die während ihrer Haft im Konzentrationslager Neuengamme in Bergedorfer Betrieben zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Bergedorf tat sich lange schwer mit dem Erbe des Konzentrationslagers Neuengamme, erst gegen Ende der 80er-Jahre begann eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes; und es dauerte fast 70 Jahre, bis ein Ort zur Erinnerung an die Leiden der ZwangsarbeiterInnen in Bergedorf gefunden wurde.

Café, schlugen die Leute vor Ort zu Boden und prügelten mit Barhockern auf sie ein. Etwa zur selben Zeit überfielen zwei Neonazis einen damals 20-jährigen Studenten, der weder bekannter Antifaschist noch politisch aktiv war. Bei der Verhandlung, in der der mittlerweile verstorbene Jürgen Rieger als Anwalt fungierte, rechtfertigten sie diese Tat mit der Aussage »Er geht doch ins Flop«. Im Jahr 2010 tauchten regelmäßig Neonazis vor dem Jugendzentrum auf, schmissen Scheiben ein und versuchten, das Haus anzuzünden. Auch wenn diese direkten Übergriffe weniger geworden sind, ist das Gewaltpotenzial der rechten Szene nicht zu unterschätzen.

Gibt es in Bergedorf aktuell Orte und Punkte, an denen sich die rechte Szene trifft oder aktiv ist? Es gibt solche Punkte, wobei sich das in den letzten Jahren sehr in die Außenbezirke wie Lohbrügge und Vierlande verschoben hat. Früher gab es viele hochrangige Nazi-Kader, Burschenschaftler, die direkt in Bergedorf lebten oder aus Bergedorf kamen. Im November 2010 übernahm der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Neonazi Thomas Wulff den NPD-Kreisvorsitz in Bergedorf. Wulff ist ja ursprünglich Bergedorfer und vor drei Jahren nach Hamburg zurückgekehrt, um – so wurde vermutet – das Machtvakuum, das nach dem Tod des Mäzens Rieger entstanden war, aufzufüllen. Bisher ist Wulff relativ wenig öffentlich in Erscheinung getreten. Wir gehen aber davon aus, dass die NPD hier im Zuge des Bundestagswahlkampfes Infostände anmelden wird und auch die sogenannte Deutschlandfahrt in Bergedorf Station machen wird.

Wie erfahrt ihr von Nazikundgebungen und Aktionen? Wenn die Nazis größer mobilisieren, werden die Informationen übers Netz und andere Quellen kommuniziert. Lange Zeit war es eher so, dass kein Informationsfluss stattgefunden hat, wenn Neonazis Versammlungen angemeldet haben. Grund: Die Verantwortlichen im Bergedorfer Rathaus waren der Meinung, dass es besser sei, dies nicht an die große Glocke zu hängen. Mittlerweile funktioniert die Kommunikation zwischen dem Bezirk und den zivilgesellschaftlichen Gruppen besser. Und die letzten Erfahrungen im Herbst 2012, als ein Neonazi ehemalige polnische Zwangsarbeiter mit Tränengas attackierte, haben gezeigt, dass man in Bergedorf nach wie vor sehr wachsam sein muss. Es ist schockierend, wenn bei einer Einweihung eines Mahnmals die polnischen Gäste, die als Zwangsarbeiter Opfer der Nazidiktatur geworden sind, erneut angegriffen werden.

Wer steckte dahinter? War das ein organisierter Angriff oder ein Einzeltäter? Der Mann gilt als verwirrt und wurde danach in die Psychiatrie eingewiesen, wo er laut Presse aber nur ein paar Tage geblieben ist. Bei der Planung der Einweihungsfeier war damit gerechnet worden, dass Nazis von außen kommen und stören wollten. Darauf war wohl auch die Polizei vorbereitet und hat das Gebiet beobachtet. Das eigentliche Problem, das diese Tat wieder mal deutlich aufzeigt, ist der alltägliche Rassismus, der in Deutschland ständig präsent ist. Denn er ist fest in Gesellschaft, Politik, Medien und Wissenschaft verankert und geht mitnichten von einzelnen Personen aus, welcher Gesinnung auch immer.

Das Antifaschistische Bündnis Bergedorf ist auch erinnerungspolitisch in Bergedorf aktiv, bspw. mit einem antifaschistischen Stadtrundgang.

Das Kriegerehrenmal am Dammtor entstand 1936 als nationalsozialistischer Gegenentwurf zum Hamburger Ehrenmal am Rathausmarkt.

Neonazistische Aktivistinnen um Inge Nottelmann rühmten sich damit, den Kriegsklotz von Schmierereien gesäubert zu haben – vergeblich, wie täglich neu zu sehen ist.

Bauernzöpfe und Hello Kitty

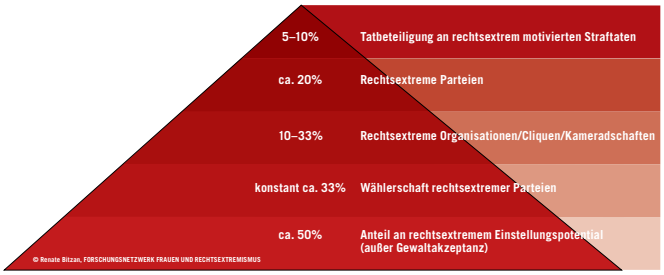
Mädchen und Frauen in der extremen Rechten | Von Johanna Sigl*

Im November 2011 wurde bekannt, dass eine Gruppe Neonazis über ein Jahrzehnt lang aus dem Untergrund heraus unbehelligt morden konnte. Nach jetzigem Kenntnisstand fielen den Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zehn Menschen zum Opfer, mindestens achtzehn weitere wurden durch ihre Anschläge schwer verletzt. In den Medien wurde häufig die Frage gestellt, wie aus diesen Menschen so »skrupellose Killer« werden konnten. Eines der drei Mitglieder der Gruppe erfuhr dabei besondere Aufmerksamkeit: Beate Zschäpe, Frau, Rechtsterroristin und Neonazistin.

* Der Text ist eine stark gekürzte Zusammenfassung des Bildungsbausteines »Mädchen und Frauen in der extremen Rechten«, der über das MBT bestellt werden kann.

In der öffentlichen und medialen Wahrnehmung überwiegt ein Bild von der extremen Rechten, das insbesondere durch ein Merkmal gekennzeichnet ist: Männlichkeit. Verknüpft ist dieses Bild häufig mit einer zugeschriebenen Gewalttätigkeit, was dazu beiträgt, dass Frauen weder der extremen Rechten zugerechnet noch als politisch handelnde Akteurinnen wahrgenommen werden – besonders dann nicht, wenn es sich um extrem rechten politischen Aktivismus handelt. Dem stehen jahrzehntelange Forschungsarbeiten und antifaschistische journalistische Recherchen gegenüber, die ein anderes Bild zeichnen: davon, dass Mädchen und Frauen in nahezu allen Bereichen der extremen Rechten engagiert sind; dass sie Führungspositionen übernehmen; dass sie wichtiger Teil der parteipolitischen Arbeit sind und dass sie in ihrem beruflichen und sozialen Nahbereich häufig verdeckt politisch wirken und dadurch ungestört rassistisches, antisemitisches und extrem rechtes Gedankengut verbreiten.

Die folgende Beteiligungspyramide beantwortet die Frage nach dem zahlenmäßigen Engagement von Frauen und Mädchen in der extremen Rechten[1]:



Im Hinblick auf die Zustimmung zu extrem rechten Einstellungen unterscheiden sich Männer und Frauen demzufolge nicht voneinander. Einzig die Gewaltakzeptanz[2] ist bei Frauen weitaus geringer als bei Männern. Damit lässt sich die Verbindung zur Spitze der Pyramide herstellen: Mädchen und Frauen sind nur in geringem Maße an der Ausübung rechtsextrem motivierter Straftaten beteiligt[3]. Die weiteren Zahlen der Pyramide zeigen, dass der Frauenanteil proportional zur Organisierungsdichte der extremen Rechten abnimmt. Organisierungsformen wie Parteien und sogenannte Freie Kameradschaften sind demzufolge noch immer klassisch männlich konnotierte politische Aktionsfelder.

1 Vgl. Bitzan (2009): Prozentuale Beteiligung. In: Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Handreichung des »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus«. Zu beziehen über www.frauen-und-rechtsextremismus.de

2 Vgl. die Rechtsextremismusdefinition von Heitmeyer (1992: 13 f.).

3 Diese statistische Geschlechterdifferenz lässt sich nicht mit biologistischen Erklärungsmustern begründen. Dass Frauen und Mädchen weniger gewalttätig sind, ist durch sozialisatorische Aspekte und nicht durch ihre biologische Geschlechtszugehörigkeit zu erklären (vgl. Birsl 2011).

Optische Erscheinungen und Organisierungsformen: von Bauernzöpfen und Erntedank bis Hello Kitty und Straßenkampf Betrachtet man die Frage, wie eine »rechte Frau zu sein hat«, muss man den Blick auch auf optische Inszenierungen richten. Jahrelang dominierten in der öffentlichen Wahrnehmung zwei unterschiedliche Erscheinungsbilder extrem rechter Frauen: zum einen die sogenannten Skingirls, zum anderen die Frauen aus dem völkischen Spektrum. Während die Skingirls in ihrem Auftreten stark sexualisiert waren und auch von außen auf die Rolle des unpolitischen »Betthäschens« reduziert wurden, haben die völkisch orientierten Frauen das traditionelle Bild einer rechten Frau verkörpert. Dabei kleideten sie sich meist in langen Röcken und Blusen, das Haar zu Zöpfen geflochten. In der aktuellen rechten Szene ist das Aussehen von Mädchen und Frauen wesentlich ausdifferenzierter. Die Kleidungs- und Stylingwahl ist nicht mehr in erster Linie durch die rechte Ideologie geprägt, sondern folgt subkulturellen Bezugssystemen inner- wie außerhalb der Szene.

Frauenbilder in der extremen Rechten in Theorie und Praxis Wenn die extreme Rechte über ihre Vorstellungen von Weiblichkeit und akzeptierten Frauenbildern schreibt, dann wird überwiegend das Bild der treu sorgenden deutschen Mutter bedient – überspitzt gesprochen: das Bild vom »Heimchen am Herd«. Dieses Klischeebild einer extrem rechten Frau, deren Aktivitäten in erster Linie darin bestehen, durch das Gebären möglichst vieler »arischer« Kinder die rechte Szene zu stabilisieren und dem Mann zu Hause den Rücken freizuhalten, hat seinen historischen Ursprung in der Zeit des Nationalsozialismus. In öffentlichen Publikationen – wie zum Beispiel im Parteiprogramm der NPD oder in Flyern vom *Ring Nationaler Frauen*, der Unterorganisation für Frauen in der NPD – werden im Hinblick auf Frauenrollen klare und eindeutig konservative Positionen bezogen.

Mit der Realität der rechten Szene stimmen diese theoretisch propagierten Frauenbilder und -rollen jedoch häufig nicht überein. In der NPD finden sich auch in »klassischen« politischen Themenfeldern Frauen, die sich in ihrem eigenen Lebensentwurf nicht an dem von der rechten Szene propagierten Frauenbild orientieren. Die nicht wegen, sondern trotz des Frauenbildes in der rechten Szene aktiv sind. Und es gibt auch immer wieder Frauengruppen innerhalb extrem rechter Strukturen, die für sich das Recht proklamieren, beim »Kampf um Deutschland auch auf der Straße« beteiligt zu sein. Und dafür greifen sie auch auf gewalttätige Ausdrucksformen zurück.

Bundesweit von Bedeutung sind derzeit zwei Frauenorganisationen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung: die *Gemeinschaft Deutscher Frauen* (GDF) und der *Ring Nationaler*

Frauen (RNF). Die im Jahr 2000 aus dem verbotenen *Skingirl Freundeskreis Deutschland* hervorgegangene GDF ist eine Organisation, die in erster Linie für die Stabilisierung der internen Strukturen der extremen Rechten steht. Dies geschieht durch inhaltliche Schwerpunktsetzung auf Brauchtums- und Kulturpflege und weniger durch entschiedene politische Interventionen. Das zugrunde liegende Frauenbild entspricht den traditionellen extrem rechten Weiblichkeitsvorstellungen. Der RNF vertritt ebenso ein traditionelles Geschlechterbild, geht beim Thema Weiblichkeit aber in zwei Richtungen: Zum einen besetzt er politische Themen, die eindeutig als »Frauenthemen« charakterisiert werden können. Zum anderen werden Frauen – anders als bei der GDF – als politische Akteurinnen offensiv angesprochen und zu Mitgliedschaft und parteiförmigem Aktionismus angeregt.

Agieren Frauen in der extremen Rechten jedoch abseits von Parteistrukturen, so können sie weitere Bilder von Weiblichkeit vertreten und sich damit außerhalb des propagierten Frauenbildes positionieren. Als Beispiel hierfür dient der *Mädelring Thüringen* (MRT), der durch seine Publikationen in den 2000er-Jahren den Begriff des »Nationalen Feminismus« geprägt hat. Aus diesem Kontext entstammen Slogans, dass sich Frauen gegen »das Patriarchat und politische Unmündigkeit«[4] wehren sollten. Auch wurde die Überhöhung der Mutterrolle abgelehnt, wobei die Frauen ihre Ansprüche nur auf ihre eigene – deutsche – Gruppe bezogen. Im aktuellen Organisierungsfeld der extremen Rechten finden sich innerhalb der Strömung der *Autonomen Nationalisten* am ehesten Positionierungen, die sich an vermeintlich gleichberechtigten Geschlechterbildern orientieren.

Motive der Hinwendung und der Distanzierung Bei der Frage nach den Motiven, aus denen heraus sich Mädchen und Frauen einer menschenverachtenden extrem rechten Ideologie zuwenden, wird allzu häufig auf stereotype Geschlechterklischees zurückgegriffen. Ein Beispiel: Häufig heißt es, dass Mädchen über einen neuen Beziehungspartner in die Szene »hineinrutschen« und dass ihr »Ausstieg« ebenso dann erfolgt, wenn eine Beziehung beendet wird. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Ein- und Ausstiegsprozessen von Mädchen[5] hat jedoch wesentlich vielschichtigere Erklärungsansätze hervorgebracht.

Die Wissenschaftlerin Michaela Köttig[6] hat lebensgeschichtliche Interviews mit Mädchen und Frauen aus der rechten Szene geführt und analysiert. Daran wird deutlich, dass die Zuwendung zur rechten Szene ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren ist: unbearbeitete familiengeschichtliche Themen im Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit, eine unsichere Eltern-Kind-Beziehung und soziale wie außerfamiliäre Rahmenbedingungen, die die rechte Orientierung stützen (Köttig, 2004: S. 314). Biografische Fallrekonstruktionen zeigen, dass das Zusammenwirken dieser drei Faktoren eine Zuwendung zur rechten Szene begünstigen kann. Und dass die Orientierung nach rechts einer biografischen Bearbeitung – wenn auch einer destruktiven – der oben genannten Punkte gleichkommt.

Das »doing femininity« der Mädchen und Frauen muss also im Einzelfall betrachtet und analysiert werden. Es führt daher nicht weit, allen Frauen in der rechten Szene als Einstiegsmotivationen die Sehnsucht nach der Anerkennung der klassischen Mutter- und Hausfrauenrolle zuzuschreiben[7]. Viel wichtiger ist es, die Bedeutung der Geschlechterrollenvorstellungen in den jeweiligen biografischen Kontext einzubetten und sie in ihrem gesellschaftlichen Beziehungs- und Positionsgeflecht zu analysieren.

Johanna Sigl promoviert in Soziologie über Lebensgeschichten von AussteigerInnen aus der extremen Rechten und ist seit mehreren Jahren Mitglied im »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus«.

4 Leitartikel der Homepage des MRT »Nationaler Feminismus – ein Paradoxon?« – www.maedelring.tk (aufgerufen am 08.01.2007, Artikel nicht mehr online)

5 Vgl. Sigl, Johanna (2013): Lebensgeschichten von Aussteigerinnen aus der extremen Rechten. Genderspezifische Aspekte und mögliche Ansatzpunkte für eine ausstiegsorientierte Soziale Arbeit. In: Amadeu Antonio Stiftung / Radvan, Heike (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention.

6 Vgl. Köttig (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik.

7 Auch wenn dies als Erklärungsmuster des Umganges mit dem Phänomen der »doppelten Vergesellschaftung« von Frauen durchaus auf einige rechte Frauen zutreffen mag. Vgl. Holzkamp/Rommelspacher (1991): Frauen und Rechtsextremismus. Wie sind Mädchen und Frauen verstrickt?

Mit politischer Bildung gegen extrem rechte Einstellungen

Ansätze, Anforderungen und Rahmenbedingungen eines komplexen Handlungsfeldes | Von Jens Schmidt

Vielfältige Ansätze prägen die außerschulische politische Jugendbildung bei dem Versuch, über extrem rechte Strukturen aufzuklären und im Sinne von Mündigkeit und Emanzipation entsprechende Einstellungen zu bekämpfen.

In den Konzepten einer **Bildungsarbeit über Neonazis**geht es um Parolen, Symbole und Strukturen. Kern dieserKonzepte sind vor allem Informationen über die Entwicklung der rechten Szenen (Ideologien, Lebenswelten, Kampagnen, Musik usw.), aber auch Hilfe beim Erkennen rechter Erscheinungsformen (Codes, Logos, Symbole, Modemarken usw.). Seminare aus diesem Bereich stoßen häufig auf ein großes Interesse. Die PädagogInnen verfügen meist über ausgeprägte und detaillierte Szenekenntnisse. Gleichzeitig warnen sie vor einem oberflächlichen Blick, dem »plakativen Bildergucken«, und plädieren für eine intensive Auseinandersetzung mit rechten Lebenswelten und Ideologien (vgl. Apabiz 2011).

Angebote zu **Argumentationstrainings** setzen den Schwerpunkt auf eine inhaltliche Kritik an rechten Thesen und Ideologien in Verbindung mit einer rhetorischen Schulung. Die Teilnehmenden sollen hierbei dazu befähigt werden, alltägliche Situationen besser zu bewältigen – Gespräche am Gartenzaun, Sprüche bei der Familienfeier, Parolen im Stadion. Mittels Psychologie, Rhetorik, Selbsterfahrung und politischer Grundinformation werden – beispielsweise in Rollenspielen – unterschiedliche Strategien exemplarisch erprobt (vgl. Hufer 2009).

Unter der Überschrift »Handeln in Problem- und Gewaltsituationen« greifen auch **Maßnahmen der Gewaltprävention**das Themenfeld Rechtsextremismus auf. Es geht häufig mit einem präventiven Gedanken um die Förderung sozialer Beziehungen und demokratischer Umgangskulturen im alltäglichen Nahraum, um Aufklärung und um die Befähigung zu zivilcouragiertem Handeln (vgl. Gugel 2010). Hierbei werden auch aktuelle Erkenntnisse aus der Gewaltforschung einbezogen.

Im Kontext einer Bildungsarbeit gegen rechts werden auch Konzepte einer **historisch-politischen Bildung** über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen regelmäßig erwähnt. Schon länger läuft eine Debatte darüber, welche Bedeutung einerseits und welches Potenzial andererseits die Angebote von Gedenkstätten haben, die Aspekte der NS-Vergangenheit durch erinnerungspolitische Projekte oder Oral-/Local-History-Ansätze allein für eine Immunisierung gegenüber extrem rechtem Gedankengut nutzen. Denn zum einen bleiben Lernen und Betroffenheit häufig – und nicht ohne Grund – auf das konkrete historische Ereignis oder den Schauplatz des Verbrechens beschränkt. Zum anderen kann durch die Verlagerung in einen rein historischen Kontext die eigentlich notwendige Auseinandersetzung mit eigenen Demokratiedefiziten und ressentimentgeladenen Selbstbildern blockiert werden. Auf der Grundlage dieses Wissens wurden Ansätze und Bedingungen dazu formuliert, wie beispielsweise Gedenkstättenbesuche reflektierter Teil einer Auseinandersetzung mit der extremen Rechten sein können (vgl. LAG-Magazin 2012).

Schließlich sind in diesem Zusammenhang auch die Konzepte einer politischen Jugendbildung von großer Bedeutung, die sich mit einzelnen Themenfeldern bzw. Ideologieelementen beschäftigen – so beispielsweise **rassismuskritische Bildungsarbeit, Pädagogik gegen Antisemitismus** oder **Gender-sensible Angebote** zu Männlichkeiten, teilweise übergreifend bearbeitet in **Diversity-orientierten bzw. intersektionalen Ansätzen** (vgl. bspw. die Projekte von KIgA, Dissens e. V. oder die Überlegungen bei Scharathow/Leiprecht: 2009). Durch diese in der Regel stark theoretisch unterfütterten und fachlich sehr ausdifferenzierten Angebote werden einzelne Dimensionen von Rechtsextremismus in der Tiefe ausgelotet. In der theoretischen Beschäftigung, vor allem aber auch in der Bildungspraxis, werden andere konstitutive Elemente eines rechten Weltbildes – beispielsweise Nationalismus oder Privilegiertenvorrechte/Sozialdarwinismus – jedoch gar nicht aufgegriffen.

Politische Jugendbildung arbeitet in diesen unterschiedlichen Ansätzen mit verschiedenen Formaten (länger andauernde Projekte, Projektwochen oder Tagesveranstaltungen bzw. ein- bis dreistündige Workshops) und unterschiedlich zusammengesetzten Zielgruppen (Jugendliche aus verschiedenen Milieus, Herkünften, Lebenssituationen, seltener: rechts orientierte oder organisierte Jugendliche; MultiplikatorInnen). Auch die Anlässe bzw. Motivationen, die bei Kooperationen zur Durchführung von Angeboten führen, sind heterogen und reichen von Problemen mit extrem rechten Vorfällen/Strukturen bis hin zu emanzipatorischem Interesse und Anbindung an bereits laufende Bildungsprozesse.

Vor dem Hintergrund der genannten Ansätze lassen sich für die politische Jugendbildungsarbeit gegen extrem rechte Einstellungen und Strukturen folgende fachliche Standards formulieren:

- Die Angebote sollten am Alltag und an der Lebenswelt der Teilnehmenden orientiert sein und in ihrer Feinkonzipierung auf deren Bedürfnisse, Interessen und Möglichkeiten eingehen.
- Die Thematisierung extrem rechter Strukturen darf sich nicht auf Oberflächenphänomene beschränken, sondern muss Einstellungen und gesellschaftliche Mechanismen zentral mit einbeziehen.
- Mit gewalttätigen wie mit möglicherweise faszinierenden Ausdrucksformen der extremen Rechten muss in pädagogischen Prozessen sensibel und vorsichtig umgegangen werden (Musik, Bilder usw.).
- Die Ideologieelemente der extremen Rechten sollten nach Möglichkeit in ihren Verschränkungen bearbeitet werden (intersektionale Aufmerksamkeiten).
- Der Blick sollte über die extreme Rechte hinaus auf die gesellschaftliche Mitte geweitet werden; ideologische Verbindungslinien sollten aufgezeigt werden.
- Damit verbunden: Der mehrheitlich vorherrschende Extremismusbegriff sollte kritisch reflektiert werden, und es sollten Alternativen entwickelt werden.

Zur Umsetzung dieser und weiterer Anforderungen bedarf es vor allem eines pädagogisch geschulten und selbstreflexiven Personals, einer kontinuierlichen fachlichen Diskussion und Weiterentwicklung sowie der institutionellen Verankerung dauerhafter Angebote, verbunden mit einer gesicherten Finanzierung. Wenig hilfreich ist vor diesem Hintergrund die befristete und prekäre Förderung vieler Träger und Angebote, kontraproduktiv die Behinderung bewährter Arbeit durch administrativ-politische Interventionen (Extremismusklausel) ebenso wie die Etablierung fachfremder und damit inkompetenter AkteurInnen im Feld (Bildungsarbeit durch den Inlandsgeheimdienst; vgl. Ahlheim/Schillo 2012).

Jens Schmidt ist Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Hamburg und Leiter des Projektes »Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg«.

Den Konsens im Widerstand suchen

Interview mit der der Antifa-AG von Avanti

Avanti – Projekt undogmatische Linke gibt es seit mehr als 20 Jahren in Norddeutschland. Mit dem Anspruch, eine undogmatische linke Organisation aufzubauen, bildeten sich im Laufe der Jahre ausgehend von Schleswig-Holstein in verschiedenen Städten Ortsgruppen. So wurde vor über zehn Jahren in Hamburg eine Ortsgruppe gegründet, die seitdem kontinuierlich zu verschiedenen Themenfeldern arbeitet. Bei der langjährigen antifaschistischen Arbeit ist Avanti unter anderem im Hamburger Bündnis gegen Rechts aktiv.

Ihr seid in vielen bundesweiten Bündnismobilisierungen aktiv, zum Beispiel bei »Dresden nazifrei« oder auch bei der Gegendemo zum Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 in Hamburg. Dabei setzt ihr auf das Mittel der Blockade. Warum müssen Nazis blockiert werden? Das Konzept der Menschenblockade gibt es seit Jahrzehnten. Es wurde viele Jahre lang bei den Castortransporten im Wendland erprobt. Bei der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 haben wir ebenfalls Massenblockaden als Aktionsform gewählt und fortan versucht, diese auf andere Anlässe wie zum Beispiel auf Naziaufmärsche in Städten zu übertragen. Durch die Niedrigschwelligkeit der Aktion stehen Massenblockaden vielen Menschen offen. Alle können daran teilnehmen. Dabei wissen sie, in welchem Rahmen sie dies tun. Natürlich handelt es sich dabei um einen kollektiven Regelübertritt.

Deshalb stellen Behörden und Polizei die Legitimität von Blockaden immer wieder infrage. Vor allem im Kontext von Naziaufmärschen taucht diese Debatte regelmäßig auf. Juristisch betrachtet stellen sich Massenblockaden in den meisten Fällen wie »Falschparken« dar und werden oftmals überhaupt nicht geahndet. Dass den Neonazis immer wieder das Recht zugesprochen wird, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, halten wir für falsch – besonders im Hinblick auf die deutsche Geschichte. Dies nicht hinzunehmen und selbst aktiv zu werden, finden wir daher richtig. Durch die Blockaden findet eine Selbstermächtigung vieler unterschiedlicher Menschen unter einem gemeinsamen Ziel statt.

In den letzten Jahren wurde das Konzept der Massenblockaden in vielen Städten erfolgreich umgesetzt. Zu diesem Konzept gehört allerdings mehr als nur die konkrete Aktion auf der Straße. Damit Blockaden gelingen, ist eine spektrenübergreifende und solidarische Bündnisarbeit besonders wichtig. Das Bündnis »Dresden nazifrei« ist zum Symbol und zum Vorbild vieler anderer Bündnisse geworden. So haben auch wir als Teil des Hamburger Bündnisses gegen Rechts zu Blockaden gegen den geplanten Naziaufmarsch im Juni 2012 mobilisiert. Unsere Auswertung »The good, the bad and the ugly« erläutert, warum die Nazis zwar laufen konnten, das Blockadekonzept aber dennoch erfolgreich war. Sie ist auf unserer Homepage zu finden.

Am 27. Juni 2001 wurde der Kaufmann Süleyman Taşköprü in Hamburg-Bahrenfeld durch den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) ermordet. Wie erklärt ihr euch das Versagen des Geheimdienstes bei der Aufklärung der NSU-Verbrechen? Der Verfassungsschutz (VS) ist keine neutrale Institution, sondern arbeitet ganz klar politisch – und das bereits seit seiner Gründung in den 1950er-Jahren, an der auch ehemalige Nazis beteiligt waren. Von Anfang an war der VS auf die Aktivitäten von Linken fokussiert, die er in seiner Arbeit beständig kriminalisierte. Der Versuch des NPD-Verbotes von 2001–2003 hat besonders deutlich aufgezeigt, dass der Verfassungsschutz nicht nur »auf dem rechten Auge blind« ist. Mit seiner Weigerung, die Bezahlung sogenannter V-Leute – also vom Staat bezahlter Nazis – einzustellen, hatte er das Verbotsverfahren auflaufen lassen und die weitere Arbeit der NPD und deren finanzielle Unterstützung durch den Staat gesichert. Insofern geht es um mehr als nur um eine Unfähigkeit der Behörden: Erstens zeigt ihr Versagen die tiefe Verwurzelung rassistischer Gedanken in den ermittelnden Behörden, die rechte Hintergründe für die Taten einfach ausschlossen und von einer organisierten »Ausländerkriminalität« ausgingen. Zweitens wurde angesichts des Falles des NSU erneut besonders bitter deutlich, welche Gefahr die Zusammenarbeit des VS mit den sogenannten V-Leuten darstellt. Mit Tino Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene, der VS unterstützt also ganz konkret den Aufbau von Nazistrukturen. Für uns kann die Konsequenz daraus nur sein, dass der

Unter dieser Brücke am Peterskampweg nahe der S-Bahn Hasselbrook wurde der Neonaziaufmarsch zum »Tag der deutschen Zukunft« am 2. Juni 2012 von einer vieltausendköpfigen Sitzblockade gestoppt. Schon im Vorfeld gab es mehrere kleinere Blockaden, die von der Polizei geräumt wurden. Doch hier schien es, dass für den Naziaufmarsch kein Durchkommen möglich wäre; die SitzblockadenteilnehmerInnen wurden eines Besseren belehrt: Mit einem Wasserwerfereinsatz räumte die Polizei mehrere Hundert Blockierende von der Straße, um dem Neonaziaufmarsch den weiteren Weg freizumachen. Mit Infoständen, Musik und Ausstellungen bekannten auf dem Rathausmarkt zur gleichen Zeit mehrere Tausend Menschen Farbe.

Verfassungsschutz abgeschafft werden muss. Wie wir gesehen haben, hilft er nicht dabei, Gefahren abzuwenden, sondern stellt selbst eine Bedrohung für eine demokratische Gesellschaft dar.

Immer wieder habt ihr Orte und Treffpunkte der Nazis recherchiert und diese öffentlich gemacht. Warum ist für antifaschistische Arbeit die Recherche so wichtig? Das zufällige Auffliegen der Terrororganisation NSU hat noch einmal erschreckend deutlich gezeigt: Die zuständigen staatlichen Institutionen wie zum Beispiel Verfassungsschutz und Staatsschutz sind entweder schlecht informiert oder – noch schlimmer – haben zwar detaillierte Informationen über die extreme Rechte, geben diese jedoch nicht weiter, nicht mal an andere Behörden. Detaillierte Analysen über Formierung, Ideologie und Praxis der extremen Rechten kamen schon immer in erster Linie von engagierten Personen aus Wissenschaft und Journalismus sowie aus der antifaschistischen Bewegung. Recherche soll nicht nur das öffentliche Auftreten von Neonazis verhindern, sondern vor allem das öffentlich machen, was verborgen werden soll: die ungeschönten menschenverachtenden Ansichten, ihre heimlichen BündnispartnerInnen oder Finanziers, ihre Gewaltaffinität und ihre teilweise Verwobenheit mit der Mitte der Gesellschaft. So soll zum Beispiel ein Outing nicht in erster Linie den Neonazi treffen. Vielmehr soll es darauf aufmerksam machen: Neonazis finden sich eben auch als »nette MitbürgerIn« im Sportverein, in der Kindertagesstätte oder am Arbeitsplatz wieder. Die Auseinandersetzung mit extrem rechten AktivistInnen und deren Ansichten muss eben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein.

Wie hat sich diese Hintergrundarbeit in Zeiten des Internets verändert? Natürlich findet Recherche heute – neben den bisherigen Feldern wie Presseauswertung, Analyse rechter Publikationen und Demonstrationsbeobachtung – zu einem großen Teil im Internet statt. Die Neonazis nutzen das Internet schon lange als Propagandaplattform, ob mit eigenen Seiten und Foren oder in offenen sozialen Netzwerken, die leider oftmals unsensibel für neonazistische Inhalte sind. Wichtige Voraussetzung bei der Recherche ist jedoch auch eine gute überregionale, ja sogar internationale Vernetzung. Denn das, was Behörden mit Millionen-Etats und Tausenden von MitarbeiterInnen machen, findet – zumindest in der antifaschistischen Bewegung – fast immer unbezahlt und in der Freizeit statt.

Weitere Informationen:
www.avanti-projekt.de

Hintergrund: Der Tag der deutschen Zukunft (TDDZ)

Für den 2. Juni 2012 hatten RechtsextremistInnen aus verschiedenen Spektren unter dem Motto »Tag der deutschen Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung« (TDDZ) zu einem überregionalen Aufmarsch durch Hamburgs Innenstadt aufgerufen.

Um TeilnehmerInnen für die Veranstaltung zu gewinnen, missbrauchte die extreme Rechte nicht nur das Internet: Mobilisierungsflugblätter im jugendgerechten Design wurden verteilt, Aufkleber in Hamburgs Straßen verklebt, Informationsstände angemeldet. Auch die Presse berichtete – mal mehr, mal weniger sachlich. Das Thema TDDZ bewegte Hamburg und wirkte zunehmend in der Öffentlichkeit.

Was in der medialen Berichterstattung und der öffentlichen Auseinandersetzung häufig zu wenig Platz fand, war eine fundierte Reflexion und Einordnung des geplanten Aufmarsches in einen größeren Zusammenhang: Wer demonstriert da eigentlich mit welchem Ziel? Welche (lokalen) Strukturen und welche Ideologien stehen hinter der Demonstration und tragen sie? Und: Welche zivilgesellschaftlichen Umgangsmöglichkeiten gibt es mit dem Aufmarsch?

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT) hatte zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen ein vier- und ein zweistündiges Seminarkonzept entwickelt, das in Kooperation mit unterschiedlichen Einrichtungen durchgeführt wurde. Rund 1500 Personen konnten in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Bezirks- und Senatsverwaltung (z.B. dem Integrationsbeirat Wandsbek und dem Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF)), der offenen Jugendarbeit (z.B. Jugendzentren), Hamburger Betrieben (z.B. der Ausbildungsabteilung von Airbus), Ausbildungseinrichtungen (z.B. dem Hamburger Institut für berufliche Bildung), Stadtteilstrukturen (z.B. Bürgerbündnissen gegen rechts), Regelschulen (z.B. Ida-Ehre-Schule), zielgruppen- und themenbezogenen Einrichtungen (z.B. Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge) und Jugendorganisationen (z.B. Grüne Jugend) erreicht werden. Ausgehend von dem für den 2. Juni geplanten Neonazi-Aufmarsch und den geplanten Gegenprotesten der Zivilgesellschaft wurde die Ideologie der extremen Rechten beleuchtet. Inhalte des Seminars waren auch Hintergründe extrem rechter Organisationen sowie Aktionsformen in Hamburg im Allgemeinen und zum »Tag der deutschen Zukunft« im Speziellen. »Die Klasse und die beteiligten LehrerInnen waren sehr begeistert von dem Besuch, es gab für alle sehr wichtige Informationen, und es ergaben sich wirklich gute, interessante Gespräche«, so die Rückmeldung einer Lehrerin.

Das MBT bietet auch nach dem 2. Juni 2012 mit seinen elf erfahrenen TeamerInnen kostenlos politische Bildungsarbeit gegen rechts an und organisiert Tagesveranstaltungen für Auszubildende sowie Projektwochen für Schulen und Wochenendseminare für Erwachsenengruppen. Einzelheiten zu den Inhalten der Veranstaltungen können mit dem MBT abgesprochen werden. Denn auch, wenn die extreme Rechte nicht auf offener Straße in Erscheinung tritt, versucht sie auch hier in Hamburg, auf gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen Einfluss zu nehmen.

Die gehören hier nicht hin …

Rechtsextremismus in der »Mitte« der Gesellschaft | Von Johannes Kiess und Oliver Decker

In den Medien wie auch in Polizeistatistiken und Verfassungsschutzberichten ist die Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus vor allem auf Handlungen eingestellt. Die Zahl der rechtsextrem motivierten Morde – die Amadeu-Antonio-Stiftung geht von 182 Todesopfern seit der Wiedervereinigung aus – ist kaum fassbar. Auch die behördlich bekannten Zahlen von Körperverletzungen, Beleidigungen, Drohungen und Aufmärschen (siehe die Berichte der Verfassungsschutzämter) sind nur schwer verdaulich. Dass mit dem sogenannten **Nationalsozialistischen Untergrund** über Jahre hinweg sogar eine Terrorzelle aktiv war und diese teilweise auch noch vom Verfassungsschutz gedeckt wurde, ist die Spitze des Eisberges – und doch stehen ernsthafte Konsequenzen bisher leider immer noch aus.

Neben extrem rechten Handlungen sind in Deutschland jedoch auch extrem rechte Einstellungen weit verbreitet. Besonders Ausländerfeindlichkeit hat in der Gesellschaft eine hohe Akzeptanz und bietet extrem Rechten Anknüpfungspunkte für ihre Propaganda.

Einstellung und Handlungen haben natürlich etwas miteinander zu tun, wobei aber eine bestimmte Einstellung nicht automatisch zu entsprechenden Handlungen führt – zum Beispiel, weil dazu zunächst Hemmschwellen überwunden werden müssten. In der Forschung unterscheidet man – gemäß der Rechtsextremismusdefinition von Wilhelm Heitmeyer – zwischen »Verhalten« (insbesondere Gewalt) und »Einstellung«. Lässt sich dieser »duale Rechtsextremismusbegriff« (Butterwegge 2002, 21) zwar auch kritisieren, weil für »Rechtsextremismus« gleichzeitig Einstellungs- und Verhaltenskomponenten vorliegen müssen und bei fehlender Komponente »Verhalten« dann also nicht mehr von »Rechtsextremismus« zu sprechen wäre, so liegt der Nutzen einer dualen Definition aber gerade in der Unterscheidbarkeit von Einstellung und Verhalten.

Als Forschungsgruppe an der Universität Leipzig haben wir seit 2002 die »Mitte der Gesellschaft« und vor allem die Verbreitung extrem rechter Einstellungen untersucht. Dabei wurde deutlich, dass die als vereinzelt wahrgenommenen rechten Straftaten kein »Randproblem« sind. In unseren repräsentativen Erhebungen zeigte sich immer wieder, dass es keine »Insel der Seligen« gibt: In allen Schichten und Bevölkerungsgruppen findet sich Zustimmung zu extrem rechten Aussagen und sind rassistische und antisemitische Ressentiments, Chauvinismus und Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen verbreitet. So können rechte TäterInnen auch aus der »Mitte« der Gesellschaft stammen.

Wer ist rechtsextrem? Ein weit verbreitetes Vorurteil lautet, dass Neonazis oft arbeitslos sind und meist aus Ostdeutschland kommen. In der sogenannten »Mitte« der Gesellschaft sei Rechtsextremismus hingegen kein Problem. Dies ist ein gefährlicher Irrglaube. Zwar gibt es einen statistischen Zusammenhang zwischen schwierigen ökonomischen Situationen und extrem rechten Einstellungen. Jedoch sind auch viele Menschen, denen es ökonomisch gut geht, extrem rechts eingestellt. Diese Einstellung äußern sie besonders dann, wenn sie fürchten, ihren guten Status zu verlieren. Zwar haben wir im Jahr 2012 für Ostdeutschland höhere Werte erhalten, was die Zustimmung zu extrem rechten Einstellungen angeht, aber auch in Bundesländern wie Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gibt es solche »strukturschwachen« Regionen – und hier finden wir ebenfalls mehr Aktivitäten von Neonazis. Selbst in wirtschaftlich starken Regionen aber, zu denen zum Beispiel Hamburg, aber auch München und Düsseldorf gehören, bleiben Antisemitismus und Rassismus ein drängendes Problem.

Zu dieser hohen Verbreitung durch alle gesellschaftlichen Schichten tragen verschiedene Faktoren bei (vgl. u.a. Decker, Geißler und Brähler, 2006; Decker, Kiess und Brähler, 2013). Genannt haben wir schon Zukunftsängste und Enttäuschung. Allerdings ist Verunsicherung auch etwas, das alle Menschen treffen kann: ausdrücklich also nicht nur Arbeitslose. Gleichzeitig sind Zukunftsängste natürlich nicht automatisch ein Grund dafür, extrem rechts zu werden. Nur weil man kurz nach dem

Ergebnisse der Mitte-Studie 2012

In unseren Befragungen gehen wir von folgender Definition aus: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.« Dementsprechend untersuchen wir mit jeweils drei Fragen diese sechs Dimensionen, die zusammen, wenn über alle Fragen hinweg durchschnittliche Zustimmung vorliegt, ein rechtsextremes Weltbild ergeben.

31,7% Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. **Ausländerfeindlichkeit**

Hohe Zustimmungswerte erhalten wir unter anderem in der Dimension Ausländerfeindlichkeit. Die Befragten – die Stichprobe ist repräsentativ, es waren also z.B. prozentual so viele Frauen und Männer wie in der Gesamtbevölkerung – antworteten dabei auf die drei Fragen wie folgt. Der Aussage »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« stimmten 36% zu, der Aussage »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken« 31,7%. Am meisten Zustimmung erhielt die Aussage »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet«. Besonders bedrohlich scheint, dass, bezieht man die »teils/teils«-Antworten mit in die Betrachtung ein, nur eine Minderheit der Befragten diese Aussagen ablehnt (vgl. Decker, Kiess & Brähler 2012).

12,4% Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. **Autoritarismus**

Auch andere rechte Aussagen erhielten hohe Zustimmung; so befürworteten 12,4% die Aussage »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert« (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur). Offensichtlich ist in dieser Aussage der Verweis auf den »Führer« – dennoch fällt die Zustimmung bedenklich hoch aus. 15,4% stimmten der Aussage zu, »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen« (Antisemitismus), 10,2% der Aussage »Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten« (Verharmlosung des Nationalsozialismus). In der Aussage »Es gibt wertvolles und unwertes Leben« (Sozialdarwinismus), die 10,6% Zustimmung erhielt, zeigt sich die allen Dimensionen gemeinsame Ungleichwertigkeitsvorstellung.

15,4% Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen. **Antisemitismus**

In der Tabelle sind die Werte pro Dimension zusammengefasst. Die Werte sind niedriger als bei den einzelnen Aussagen, denn nur wer jeweils allen drei Aussagen zugestimmt hat, findet sich in dieser Statistik wieder. Von 2002, unserer ersten Erhebung, bis 2012 zeigt sich ein leichter Rückgang, außer beim Chauvinismus. Bei der Befürwortung einer Diktatur ist der Rückgang deutlicher ausgeprägt. In den übrigen Dimensionen ist der Rückgang allerdings schwach und im Zeitverlauf (gemessen wurde immer alle zwei Jahre) zeigen sich leichte Schwankungen nach oben und unten, sodass wir von einem relativ konstanten Niveau ausgehen müssen.

Schulabschluss noch nicht weiß, wo die Reise einmal hingehen soll, verfällt man nicht gleich in Ressentiments. Aber viele suchen nach einem Ventil, wenn die Angst um den Arbeitsplatz groß, der Kontostand niedrig ist und die gesamtwirtschaftliche

Rechtsextremismus kommt nicht von außen über uns hereingebrochen, sondern entsteht mitten unter uns.

Lage im Fernsehen ebenfalls in den düstersten Farben beschrieben wird. Mit der Aufwertung der Eigengruppe (Chauvinismus) und der Abwertung der »Anderen« (»Ausländerfeindlichkeit«/ Rassismus, Antisemitismus) wird diese Unsicherheit überspielt, wie auch das Mobbing in der Schule meist die Schwächen der AngreiferInnen überdecken und deren Gruppengefühl stärken soll.

Um die »Anderen« als »anders« definieren zu können, sollten sie möglichst unbekannt sein. Und tatsächlich, wenn Befragte Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund, vor allem im Freundeskreis oder in der Freizeit (im Fußballteam etwa) haben, dann sind sie auch seltener rassistisch eingestellt.

Ein noch grundsätzlicherer Befund muss an dieser Stelle jedoch betont werden. Dass die Demokratie so unter Druck steht, liegt zuallererst daran, dass sie nicht selbstverständlich ist. Viele sehen Demokratie eben nicht als Teil ihrer Lebensrealität an (vgl. Decker et al., 2008). Sie war noch nie im eigentlichen Sinne erreicht: »Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, daß sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen.« (Adorno 1959: 559) Im Bestfall wurde sie aufgrund des wirtschaftlichen Wohlstandes, der mit ihr einherging, akzeptiert (Output-Legitimation). Damit ist schließlich die Entstehung extrem rechter Einstellungen in der (Mitte der) Gesellschaft zu suchen. Rechtsextremismus kommt nicht von außen über uns hereingebrochen, sondern entsteht mitten unter uns. Leis-

Engagiert gegen Judenfeindschaft!

Module für die Pädagogik gegen Antisemitismus | Von Olaf Kistenmacher

Die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist nach wie vor ein schwieriges Unterfangen. Vorbehalte gegen eine Auseinandersetzung mit dem Thema gibt es nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch aufseiten der PädagogInnen.

Einer der Gründe dafür ist, dass die moderne Judenfeindschaft ein komplexes Phänomen ist. Ein anderer Grund: Antisemitismus wird oft mit dem nationalsozialistischen Judenhass gleichgesetzt; dann kann es scheinen, als gäbe es seit 1945 keinen Antisemitismus mehr. Die Aufgabe der Pädagogik besteht also darin, zu vermitteln, wie sich bestimmte antisemitische Stereotype auch im 21. Jahrhundert im Alltag finden lassen – in Medienberichten über Jüdinnen und Juden in Deutschland ebenso wie über den Staat Israel.

Als Einstieg in das Thema hat sich ein Modul bewährt, das das Berliner Projekt »BildungsBausteine gegen Antisemitismus« entwickelt hat. Dieses Modul geht zurück auf eine wahre Geschichte. 2003 wandelte ein jüdischer Deutscher, Dieter T., nach einigen Jahren sein kleines Berliner Lebensmittelgeschäft in ein koscheres Geschäft um. Durch seine Kippa gab er sich als gläubiger Jude zu erkennen. Über der Tür des Ladens hing eine Israel-Fahne. Die meisten NachbarInnen, so der Fernsehbeitrag »Ein deutscher Jude gibt auf« von Anja Dehne (Rundfunk Berlin-Brandenburg), nahmen ihn daraufhin als »Fremden« wahr und zeigten auch dann keine Verbundenheit mehr mit Dieter T., als er von Neonazis beschimpft und bedroht wurde. Die Neonazis waren nicht die Einzigen: Jugendliche, die T. als »arabisch« beschreibt, beschädigten den Laden. Schließlich verließ Dieter T. Deutschland.

Das Modul »Ein deutscher Jude gibt auf« eignet sich für die Arbeit mit Erwachsenen ebenso wie für die Arbeit mit Jugendlichen. Unabhängig von Alter und Bildungsstand lässt sich erkennen, dass Dieter T. Unrecht widerfahren ist. Viele Jugendliche in Deutschland sehen in dem Fernsehbeitrag über Dieter T. erstmals in ihrem Leben bewusst einen Juden, und T. ist nicht nur sehr sympathisch, sondern er entspricht nicht den stereotypen Vorstellungen, die über »Juden« kursieren.

Die Geschichte von Dieter T. stellt außerdem zwei Bezüge her, die für das Engagement gegen Antisemitismus in Deutschland relevant sind: die nationalsozialistische Vergangenheit und der Nahostkonflikt. Dieter T. überlebte als Kind die Shoah. 2003 wurde er von Neonazis bedroht. Da sein Geschäft außerdem den Anfeindungen »arabischer Jugendlicher« ausgesetzt war und die Israel-Fahne über dem Eingang abgerissen wurde, stellt sich die Frage, inwieweit sich die Feindschaft gegen den Staat Israel und Judenfeindschaft überschneiden. Ein erster wichtiger Schritt besteht für die Pädagogik darin, Jugendlichen zu vermitteln, zwischen Judentum, Jüdinnen und Juden und dem Staat Israel zu unterscheiden.

Wie die Soziologin Barbara Schäuble zeigt, basieren antisemitische Vorstellungen auf der Annahme, »Juden« seien eine Grup-

tungsdruck und Bedeutungssucht, unsichere Zukunftsperspektiven und Sicherheitsverlust sind nicht nur Entstehungsbedingungen extrem rechter Einstellungen, sondern auch zentrale Kennzeichen unserer Gesellschaft. Demgegenüber ist Demokratie eben nicht lebensweltlicher Teil der Gesellschaft.

Auf den ersten Blick ist es natürlich ein Unterschied, ob jemand

Zustimmung zu extrem rechten Einstellungen

	2002	2012
Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	7,7	3,5
Chauvinismus	18,3	19,4
Ausländerfeindlichkeit	26,9	25,1
Antisemitismus	9,3	8,6
Sozialdarwinismus	5,2	4,3
Verharmlosung des Nationalsozialismus	4,1	3,1
Rechtsextremes Weltbild	9,7	9

Nach Dimensionen, 2002 und 2012, in Prozent.

einen Menschen aufgrund von dessen Herkunft, Aussehen, politischer, religiöser oder sexueller Orientierung beleidigt, ausgrenzt oder gar körperlich angreift oder ob jemand nur denkt: Der gehört hier nicht hin! Für extrem rechte Straftaten kann man ins Gefängnis kommen, für eine bloße Einstellung natürlich nicht. Trotzdem: Ohne extrem rechte Gesinnung gibt es auch keine extrem rechte Handlung. Mehr noch: Je mehr Menschen überzeugt sind von der Gleichheit der Menschen, desto weniger Bestätigung bekommen rechtsextrem motivierte TäterInnen. Deshalb ist die Einstellungsebene so wichtig, besonders für eine nachhaltige Antirassismus-Arbeit. Denn diese Arbeit muss in den Köpfen stattfinden.

Johannes Kiess ist Politikwissenschaftler und promoviert am Lehrstuhl für Sozialpolitik, Institut für Soziologie, Universität Leipzig. Seit 2010 arbeitet er in der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus um Oliver Decker und Elmar Brähler mit, die seit 2002 im Zweijahresrhythmus die »Mitte-Studien« durchführen.
Dr. Oliver Decker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Selbstständigen Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Von 2010 bis 2013 vertrat er die Professur für Sozialpsychologie und Organisationspsychologie in Siegen und seit 2012 ist er Honorary Fellow an der University of London, Birkbeck College. Seit 2002 leitet er die »Mitte-Studien« der Universität Leipzig (gemeinsam mit Elmar Brähler).

pe für sich. Auf dieser Grundannahme können weitere Stereotype aufbauen: dass »Juden« reich seien, ihr Reichtum nicht das Ergebnis ehrlicher Arbeit sei, dass sie besonders schlau und gerissen seien oder dass alle Jüdinnen und Juden die israelische Staatsbürgerschaft hätten. In Bezug auf Israel zeigt sich eine voreingenommene Wahrnehmung darin, dass die Politik der jeweiligen israelischen Regierung als grundlos böse gesehen wird oder mit der Vernichtungsmaschinerie Nazi-Deutschlands in eins gesetzt wird. In der Antisemitismusforschung hat sich seit einigen Jahren die sogenannte 3-D-Regel etabliert. Mit dieser Regel kann man erkennen, welche Sichtweise des Nahostkonflikts judenfeindlich ist: wenn Israel dämonisiert wird; wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird, es also delegitimiert wird; und wenn Israels Politik an anderen Maßstäben gemessen wird als die anderer Staaten, also »Double Standards« angesetzt werden.

In Hamburg hat Arbeit und Leben im Rahmen des Projektes »Was tun gegen Antisemitismus?!« 2009/2010 mit Jugendlichen gearbeitet, die tendenziell oder offen feindselig gegen Israel eingestellt waren. Bei dieser Klientel hat sich ein Modul mit dem Spielfilm »Alles für meinen Vater« (2008, Regie: Dror Zahavi) bewährt, der die fiktive Geschichte eines Selbstmordattentäters erzählt, der aufgrund eines technischen Defektes am Zünder seines Sprengstoffgürtels gezwungen ist, drei Tage in Tel Aviv zu verbringen. Der Spielfilm verdeutlicht, dass Unterschiede bestehen zwischen Israelis, orthodoxen Juden in Israel, dem jüdischen Staat und seinen jeweiligen Regierungen. Ein anderes Modul dieses Projektes beschäftigt sich mit den pogromartigen Ausschreitungen im Spätsommer 1929 im britischen Mandatsgebiet Palästina. Dabei wurden 133 Jüdinnen und Juden, unter ihnen viele Kinder, grausam ermordet. Dieses Ereignis zeigt, dass es in der arabischen Bevölkerung Palästinas Judenfeindschaft gab, lange bevor ein jüdischer Staat existierte.

Dem Bild von »den Juden« steht ein nationales bzw. religiöses Selbstbild gegenüber. Die schwierige Aufgabe besteht darin, dieses Wechselverhältnis selbstkritisch zu reflektieren. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus steht häufig im Verdacht, Teil der deutschen »Vergangenheitsbewältigung« zu sein. Nach 1945 führte dieser latente Verdacht zu einer neuen Form der Judenfeindschaft: dem Schuldabwehr-Antisemitismus. Dem Bedürfnis, sich mit dem nationalen Kollektiv positiv identifizieren zu können, steht demnach die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit im Weg. In Hamburger Projekte integrieren wir – um diese Zusammenhänge reflektieren zu können – eine Exkursion in die KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Dort lernen Jugendliche, dass die oft anzutreffende Gleichsetzung »KZ-Häftling = Jude« den historischen Tatsachen nicht entspricht. Für die pädagogische Arbeit gegen Antisemitismus ist es wichtig, in diesem Kontext auf die lange Geschichte der Judenfeindschaft vor 1933 und nach 1945 zu verweisen.

Ein komplexes Problem ist mit dem Stereotyp der »reichen Juden« verbunden. Nicht erst im Nationalsozialismus stand hinter diesem Stereotyp die Vorstellung, es gäbe einen »schaffenden« und einen »raffenden« Bereich in der nationalen Ökonomie. Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus hat 2012 ein Modul entwickelt, das auf der Basis einer einfachen Kriminalgeschichte einen ersten Schritt unternimmt, die personalisierende Kapitalismuskritik infrage zu stellen. Gerade aktuell: In Zeiten weltweiter Wirtschaftskrisen kann dieses Stereotyp zur Gefahr werden.

Olaf Kistenmacher leitete 2009–2010 das Projekt »Was tun gegen Antisemitismus?!« in Hamburg und schreibt unter anderem für konkret, Jungle World und Phase 2.

Webinfos:
www.kiga-berlin.org

Weiterführende Literatur

Theodor W. Adorno (1964): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 29.
Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. / Tacheles reden! e.V. (Hrsg.): Woher kommt der Judenhass? Was kann man dagegen tun? Ein Bildungsprogramm. Mülheim: Verlag an der Ruhr 2007, korrigierte Neuauflage.
Barbara Schäuble (2013): »Anders als wir.« Differenzkonstruktionen und Alltagsantisemitismus unter Jugendlichen. Anregungen für die politische Bildung. Berlin: Metropol-Verlag.

Über die Grenzen Hammonias hinaus

Wilstorfer Straße. Ehemals industrielles Zentrum Harburgs, lange Jahre »sozialer Brennpunkt« und Rotlichtviertel, seit einigen Jahren im neuen Umbruch zwischen Phoenix-Center und kulturellen Gentrifizierungsbestrebungen der Sammlung Falkenberg. Am 17. Dezember 2011 mussten PolizistInnen einen abendlichen Spuk beenden: einen Aufmarsch der »Unsterblichen – mit weißen Masken und brennenden Fackeln zogen 31 Neonazis durch die Straßen und skandierten »Volkstod stoppen«. Mit Fackeln und Uniformen soll an die Tradition der SA angeknüpft werden – mit Videoaufzeichnungen und der Medialisierung in sozialen Netzwerken soll klar provoziert werden: Wir besetzen den Raum.

Im Norden agieren die Rechtsextremen gemeinsam
Von Andreas Speit

Der Tag sollte ihr Tag werden: Im Norden richten seit 2009 Kader der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), der Freien Kameradschaften (FK) und Autonome NationalistInnen (AN) den »Tag der deutschen Zukunft« (TDDZ) aus. Am 2. Juni 2012 schallten in Hamburg Lautsprecher-Anweisungen durch die Straßen des Stadtteiles Wandsbek, eine Straßenkreuzung war gesperrt. Überall waren rote Luftballons mit Karten gegen »Überfremdung« und schwarz-weiß-rote Fahnen zu sehen. Auf Transparenten prangte »Multikulti = Völkermord« und »Deutsch kann nur sein, wer der deutschen Abstammung ist«. An diesem Samstag im Juni des Jahres 2012 wurde auf einer Kreuzung der Elbmetropole wieder einmal sichtbar: Die rechte Szene agiert über die Grenzen des Stadtstaates hinaus.

Ein »Vorbereitungsstab« hatte den TDDZ seit Monaten geplant. Am Tag selbst gab Thomas Wulff, NPD-Landesvize in Hamburg, seinen Neonazi-KameradInnen Anweisungen. Christian Worch, damals noch FK-Aktivist aus Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, beantwortete die Fragen der JournalistInnen. Dabei war es weder ein geschichtliches Datum noch ein aktueller Vorfall, der die rund 700 Neonazis zu ihrer Veranstaltung bewegte. Der TDDZ ist ein Aktionstag gegen die vermeintliche Überfremdung Deutschlands. Vor allem Dieter und Ricarda Riefling, die bis vor Kurzem gemeinsam im niedersächsischen Coppengrave lebten, versuchten, den Tag als eigenen festen Szenetermin zu etablieren. Im Norden sucht die Szene um NPD, FK, Rechtsrockbands und AN selbstbewusst die politische Auseinandersetzung. Ihre Aktionsthemen sind Themen aus der Mitte der Gesellschaft: Angst vor Islamismus, Altersarmut und Lohndumping. In den vergangenen Jahren hat die NPD immer wieder versucht, sich der Öffentlichkeit mehr und mehr als »Kümmerpartei« darzustellen, die die Ängste der Menschen – verursacht durch soziale Verunsicherungen und globale Veränderungen – ernst nimmt.

Schon zum ersten TDDZ, der am 6. Juni 2009 in Pinneberg in Schleswig-Holstein stattfand, kamen rund 230 Neonazis aus den nördlichen Bundesländern. Auch 2012 waren die meisten Neonazis aus den umliegenden Bundesländern der Hansestadt angereist: junge Frauen, einige mit schwarzer Basecap, Kapuzenpullover und Jeans, sowie junge Männer, manche mit Glatze, Outdoorjacke und Baggy Pants.

Bereits seit Jahren arbeiten die Hamburger NPD um Torben Klebe, die *Freien Nationalisten Hamburg* (FNH) und die *Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv* (WWT/HNK) mit anderen Landesverbänden und Kameradschaftsstrukturen zusammen. Drei Mitglieder der FNH hielten am TDDZ 2012 ein rotes Transparent mit der Aufschrift »Kampf, Aktion, Revolution. Stoppt den multikulti Wahn [sic]«. Ein bundesweiter Trend hat sich auch im Norden durchgesetzt. Die FK treten in Look und Habitus der AN auf, um cool und aktionistischer zu erscheinen. Diesen Look haben die AN von linken und alternativen Jugendkulturen kopiert. Anglizismen sind hier – im Gegensatz zur sonstigen Szene – kein Tabu. »Fuck the system« steht oft auf ihren Transparenten, und auch ihr Verhalten ist bewusst militanter.

Am TDDZ 2012 sprach niemand der NPD-Prominenz aus Mecklenburg-Vorpommern. Der Demonstrationszug startete aufgrund anhaltender Proteste verspätet. Kein Hinweis darauf, dass sich die NPD von dieser Aktionsform distanzieren würde. Im Landtagswahlkampf 2011 hatte die Hamburger Szene der Partei massiv geholfen. Mit Erfolg. Zum zweiten Mal in Folge konnte die NPD-Fraktion in den Schweriner Landtag einziehen. Ganz rechts vom Landtagspräsidium sitzen – hinter dem Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs, der auch NPD-Bundesvize ist – die weiteren vier Landtagsabgeordneten. Über eine Million Euro bringt der NPD ihr Fraktionsstatus. Geld, mit dem sie ihren Kurs als »soziale Heimatpartei« weiter vorantreibt.

Die Debatte um die zufällig aufgeflogene Terrorgruppe *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU), die zehn Menschen tötete, Bombenanschläge und Banküberfälle verübte, bremst die Partei nicht. Nach dem ersten Landtagseinzug 2006 eröffneten die NPD-Abgeordneten bereits Bürgerbüros. »Wir kümmern uns!« stand auf einem Transparent im Fenster des Büros von Udo Pastörs und Stefan Köster in Lübtheen. Im neuen »Kulturraum« will die Partei durch politische Vorträge, aber auch durch Skat- und Spielabende, gemeinsames Singen, Plattdeutschkurse und »gemütliche Frauenabende mit Zeit zum Handarbeiten« weiteren Zuspruch erfahren. In ihren Briefkästen fanden die BewohnerInnen von Lübtheen im Juli 2012 die Einladung zu einem Abend mit dem verurteilten Volksverhetzer Rigolf Hennig aus dem niedersächsischen Verden,

der über die »derzeitige EU-Diktatur« referieren würde. In Grevesmühlen, knapp 115 Kilometer von Hamburg entfernt, haben Pastörs und Köster im »Thinghaus« ein weiteres Bürgerbüro. Die Szene nutzt das einstöckige Gebäude für Veranstaltungen, Konzerte und Schulungen. Die Entfernung ist für Neonazis aus Hamburg kein Hindernis. Auf dem Gelände finden auch Kinderfeste statt.

Zurück zum TDDZ 2012: Der Demonstrationszug durch Wandsbek konnte sich nur langsam bewegen. Immer wieder mussten die Rechtsextremen warten, weil es Blockaden gab. Einige Neonazis waren mit Jacken der Modemarke Thor Steinar bekleidet. In seinem Geschäft »Tønsberg« in Glinde, 15 Kilometer von Hamburg entfernt, bietet der Betreiber ausschließlich diese in der extrem rechten Szene sehr beliebte Modemarke an. Seit seiner Eröffnung im September 2011 finden vor dem Laden täglich Proteste statt. Gleich nachdem der Vermieter realisiert hatte, wer da was in seinem Laden verkaufte, erfolgte die Kündigung – ohne Erfolg.

Die Wahlergebnisse der NPD im direkten Nachbarbundesland strahlen auf den Landesverband aus. Nach dem Wiedereinzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns 2011 lässt man im Szeneportal »mein-sh.info« stolz verlauten, dass »mehrere Kameradinnen und Kameraden aus Schleswig-Holstein« den Wahlkampf unterstützten. Mit 23 Mandaten ist die NPD in Mecklenburg-Vorpommern in allen Kreis- und Gemeindevertretungen. Ihr Stimmanteil wuchs auf rund 52.000 Stimmen. Ein Zuwachs, den die NPD in Schleswig-Holstein bei der Kommunalwahl 2011 nicht erreichte. Lediglich zwei Kommunalmandate – im Herzogtum Lauenburg und in Kiel – hat der Verband um den Vorsitzenden Ingo Stawitz. Bei der Landtagswahl 2012 halfen AktivistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern dem Landesverband Schleswig-Holstein. Wie in Hamburg war auch hier der vorgezogene Wahlkampf kein Schwerpunktwahlkampf der Bundespartei. Am Wahltag erreichte die NPD 0,7 Prozent. Eine Niederlage – hatte die Partei doch gehofft, ihr Ergebnis von 2009 (0,9 Prozent) zu halten. Dass die Wahl vorgezogen worden war, erschwerte der Partei den Wahlkampf. Ein weiteres Hindernis war, dass ein Teil der FK und AN den Wahlkampf nicht unterstützte. »Nach der Wahl ist vor der Wahl«, hieß es dann aber im Sommer 2012 in der »Schleswig-Holstein-Stimme – Nachrichtenblatt der Nationaldemokraten«. In dem NPD-Blatt betonte NPD-Landespressesprecher Jörn Lemke im März 2012: »Nur gemeinsam sind wir stark.« Er hob hervor: »Ein eher bürgerlich orientierter Kamerad erschließt ganz andere Wähler- und Interessentenkreise als ein junger Nationalrevolutionär. Gerade hier liegt unsere Stärke. Um bei allen Bevölkerungsschichten auf Akzeptanz zu stoßen.« Lemke meint hier unter

Wir wollen keine Nazis hier

Mit Mahnwachen und Aktionen wehren sich die Glinder gegen einen Thor-Steinar-Laden in ihrer Stadt.

Es regnet in Strömen am Glinder Berg. Eine Gruppe von zehn Leuten fängt an, einen Infostand abzubauen. 418 steht auf einer selbst gebastelten Tafel, die jeden Tag weiter geklappt wird. Seit 418 Tagen stehen sie hier von 17 bis 19 Uhr, um eine Mahnwache abzuhalten: die Bürgerinitiative »Glinde gegen rechts«. Ziel des Protestes ist ein Bekleidungsgeschäft gegenüber: Tønsberg. Seit eineinhalb Jahren werden hier Produkte der Marke Thor Steinar verkauft. Im Schaufenster stehen zwei Puppen mit Jeans und weißen Kapuzenshirts, »Almzauber und Hüttenfeuer« steht auf dem einen. Kurz vor Ladenschluss herrscht hier gähnende Leere. Man könnte meinen, ein ganz normaler Klamottenladen, wären da nicht die roten Farbspritzer auf dem Eingangsschild und die Mahnwache gegenüber. >>

anderem das Aktionsbündnis Lübeck/Storman, das im Stil der AN zeitweilig auf der Straße sehr aktiv war. In Neumünster unterhält die FK-Szene schon seit etwa 15 Jahren den »Club 88«. Bis heute betreibt Christiane Dolscheid den wohl ältesten Szenetreff, wo neben dem Kneipenbetrieb auch Liederabende und Schulungen stattfinden. Nicht nur zu den Partys reisen Anhänger der Hamburger Szene an.

»Die Straße frei dem nationalen Widerstand«, skandierte der Tross in Wandsbek wartend. GegendemonstrantInnen konnten die genehmigte Route immer wieder teilweise besetzen. AktivistInnen der WWT/HNK sollen versucht haben, am Rand stehende GegendemonstrantInnen anzugreifen. Die Polizei schritt ein. Auch am 17. Dezember 2011 mussten BeamtInnen in Hamburg-Harburg wegen der Neonazis eingreifen. An diesem Tag setzten die extrem Rechten gemeinsam mit AktivistInnen aus der niedersächsischen Szene das Aktionskonzept der »Unsterblichen« um. Mit weißen Masken und brennenden Fackeln zogen 31 Neonazis durch die Straßen und skandierten: »Volkstod stoppen.« Auch in den niedersächsischen Orten Kleefeld und Wunstorf richteten Rechtsextreme solche unangemeldeten Fackelzüge aus. Am 2. März 2012 stellt die Polizei bei Neonazis in Hamburg, Hannover, Buchholz, Schneverdingen und Tostedt – unter ihnen AktivistInnen der WWT/HNK – nicht bloß Masken sicher. Die Beamten fanden auch Sprengstoffsubstanzen, Baseballschläger, Schreckschuss- und Gaswaffen. Zudem beschlagnahmten sie Fahnen mit dem SS-Wahlspruch »Meine Ehre heißt Treue« samt Totenkopf und Hakenkreuz sowie Rechtsrock-CDs. In Tostedt konnten die SzenegängerInnen in »Norddeutschlands größtem Szeneladen«, so die Eigenwerbung, bis Anfang 2013 extrem rechte Musik und Produkte beliebter Modemarken kaufen. Im Jahr 2006 hatte ein Neonazi, verurteilt wegen schwerer Körperverletzung eines Obdachlosen, der über Adolf Hitler geschimpft hatte, den Laden »Streetwear Tostedt« eröffnet. In der Region verübten FK zahlreiche Angriffe auf nicht rechte Jugendliche, sie drangen sogar in Wohnungen ein. Jugendliche, die sich gegen rechts engagierten, wurden auch in Bückeburg gezielt angegriffen. In Bad Nenndorf, keine 30 Autominuten entfernt, richtet die Szene seit 2006 einen »Trauermarsch« aus. Die Neonazis protestieren dort jährlich vor einem ehemaligen Kurbad, das die britische Armee nach 1945 als Gefängnis genutzt hatte, gegen die »Kriegsverbrecher der Alliierten« und glorifizieren die Taten der Wehrmacht – ein regelmäßiger Termin für die Szene im Norden. 2012 trat die verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel dort als Rednerin auf. Die *Düütschen Deerns* waren ebenfalls vor Ort. Auf einem Bauernhof bei Eschede veranstaltet die Frauenkameradschaft gemeinsam mit den *Snevern Jungs*

Seit wann gibt es die Initiative »Glinde gegen rechts«, und warum habt ihr euch gegründet? Bernd Goldschmidt: Der Anlass war der Laden. Bereits am ersten Tag kamen viele, um spontan gegen den Laden zu demonstrieren: Jugendliche, Antifas aus Bergedorf und AnwohnerInnen. Wir sahen die Gefahr, dass sich die Rechten hier ansiedeln, und wollten ein sichtbares Zeichen dagegen setzen. In der Folge hat es sich dann so ergeben, dass eigentlich immer wieder dieselben Leute dort standen. Man kam miteinander ins Gespräch, und daraus hat sich innerhalb von drei Wochen »Glinde gegen rechts« gebildet.

Seit September 2011 gibt es eine Mahnwache vor dem Geschäft. Was sind das für Leute, die hier ihren Protest kundtun? Anna Grosse: In der Regel stehen täglich zehn bis 15 Leute vor dem Laden, mal mehr, mal weniger. Zur Mahnwache kommen Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft: Von jung bis alt, alle Berufe sind vertreten, RentnerInnen, SchülerInnen, Familien. Man kann sagen, hier kommen wirklich die BürgerInnen zusammen. Es sind keine Parteien oder Organisationen, die das tragen, sondern ganz normale BürgerInnen.

Warum hat sich der Laden ausgerechnet in Glinde angesiedelt? Gab es hier vorher schon Nazistrukturen? Anna Grosse: Das sind alles nur Vermutungen, und es ist relativ schwierig, in dieses Geflecht einzudringen. Der Geschäftsführer ist ein unbeschriebenes Blatt. Wer da tatsächlich aber die Hände im Spiel hat, das wissen wir nicht. Und warum Glinde? Das ist auch nur rein hypothetisch zu beantworten. Glinde befindet sich im Speckgürtel von Hamburg und liegt verkehrsgünstig direkt an der A 24. In Hamburg in der HSH-Nordbank-Passage hatte es nicht geklappt, einen Thor-Steinar-Laden zu eröffnen. Die Nazis verfolgen oftmals die Strategie »Die Städte vom Land aus erobern«. Glinde galt bis dato als völlig unpolitisch und damit auch als »sicheres« Pflaster. In Glinde selbst gab und gibt es keine offen agierende Naziszene. Wie überall gibt es auch hier Menschen mit völkisch-nationalem Gedankengut. Bei einer Demo wurden uns aus einem Haus Sieg-Heil-Rufe entgegengerufen. Das gibt es schon, aber es gibt keine organisierte Naziszene. Und so weit wollen wir es auch nicht kommen lassen. Deswegen wehren wir uns gleich der Anfänge.

Ist es nicht ein Vorteil, wenn sich Nazis in Einheitskleidung werfen? Dann sind sie direkt als solche zu erkennen. Worin liegt das Problem mit der Thor-Steinar-Kleidung? Bernd Goldschmidt: Ja, das haben wir immer wieder, dass Leute sagen: Warum steht ihr da, das sind doch nur Klamotten? Aber das ist eben keine normale Modemarke, sondern eine, die für die Naziszene

und den *Freien Kräften Celle* vermeintlich germanische Brauchtumsfeste: Erntedanktreffen, Sommer- und Wintersonnenwendfeiern. Der NPD-Landesverband um Manfred Börm trug solche Feste mit, bei denen die vermeintlichen »ureigenen Bräuche« und die »arteigenen Götter« gegen die aufgezwungenen fremden Werte und den jüdisch-christlichen Gott in Stellung gebracht werden. In ihren Songs beschwören Rechtsrockbands auch gern die alten Götter. In Niedersachsen hat die NPD 21 Kommunalmandate.

Die Szene organisiert auch immer wieder Konzerte über Landesgrenzen hinweg – um auf diese Weise Polizeimaßnahmen, die an Gebietshoheiten gebunden sind, unterlaufen zu können. 2012 richtete die rechte Hooligan-Band Kategorie C aus Bremen ein Konzert in Elmshorn aus. Das Event fand in der Diskothek »One« statt. Der Betreiber wusste nicht, wer sich da eingemietet hatte. Auf der Website der Band wurde ein Konzert in Hamburg angekündigt und erklärt, dass alle weiteren Infos nur telefonisch zu erhalten seien.

Und noch einmal zurück zum TDDZ 2012: Nach sechs Stunden erreichten die Rechtsextremen einen S-Bahnhof, an dem der Demonstrationszug endete. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Bahnhof tanzte der »Abschiebär« auf dem Dach des Autos eines der Neonazis. Der »Abschiebär« ist eine Figur, die von der extrem rechten Gruppierung *Besseres Hannover* geschaffen wurde. Mit dieser Figur wirbt die Gruppierung offensiv für die »Rückführung von Fremden«. Nach ersten Auftritten in der niedersächsischen Landeshauptstadt, wo der »Abschiebär« provozierend vor Döner-Imbissen auftaucht, wurde sie in der rechten Szene zur Kultfigur. Die Gruppe hatte Videos von den Aktionen ins Internet gestellt.

In Zeiten des Web 2.0 nutzen besonders die AN das Internet zur Selbstinszenierung. Im September 2012, zwei Monate nach der Veröffentlichung der »Abschiebär«-Videos, verbot das niedersächsische Innenministerium die Gruppe, da sie mit ihrer »nationalsozialistischen Ideologie [...] die Grenzen des Rechtsstaats weit überschritten« hätte. Ein Verbot hat auch Dieter Riefling – ehemaliger Kader der verbotenen Organisation *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) – dazu gezwungen, neue Handlungsmöglichkeiten aufzubauen. In Wandsbek gab er sich kämpferisch: Als letzter Redner des TDDZ wetterte er gegen »Überfremdung«. Für 2013 plant die Nord-Szene, ihren »Tag der deutschen Zukunft« in Wolfsburg auszurichten.

Andreas Speit ist Journalist und Buchautor. Er schreibt unter anderem für die taz, den Rechten Rand, den Blick nach rechts. Zuletzt gab er zusammen mit Andrea Röpke das Buch »Mädelsache« heraus, das sich mit dem Engagement von Frauen und Mädchen in der extremen Rechten beschäftigt.

extrem identitätsstiftend ist. Die Marke spielt mit völkischen Symbolen, germanischen Runen und NS-verherrlichenden Sprüchen. Dabei bewegen sie sich immer genau an der Grenze zwischen erlaubt und verboten. Wenn man sich einen Thor-Steinar-Katalog anguckt, sieht man: Die haben mittlerweile viele Mainstreamsachen wie Outdoor- und Sportkleidung. Hier wird immer geschickter versucht, rechten Lifestyle salonfähig zu machen. Und das ist gefährlich.

Wer besucht den Laden, und wie sind die Reaktionen der Kunden auf die Mahnwache?
Bernd Goldschmidt: Wir haben mit den KundInnen des Ladens wenig Berührungspunkte. Wir können anhand der Autokennzeichen beobachten, dass die meisten nicht aus der Gegend kommen, also aus Glinde oder Reinbek. Viele kommen aus Bad Segeberg oder Ratzeburg. Die meisten verhalten sich sehr zurückhaltend. Bei vielen würde man nicht vermuten, dass sie dort einkaufen gehen, es sind Familien mit Kindern. »Klassische Nazis«, also mit rechten Tätowierungen und komplett in Thor Steinar gekleidet, sieht man eher selten. Klar ist: Wir sprechen niemanden direkt an, sondern rufen unseren Spruch »Glinde, Glinde, das sind wir, wir wollen keine Nazis hier«. Manchmal fühlt sich dann der eine oder andere angesprochen und provoziert. Und sehr selten – aber es kommt vor – wird mal jemand aggressiv.

Anna Grosse: Man muss auch erwähnen, dass die Mahnwache nur ein Aktionsschwerpunkt von uns ist. Darüber hinaus machen wir Infoveranstaltungen, vernetzen uns mit anderen Initiativen gegen rechts, und es gibt größere Demos. Uns geht es darum, die Diskussion über das Thema Rechtsextremismus insgesamt am Laufen zu halten. Wir wehren uns überall gegen diskriminierende und menschenverachtende Gesinnungen und leisten Aufklärungsarbeit.

Infos zur Initiative:
www.notonsberg.de

Neonazismus subkulturell

Die Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv« | Von Emil Meyer

Der Jacobipark zwischen der Wandsbeker Chaussee und der Hasselbrookstraße ist ein typischer Stdtteilpark, der von den BewohnerInnen rege genutzt wird. Neonazistische ProvokateurInnen treffen hier auf migrantische Familien und werden gewalttätig. Der Raum wird kurzzeitig besetzt, und Angst regiert. Von hier aus agierte die WWT später weiter Richtung Steindamm, wo sie eine öffentlichere Bühne für ihre Angriffe suchten.

Seit 2008 tritt die neonazistische Gruppierung »Weisse Wölfe Terrorcrew« (WWT) in Hamburg in Erscheinung. In den letzten Jahren gehörte die Neonazigruppierung zu einer der aktiveren Kameradschaften in Hamburg. Ursprünglich war die »WWT« eine bundesweite Fangemeinschaft der Rechtsrock Band »Weisse Wölfe« aus Nordrhein-Westfalen. Wobei die Schreibweise mit Doppel-S anstatt ß als bewusste Provokation zu verstehen ist. So lassen sich die Mitglieder der Band in den Booklets ihrer CDs stets vermummt und teilweise mit Waffen ablichten. Mittlerweile ist die Hamburger Sektion mit dem sogenannten »Hamburger Nationalkollektiv« fusioniert und tritt seit dem als »Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv« (WWT/HNK) in Erscheinung. Dieser Zusammenschluss kann als klassische neonazistische Kameradschaft bezeichnet werden. Die Kameradschaft ist in verschiedene Sektionen eingeteilt, es gibt neben der in Hamburg, eine »Sektion Ost« in Wittstock/Dosse, eine in Hannover und die »Sektion Helvetia« in der Schweiz. Über die Größe der verschiedenen Sektionen ist nichts bekannt, es kann aber davon ausgegangen werden, dass sie jeweils nur aus einer Handvoll aktiver Neonazis bestehen.

Die erste öffentlich wahrnehmbare Aktion der »WWT« war eine Grillfeier im »Jacobi-Park« in Hamburg-Eilbek im Sommer 2008. Während dieser Feier zeigten mehrere Neonazis den »Hitlergruß« und trugen T-Shirts mit der verbotenen Aufschrift »C18« (Combat 18 – eine neonazistische Terrorgruppierung), weshalb die Polizei die Feier beendete und es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den Neonazis und der Polizei kam. Ebenfalls im Sommer 2008 sangen Mitglieder der »WWT« die ersten Strophen der deutschen Nationalhymne auf dem Steindamm in St. Georg und verbrannten eine türkische Nationalfahne. Dabei griffen sie PassantInnen an, die nicht in ihr Weltbild passten. Ein Jahr später, in der Silvesternacht 2009, kam es erneut zu einem rassistischen Übergriff auf dem Steindamm. Aufgrund dieser und weiterer Übergriffe wurde einer der Anführer der Struktur 2009 zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. In diesem Zeitraum war von der »WWT« zumindest öffentlich kaum mehr etwas wahrzunehmen. Kurze Zeit nach der Haftentlassung eines führenden Mitgliedes der »WWT« schloss sich die Hamburger Sektion mit dem »Hamburger Nationalkollektiv« (HNK) zusammen und nutzte von da an deren Internetpräsenz. Hinter dem »HNK« verbirgt sich eine Gruppe aus dem Hamburger Umland.

Nach dem Zusammenschluss der beiden Gruppen probierte die Struktur, sich durch diverse Propagandadelikte und Kleinstaktionen als ernstzunehmende Kameradschaft zu etablieren. Die wohl medienwirksamste Aktion war die maßgebliche Organisierung einer »Spontan«-Demonstration für die neonazistische Kampagne »Die Untersterblichen« in Hamburg-Harburg. Diese Aktion sorgte überregional in den Medien für Aufsehen und führte zu mehreren Hausdurchsuchungen. Die Polizei durchsuchte Wohnungen in diversen Hamburger Stadtteilen, in Buchholz i.d.N., Tostedt, Wistedt, Hannover und im Bremer Umland.

Das Aktionskonzept der »WWT/HNK« ist angelehnt an das Konzept der Autonomen NationalistInnen und stellt eine Entwicklung der Gruppe von rechten Skinheads zu ideologisch gefestigten Neonazis dar. Noch 2008 war die Gruppe in das subkulturell geprägte rechte Skinhead-Milieu einzuordnen und bewegte sich eher in der rechten Erlebniswelt als auf neonazistischen Demonstrationen. Inzwischen bedient die Gruppe inhaltlich fast alle Themen der rechten Kameradschaftsszene – vom klassischen Geschichtsrevisionismus über rassistische Stimmungsmache bis zu antikommunistischen und antidemokratischen Ressentiments. Die Kameradschaft »WWT/HNK« war lange Zeit innerhalb der norddeutschen Neonaziszene intern als nicht ernst zu nehmende Gruppierung abgestempelt worden und fiel oft negativ durch Alkoholkonsum und unangebrachtes Verhalten auf Demonstrationen und Veranstaltungen auf. Durch den Zusammenschluss mit dem »HNK« und durch den Anspruch, als Kameradschaft ernst genommen zu werden, entwickelten sie allerdings ein hohes Maß an Aktivitäten und versuchten, durch häufige Besuche von rechten Demonstrationen und Aktionen dieses Image loszuwerden. Dies gelang nur in geringem Maße. Auf der Internetpräsenz der »WWT/HNK« gibt es seit September 2012 keine Berichte von politischen Aktionen mehr. Ob diese Inaktivität auf interne Streitereien, den Wegzug einiger Kader aus dem Hamburger Ballungsgebiet oder die erhöhte Repression zurückzuführen ist, kann hier nicht beantwortet werden. Zurzeit sind nur wenige Aktivitäten der »WWT/HNK« in Hamburg und Umgebung wahrzunehmen. So wurden bei einem Anschlag auf ein linkes Jugendzentrum in Bergedorf im Mai 2013 »WWT/HNK«-Aufkleber verklebt, und am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Glinde im Juni 2013 provozierten einige Mitglieder der »WWT/HNK« die TeilnehmerInnen und versuchten, diese zu fotografieren. Im Juli 2013 waren einige Mitglieder der »WWT/HNK« und ihr direktes Umfeld im Fokus der Bundesanwaltschaft, als diese wegen des Vorwurfes der »Bildung einer terroristischen Vereinigung« (§ 129 a) namens »Werwolf Kommando«, die Polizei damit beauftragt, verschiedene Wohnungen, Geschäftsräume und Gefängniszellen in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz zu durchsuchen. Und auch am 6. September stand die »WWT/HNK« im Fokus einer Polizeirazzia in einer Gaststätte in Hamburg-Langenhorn. Hier trafen sich Hamburger Neonazis aus verschiedenen Spektren, von der »WWT/HNK« über den »Kameradenkreis Neonazis in Hamburg« bis hin zur NPD, um sich zu vernetzen und auszutauschen. Von 25 Personen wurden dort die Personalien aufgenommen.

Die »WWT/HNK« beteiligen sich nach wie vor bundesweit an neonazistischen Aufmärschen und Kundgebungen, so z.B. im September 2013 bei einer Kundgebung der neonazistischen Partei »Die Rechte« in Berlin.

Für Hamburg stellt die Kameradschaft »Weisse Wölfe Terrorcrew / Hamburger Nationalkollektiv« eine weitere neonazistische Gruppierung neben der NPD und Freien Kräften dar, diese es zu beobachten und politisch zu isolieren gilt. Eine von allen neonazistischen Strukturen Hamburgs erhoffte Wirkmächtigkeit auf die Zivilgesellschaft kann auch im Falle der »WWT/HNK« eine klare Absage erteilt werden.

Emil Meyer arbeitet und recherchiert schon lange zur extremen Rechten insbesondere in Hamburg. Die Ergebnisse seiner Recherchen fließen immer wieder auch in die Arbeit des MBT Hamburg ein. Außerdem ist er u.a. Autor für das Antifaschistische Infoblatt (AIB).

In unmittelbarer Alsternähe logiert hochherrschaftlich unscheinbar hinter Bäumen versteckt die Burschenschaft Germania. Das hanseatisch-akademische Umfeld interessiert sich wenig für die Aktivitäten der Burschenschaftler. Die Netzwerke der alten Herren in Politik und Wirtschaft sind nach rechtsaußen locker geknüpft.

Zwischen konservativ und extrem rechts

Burschenschaften und andere Graubereiche | Von Felix Krebs

Eine starre Unterscheidung in rechtsextremistische und nicht extremistische Organisationen, wie sie die Behörden aus sicherheitspolitischen Erwägungen vornehmen, wird der dynamischen Entwicklung in der extremen Rechten nicht immer gerecht. Extrem rechte Einstellungen und Potenziale in der Mitte der Gesellschaft geraten dabei ebenso leicht aus dem Blickfeld wie Gruppierungen, in denen sich sowohl konservative als auch neofaschistische Personen organisieren oder die in ihrer politischen Arbeit auf diese Graubereiche abzielen. Der Hamburger Verfassungsschutz beobachtet diese Grauzone laut eigenen Angaben zwar aufmerksam und hat in der Vergangenheit auch ein umfangreiches vertrauliches Dossier zum Thema Rechtsextremismus und Studentenverbindungen erstellt. In Sachen öffentlicher Informationspolitik ist man hier jedoch sehr zurückhaltend.

Studentenverbindungen Studentenverbindungen werden in der Öffentlichkeit meistens pauschal als Burschenschaften bezeichnet, obwohl dieses nur wenige im eigentlichen Sinne sind. Studentenverbindungen bilden ein sehr heterogenes Bild. Die meisten sind auf einer politischen Skala irgendwo zwischen liberal und konservativ einzuordnen. Einige wenige, und dann meist tatsächlich Burschenschaften, propagieren jedoch ein völkisch-nationalistisches Grundverständnis, haben Mitglieder aus NPD oder anderen neofaschistischen Organisationen, kooperieren mit diesen und laden deren IdeologInnen zu Vorträgen in ihre Häuser ein.

Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg (Chattia) Die Chattia ist eine Verbindung von rund 40 Personen, die sowohl SchülerInnen und StudentInnen als auch AkademikerInnen und NichtakademikerInnen organisieren will. Als Besonderheit können hier sowohl Männer als auch Frauen Mitglied sein. An der Mensur (symbolisches Fechten) nehmen allerdings nur männliche Mitglieder teil. Überregional ist die Chattia im *Allgemeinen Pennäler Ring* organisiert, einem Zusammenschluss burschenschaftlich orientierter Schülerverbindungen aus Deutschland.

Gleich mehrere Chatten waren in den letzten Jahren Mitglieder der NPD in Hamburg oder in anderen Bundesländern. Der Alte Herr Jochen S. geriet 2007 zusammen mit seiner Ehefrau in die Schlagzeilen, weil beide trotz NPD-Mitgliedschaft als LehrerInnen arbeiteten. Einem weiteren Alten Herrn der Chatten, dem inzwischen verstorbenen André Busch, widmete der Hamburger Verfassungsschutz 2009 gleich einen eigenen Artikel. Busch hatte einen geschichtsrevisionistischen Bestseller geschrieben, in dem er gefallene Nationalsozialisten der ersten Stunde verherrlichte. Das Buch »Blutzeugen« erschien in einem neofaschistischen Verlag. Busch stellte es sowohl bei der NPD als auch bei der *Hamburger Burschenschaft Germania* vor. Ein junger Chatte, der inzwischen aus der Szene ausgestiegen ist, war bis 2010 in der NPD und dort auch mit Ordneraufgaben betraut. Bei den Pennälern begrüßt man sich mit »Heil« und fühlt sich als »das letzte Aufgebot deutschen Volkstums«. Man meint, gegen »sittliche Entartung« und »für Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung streiten zu müssen«, wie es früher auf der Homepage zu lesen war. Inzwischen geht man streng konspirativ vor, nur noch wenige Informationen gelangen an die Öffentlichkeit. Das ist verständlich, denn bei Abenden im Hause S. waren auch schon SS-Veteranen zu Gast, und 2007 sollte der wegen Volksverhetzung verurteilte Klaus Kaping von einer Teheraner Konferenz zum Thema Holocaust-Leugnung vor der Burschenschaft berichten. Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besonders bedenklich: Der Chattia gelingt es immer wieder, junge Menschen als aktive Burschen zu gewinnen. Sie ist mit ihren akademischen Alten Herren tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft zu verorten. Und sie konnte sich – zumindest in der Vergangenheit – ungestört unter den anderen Hamburger Studentenverbindungen bewegen.

Hamburger Burschenschaft Germania (Germania) Diese Verbindung aus der Sierichstraße gerät immer wieder in die Schlagzeilen, weil sie in ihrem Haus Veranstaltungen mit Referenten aus der neofaschistischen Szene organisiert. Im Januar 2012 lud sie mit Jürgen Schwab sogar einen Ideologen ins Haus, der die NPD verließ, weil sie ihm zu parlamentarisch geworden war. Als Gast kam auch der niedersächsische NPD-Vize Matthias Behrens. Das negative Medienecho hielt die schlagende Verbindung jedoch nicht davon ab, im Oktober 2012 erneut einen extrem rechten Publizisten einzuladen. Manuel Ochsenreiter ist Chefredakteur der Zeitschrift *ZUERST!*. Diese wurde bei ihrem ersten Erscheinen im Dezember 2009 vom baden-württembergischen Verfassungsschutz in einem temporären Extra-Beitrag als »neues rechtsextremistisches Nachrichtenmagazin« vorgestellt.

Auch bei der Germania gab es noch vor wenigen Jahren Doppelmitgliedschaften mit der NPD und anderen neofaschistischen Organisationen. Wahrscheinlich aufgrund der gesteigerten Wachsamkeit und des drohenden Reputationsverlustes werden solche offenen Beziehungen aber inzwischen gemieden. Dafür übernahm die Germania innerhalb ihres Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft* (DB) für das Geschäftsjahr 2012/13 eine führende Rolle rechts außen.

Innerhalb des Dachverbandes DB besteht ein völkisch-nationalistisches Kartell namens *Burschenschaftliche Gemeinschaft* (BG), das seit Jahrzehnten extrem rechte Positionen vertritt. Der SPD-Bundesvorstand kennzeichnete die BG 2006 als »völkischen Kampfverband«, ihre Programmatik als »eindeutig biologistisch, völkisch und großdeutsch« und verbat ihren Genossen die Mitgliedschaft in der BG. Bezüglich der Mitgliedschaft in Burschenschaften der BG gelten meist, wie auch in der Germania, völkische Abstammungskriterien, die deutsche Staatsangehörigkeit spielt keine Rolle. Die Zeitschrift Der Spiegel bezeichnete dies zutreffend als »Ariernachweis«.

Das korporierte Umfeld Bevor das kritische Augenmerk auf braune Tendenzen in Hamburger Studentenverbindungen in den letzten Jahren zunahm, waren extrem rechte Verbindungen wie die Chattia und die Germania in das korporierte Netzwerk Hamburgs fest integriert. Bis 2012 war die Germania Mitglied der seit 1903 bestehenden *Vereinigung Hamburger Akademiker-*

verbände (VHA). Bis vor wenigen Jahren nahm sie regelmäßig an jährlichen »Fest-Kommersen« mit mehreren Hundert Burschen und Alten Herren dieses Zusammenschlusses studentischer Verbindungen teil. Letztes Jahr kam die Germania einem drohenden Ausschluss aus der VHA durch Austritt zuvor. Sie verblieb aber im *Hamburger Waffenring* (HWR), dem Zusammenschluss der wichtigsten schlagenden Verbindungen Hamburgs, und schlägt regelmäßig Mensuren gegen andere Hamburger Studentenverbindungen. Der HWR veranstaltete 2005 einen geschichtsrevisionistischen »Königsberg-Kommers«, in dessen Festprogramm nicht nur die russische Stadt Kaliningrad als »Stadt der Unfreiheit und Fremdbestimmung« bezeichnet wurde, sondern bei dem Germania und Chattia auch demonstrativ chargieren (zeremoniell in Galauniform aufmarschieren) durften. Professor Wolfgang Gessenharter, inzwischen emeritierter Rechtsextremismusexperte der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg, erklärte anlässlich des Kommerses: »In dem Waffenring herrscht kein durchgehend konservativ-liberaler Geist. Viele denken eher typisch neurechts, dass nur die Würde der Deutschen unantastbar sei.«

Das Gegenteil von Nestbeschmutzung

Interview mit Uwe Schmidt vom Bramfelder Bündnis gegen Rechts und Mitarbeiter beim Stadtteilkulturzentrum Brakula

Zwischen Bramfelder Markt und dem Bramfelder Dorfplatz wollen die im Stadtteil wohnenden Neonazis Präsenz zeigen, unzählig die Büchertische und Kundgebungen – ebenso unzählig die Aktivitäten des Bramfelder Bündnisses gegen Rechts, das standhaft den Ort gegen die Übernahmeversuche von rechts behauptet.

Die Schülerverbindung Chattia, die kein eigenes Haus hat und über weniger Geld als ihre studentischen Waffenbrüder verfügt, beantragte in den vergangenen Jahren beim Dachverband DB Förderung in Form von Fechtausrüstung und einem Rhetorik-Seminar. Verschiedene akademische Burschenschaften aus Hamburg stellten der Chattia bereits ihr Haus für Treffen zur Verfügung. Zuletzt wurde im April 2013 eine Säbelmensur der neofaschistischen Pennalie im Haus der *Burschenschaft Germania Königsberg* durchgeführt.

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. (SWG)
Die SWG wurde 1962 u.a. von ehemaligen Funktionären des Dritten Reiches gegründet und organisiert regelmäßig Veranstaltungen für ein Spektrum vom rechten Rand der CDU bis hin zum Neofaschismus. Im Laufe der 50-jährigen Vereinsgeschichte referierten und engagierten sich hier ehemalige Angehörige von NSDAP, SA und SS, Vertriebenenpolitiker, Vordenker der sogenannten Neuen Rechten und Personen, die von den Inlandsgeheimdiensten als rechtsextremistisch eingeordnet werden, aber auch Funktionäre und

Im Nordosten von Hamburg liegt Bramfeld, mit rund 50.000 Einwohnern einer der bevölkerungsreichsten Stadtteile Hamburgs. Seit Langem gilt Bramfeld als eine Hochburg der Neonazi- und Freien-Kameradschafts-Szene. Im Stadtteil aktiv ist eine Gruppe von Neonazis aus dem Umfeld der im Jahr 2000 verbotenen Nazi-Kameradschaft Hamburger Sturm, die vorher Bramfelder Sturm hieß. Unter dem Deckmantel der angeblichen Bürgerinitiative »Unsere Zukunft« veranstalteten die Neonazis regelmäßig Infostände und Kundgebungen. Auch führende NPD-Funktionäre wie Torben Klebe und Jan-Steffen Holthusen sind Bramfelder. Klebe ist als selbstständiger Handwerker mit seinem Betrieb »Ökozeit« in Bramfeld ansässig, Holthusen arbeitet bei einer Versicherung in Bramfeld. Bei der letzten Bürgerschaftswahl kandidierte die NPD im Bezirk Bramfeld/Farmsen/Berne und erhielt 1,4 Prozent der Stimmen. Es kommt auch zu extrem rechten Gewalttaten, nur ein Beispiel: Im August 2009 wurde ein schwarzer Brite von Neonazis zusammengeschlagen, weil er einen NPD-Flyer zerrissen hatte.

Warum gibt es in Bramfeld ein Bündnis gegen rechts? Weil es in Bramfeld viele extrem Rechte gibt und der Stadtteil schon allein deswegen ein Problem mit Rechten hat – und dies schon seit Jahrzehnten. Von außen ist das auf den ersten Blick nicht immer direkt sichtbar: Der Neonazi von heute ist nicht mehr so einfach zu erkennen wie noch in den 1980ern der klassische Skinhead mit seinen Springerstiefeln. Auch die Neonazi-Schmierereien sind weniger geworden. Dennoch gibt es hier eine sehr aktive Neonazi-Szene mit vielen hochrangigen NPD-Kadern, die regelmäßig Infostände machen, oft getarnt als vermeintlich harmlose BürgerInnen-Initiative.

Das Bramfelder Bündnis gegen Rechts gibt es nun schon seit ein paar Jahren. Anlass für die Gründung war, dass sich die Neonazis jedes Jahr zum Volkstrauertag am Bramfelder See versammeln, um dort an einem Ehrenmal Kränze für die gefallenen Soldaten niederzulegen. Jahrelang mobilisierte die Antifa dagegen, und es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen. Die grundsätzliche Frage war: Überlassen wir den Neonazis das Feld, oder positionieren wir uns als Stadtteil deutlich dagegen? Aus der Stadtteilkonferenz hat sich dann eine Gruppe gefunden, die hier kontinuierlich gegen Rechtsextremismus aktiv werden wollte. Das Bramfelder Bündnis gegen Rechts hat in der Folge diverse Infoveranstaltungen organisiert, um auf das Problem Rechtsextremismus aufmerksam zu machen. >>

Mitglieder aus Unionsparteien und konservativem Establishment. Thematische Schwerpunkte in Vorträgen und Veröffentlichungen waren unter anderem die Leugnung der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg, die »Ehrenrettung« von Wehrmacht und Waffen-SS, die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete und die Relativierung der NS-Verbrechen.

Der Vorsitzende der SWG, Prof. Menno Aden, ist seit Jahren in der extremen Rechten aktiv. Gegen den ehemaligen Präsidenten des Oberkirchenrates in Mecklenburg-Vorpommern wurde Ende der 1990er-Jahre ein Verfahren wegen »nicht gedeihlichen Wirkens« eingeleitet; aufgrund von Problemen bei der Zusammenarbeit mit allen Leitungsorganen der Landeskirche hat er seine Dienste dort seit 1996 nicht mehr wahrgenommen. Erst 2009 hatte Aden in einem Aufsatz Adolf Hitler als einen »Verkünder des Evangeliums vom Recht aller Nationen« bezeichnet. Ebenfalls 2009 wurde Aden eine Honorar-Professur an der TU Dortmund verweigert, weil er unter anderem in der Zeitung Junge Freiheit veröffentlicht hatte. In einem Aufsatz aus dem Jahr 2008 über den NS-Justizminister Franz Schlegelberger verteidigt Aden

Was ist die Bramfelder Stadtteilkonferenz, und welche Funktion hat sie? Die Bramfelder Stadtteilkonferenz gibt es seit 1993. Sie hat in Bramfeld eine lange Tradition und ist mit durchschnittlich 50 Teilnehmenden rege besucht. Dort treffen AnwohnerInnen auf VertreterInnen verschiedener Institutionen aus Politik und Verwaltung. Hinzu kommen die Kirchen, soziale Verbände, Sportvereine, BürgerInnen-Initiativen und viele mehr. Die Stadtteilkonferenz findet fünfmal im Jahr statt und hat im April dieses Jahres ihr 100. Jubiläum gefeiert. Aus der Konferenz heraus bilden sich bestimmte Arbeitsgruppen wie die Kinder- und Jugend-AG, die Verkehrs-AG, die Kulturinsel oder eben auch das Bündnis gegen Rechts. Man kann hier Anträge einreichen; stadtpolitisch wichtige Entscheidungen oder Empfehlungen werden hier gemeinsam getroffen.

In Bramfeld haben viele Leute das Gefühl, wir benötigen das Mandat vom Stadtteil, um etwas umsetzen zu können. Oftmals gibt es gute Einzelinitiativen, die aber nicht im Stadtteil verankert sind. Die Stadtteilkonferenz ist ein Gremium, das zum einen relativ stark ist, weil so viele unterschiedliche Gruppen daran beteiligt sind, wie zum Beispiel auch die Verwaltung und die Polizei. Zum anderen werden hier oftmals sehr langwierige und kontroverse Debatten geführt, da die Zusammensetzung eben sehr heterogen ist.

Zur heterogenen Zusammensetzung gehört auch, dass der NPD-Funktionär Jan-Steffen Holthusen, ein wegen Körperverletzung vorbestrafter, militanter Kameradschaftler, mehrmals zur Stadtteilkonferenz gekommen ist. Wie seid ihr damit umgegangen? Nun ja, es wird öffentlich eingeladen, und es kommen immer neue Leute, die man nicht kennt. Bei einer Konferenz hat sich ein unscheinbarer Herr in die letzte Reihe gesetzt, der, wie sich später herausstellte, Jan-Steffen Holthusen war. An diesem Tag hatte das Bündnis gegen Rechts über eine Aktion berichtet, die es durchgeführt hatte. Das war vielleicht ein Punkt, der Holthusen gelockt hat, wer weiß? Dann gab es im Vorbereitungskreis die Diskussion darüber, wie wir damit umgehen. Sprechen wir ihn an? Lassen wir ihn einfach so da sitzen? Warten wir, bis er etwas sagt? Geht das gar nicht, dass da jemand von der NPD ist? Er war mehrmals da, zum Teil mit einem Kollegen.

Wir haben das dann im Vorbereitungskreis länger diskutiert mit der letztlichen Entscheidung: Den wollen wir hier nicht haben. Um das auch formal abzusichern, haben wir nach § 6 Versammlungsgesetz einen Versammlungsausschluss formuliert, dem zufolge Leute von NPD, DVU und den Freien Kameradschaften von der Stadtteilkonferenz ausgeschlossen sind. Der Passus ist seitdem Bestandteil jeder Einladung. Es kam aber nie zu der konkreten Situation, dass wir jemanden ansprechen mussten: Verlassen Sie das Haus, sonst setzen wir das Hausrecht durch. Bei den letzten Konferenzen war Holthusen zumindest nicht mehr dabei, was vielleicht auch daran liegen könnte, dass sie im Brakula stattgefunden haben. Den mag die NPD ja nicht so.

Wieso denn das? Im Internet auf der NPD-Seite gibt es schon mal wüste Schmähungen und Stimmungsmache gegen unser Haus und sein multikulturelles Programm. So wurde gegen unsere Kindertanzgruppe gehetzt, weil sie orientalischen Tanz macht. Das ist schon einschüchternd und soll es ja wohl auch sein. Vor ein paar Jahren sickerte durch, dass die Neonazis eine im Brakula stattfindende Antifa-Infoveranstaltung mit anschließendem Konzert stören wollten. An dem Tag gab es massiven Schutz von der Polizei, die das Gelände abgesperrt hatte. Rund 15 Neonazis waren vor Ort, aber die hatten keine Chance, in die Nähe des Veranstaltungsgebäudes zu kommen. Nach einer anderen Veranstaltung gab es in der Nähe der Bushaltestelle eine Schlägerei zwischen Linken und Rechten. In den letzten drei Jahren gab es rund um den Brakula keine weitere Vorfälle.

Sind im Brakula in der offenen Jugendarbeit schon einmal rechte Jugendliche aufgefallen? Wie geht ihr damit um, wenn Rechte das Kulturzentrum nutzen wollen? Wir haben in dem Sinne keine offene Kinder- oder Jugendarbeit, sondern bieten bestimmte Angebote und Kurse an. Es gibt also Gruppen, die sich regelmäßig zu bestimmten Themen treffen. Laut Hausordnung haben jedoch Menschen, die andere diskriminieren, hier nichts zu suchen.

Ein Fall fällt mir ein: Es hatte sich mal jemand eine Buttonmaschine von uns ausgeliehen. Er sagte, er sei Fußballfan. Später gab es Vermutung, dass er ein HSV-Hooligan oder sogar ein Rechter ist. Dann gab es Diskussionen: Wie konntet ihr dem die Maschine leihen? Das ist schwierig, da wir ja nicht alle Neonazis kennen und auch nicht die Gesinnung aller Menschen kennen können. Er ist danach nicht wiedergekommen, aber ist schon widersprüchlich, wenn man ein offenes Haus bieten will. Wir haben hier auch Vermietungen, zum Beispiel für Geburtstage. Bis jetzt haben wir Glück gehabt, und es haben sich keine Rechten eingemietet. Wir recherchieren die Gruppen, die anfragen, aber eine Garantie gibt es nicht, dass sich

diesen gegen jegliche Vorwürfe. Schlegelberger wurde als ranghöchster Angeklagter im Nürnberger Juristenprozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Aden behauptet in dieser Verteidigungsschrift gar, »dass es im Dritten Reich kein Gesetz gab, welches vom Wortlaut her im Sinne des damaligen Verfassungs- oder humanitären Völkerrechts rechtswidrig war«. Zum Auschwitz-Gedenktag 2011 veröffentlichte er einen Artikel, in dem er die offizielle Zahl der sechs Millionen ermordeten JüdInnen anzweifelte. Die angeblich wahren Zahlen seien »geradezu strafbar gering«, weshalb Aden sie auch nicht schreiben würde.

Im geschäftsführenden Vorstand der braunen Bildungsgesellschaft sitzt seit Jahren auch Reinhard Uhle-Wettler. Er schreibt regelmäßig in der SWG-Zeitschrift »Deutschland-Journal«. In einer Rezension versteckt, pries er hier 2005 »als höchst empfehlenswert« auch den Satz: »Nur eins ist gewiß: die barbarische Ausrottung der Juden durch Hitler wurde übertroffen durch die Ausrottung der Deutschen von der Hand der ›demokratischen, friedliebenden‹ Mächte der Vereinten Nationen.« Durch ihre geschickten Formulierungen und Zitierweisen entgehen die SWG-Funktionäre Aden und Uhle-Wettler zwar der Verurteilung wegen Holocaust-Leugnung, die Botschaft an die Szene bleibt aber eindeutig.

Die Veranstaltungen der Hamburger SWG-Sektion fanden von Ende 2008 bis Anfang 2011 mit weiteren extrem rechten Kooperationspartnern als »Hamburger Freiheitsgespräche« im Haus der Studentenverbindung *Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock* statt. Aktuell trifft man sich im Hamburger Logenhaus. Als ReferentInnen der SWG kamen auch immer wieder Personen mit eindeutigem Hintergrund: So lud die Kieler Sektion der SWG 2008 Wjatscheslaw Daschitschew ein, den der Hamburger Verfassungsschutz als »internationale Größe des Rechtsextremismus« bezeichnete. 2011 folgte eine Einladung der Hamburger SWG an Gisa Pahl, langjährige Anwältin von NPD und anderen Neonazis. Es gibt keine andere Organisation in Hamburg, in der extreme und konservative Rechte schon so lange und so eng zusammenarbeiten. Es ist unverständlich, dass die SWG immer noch als gemeinnützig anerkannt ist.

nicht dennoch welche einschleichen.

Was ganz dramatisch war: als Schill an die Regierung gekommen war und hier die Bürgersprechstunden machen wollte. Wir hatten vorher festgelegt, dass alle Parteien aus Bramfeld, die in der Bürgerschaft sind, auch was machen dürfen. Dann kam natürlich als Erstes die Schill-Partei, die hier tagen wollte. Sie haben das dann selbst gar nicht auf die Reihe bekommen und sich ganz schnell selbst in ein schlechtes Licht gerückt.

Wie erklären Sie sich das Besondere an der Situation in Bramfeld? Bramfeld ist ja ursprünglich ein altes Bauerndorf, das aus acht Höfen bestand. Das Gebäude, in dem sich der Brakula befindet, ist übrigens der letzte Hof, der noch steht. Diese Struktur macht sich auch immer noch bemerkbar. Es gibt Leute, die hier schon immer einflussreich gewesen sind, alteingesessene Familien, und es wird differenziert zwischen Bramfeldern und Nicht-Bramfeldern. Auch wenn Bramfeld nun Teil von Hamburg ist, ist das Dörfliche immer noch zu spüren. Meine Erfahrung ist, dass es bei der Frage »Wie mit den Neonazis umgehen?« sehr konträre Ansichten gibt – von »Mit Nazis rede ich nicht« bis hin zu »Er ist doch ein Bramfelder, warum soll ich nicht mit dem reden?«.

Wie geht es weiter mit dem Bramfelder Bündnis gegen Rechts? Nach wie vor herrscht bei einigen im Stadtteil die Mentalität: »Die Rechten? Das sind immer die anderen, bei uns gibt es so was nicht!« Dabei gibt es zum Beispiel die Diskussion um rechte Hooligans in den Sportvereinen schon sehr lange, und ich bin schon überrascht, wie stark das Problem immer noch kleingeredet wird. Da wird viel verharmlost, und man wird als NestbeschmutzerIn behandelt. Wir vom Bündnis gegen Rechts stellen uns schon ab und zu die Frage »Für wen machen wir das eigentlich?«. Wollen die Leute wirklich etwas über die extrem Rechten unter ihnen wissen, oder beschweigt man das weiter? Man kann den Leuten eine Auseinandersetzung mit Rechten allerdings auch nicht von außen aufzwingen. Dennoch bin ich der Überzeugung, dass allein die Tatsache, dass es ein stadtteilweites Bündnis gegen rechts gibt, enorm wichtig ist. Hier gibt es eine im Stadtteil verankerte Struktur, die schnell reagieren kann, wenn ein Problem mit Neonazis auftaucht.

Wie hat sich die Stimmung im Stadtteil in den letzten Jahren insgesamt verändert? Was wir hier feststellen: Ausgrenzung und Alltagsrassismus haben zugenommen. Wir unterstützen hier viele interkulturelle Projekte, wie beispielsweise einen Kulturaustausch mit Afrika, und denen wird oft mit viel Voreingenommenheit begegnet. Jeder kämpft für sich, Arm gegen Reich, dieses Land gegen jenes. Das Ausgrenzende hat in den letzten Jahren allgemein zugenommen, und es gibt keine große Solidarität mehr. Demgegenüber sind schnell Feindbilder zur Hand wie Schwule oder andere Gruppen.

Die Sehnsucht nach einem Richter Gnadenlos

Populismus salonfähig machen – dieser Wunsch der Parteien rechts von der Mitte funktionierte in Hamburg immer nur kurz, bevor populistische Parteien ihren wahren rechten Kern zeigten und die Bündnisse auseinanderfallen ließ: Nachdem in Hamburg zur Jahrtausendwende immer mehr von den Medien herbeigeschriebene Rufe nach mehr »Law and Order« ertönten, gab es von 2001 bis 2007 eine Koalition der CDU mit der Schill-Partei, die schlussendlich unter anderem an homophoben Ausfällen ihrer Leitfigur Ronald Schill scheiterte.

Rechtspopulismus in Hamburg | Maik Baumgärtner, November 2011 | MBT 2013

Im Jahr 2010 waren sich die Meinungsforscher einig: In Deutschland liegt das WählerInnenpotenzial für Parteien rechts der CDU im zweistelligen Prozentbereich. Auch die Verkaufszahlen und Debatten um das im selben Jahr erschienene Buch »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin gaben einen Hinweis auf das Potenzial. Über größere Zeiträume hinweg jedoch fehlt es den deutschen RechtspopulistInnen an polarisierenden Themen und auch an charismatischen Persönlichkeiten. Trotzdem sind die AkteurInnen rechtspopulistischer Parteien umtriebig und aktiv. Sie versuchen, polarisierende Themenfelder zu besetzen, sich (lokal-)politisch zu etablieren und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Zu den wichtigsten AkteurInnen dieses Spektrums zählen in Deutschland die pro-Parteien und die Partei Die Freiheit. Beide Parteien sind auch in Hamburg aktiv, wenngleich in unterschiedlicher Intensität.

Neueste Entwicklung am rechten Rand der Parteienlandschaft ist die Gründung eines Hamburger Landesverbandes der Partei *Alternative für Deutschland*. Ob sich diese eindeutig dem Rechtspopulismus zuordnen lässt, ist momentan – im April 2013 – noch nicht mit Sicherheit zu sagen. Klar hingegen ist: Die bisher einzige, überall postulierte Forderung der Partei ist die Abschaffung des Euro, verbunden mit einer ethnozentristischen Abwertung[1] anderer europäischer Länder.

Eine Einordnung der neuen Partei bzw. des Hintergrundes ihrer Funktionäre ermöglicht ein Zitat aus einem Artikel von der Website publikative.org: »Jens Eckleben, ehemaliger Hamburger Landesvorsitzender der kulturrassistischen Partei ›Die Freiheit‹, ist Landesbeauftragter der ›Wahlalternative 2013‹ für Hamburg und Mitglied der ›AfD‹. Auf seinem YouTube-Kanal stößt man auf ›Historisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert – Interpret: Frank Rennicke‹, Verschwörungstheorien, Videos der ›Freiheit‹ sowie auf den Soundtrack der ›Identitären Bewegung‹.«[2]

Die kommenden Monate werden zeigen, ob eine eindeutig rechtspopulistische Einordnung dieser Partei Bestand haben kann.

Bürgerbewegung pro Deutschland »Erst Berlin, dann Hamburg!«[3], verkündete im Jahr 2010 die islamfeindliche *Bürgerbewegung pro Deutschland* auf ihrer Website und kündigte »personelle und organisatorische Vorbereitungen«[4] zur Teilnahme an der Bürgerschaftswahl 2012 in der Hansestadt an. Nachdem die GAL Ende November 2010 die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene frühzeitig beendet hatte[5] und die Bürgerschaft kurze Zeit später den Weg für vorgezogene Neuwahlen freigemacht hatte[6], erklärte die *Bürgerbewegung pro Deutschland,* auf eine »Ad-hoc-Kandidatur«[7] zu verzichten. Die Kleinpartei hat in Hamburg keinen Landesverband und setzt sich aus lediglich zehn Mitgliedern[8] zusammen, die bisher 300 UnterstützerInnen-Haushalte[9] gewinnen konnten. Laut eigenen Angaben gehören zu den Mitgliedern und UnterstützerInnen ehemalige Aktive der *Schill-Partei* und ein früherer Wahlkampfleiter der CDU.[10] Bisher trat die *Bürgerbewegung pro Deutschland* in der Hansestadt hauptsächlich durch die Veranstaltung von

1 Siehe auch »Ethnopluralismus« im Kapitel »Die Identitäre Bewegung in Hamburg«

2 http://www.publikative.org/2013/03/19/afd-professorenpartei-als-rechtspopulistische-sammelbewegung (aufgerufen am 02. 04. 2013)

3 http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=343:erst-berlin-dann-hamburg&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011; Zugriff nur möglich nach vorheriger Anmeldung)

4 Ebenda

5 http://www.welt.de/politik/deutschland/article11266285/Schwarz-gruene-Koalition-in-Hamburg-gescheitert.html (aufgerufen am 28.09.2011)

6 http://www.welt.de/politik/deutschland/article11653553/Hamburger-machen-den-Weg-zu-Neuwahlen-frei.html (aufgerufen am 28.09.2011)

7 http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=375:segensreicher-wahlkalender-&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)

8 Aussage des Bundesvorsitzenden Manfred Rouhs auf eine Anfrage des Autors im September 2011

9 Ebenda; als UnterstützerInnen-Haushalte versteht die Bürgerbewegung pro Deutschland unter anderem Einzelpersonen oder Haushalte, die beispielsweise Petitionen der Partei unterschrieben haben oder als Spender in Erscheinung treten.

10 http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=343:erst-berlin-dann-hamburg&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011; Zugriff nur möglich nach vorheriger Anmeldung) und http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)

InteressentInnen-Treffen und durch das Verteilen einer Petitionspostkarte gegen einen EU-Beitritt der Türkei in Erscheinung.

Die Partei wurde am 20. Januar 2005 von Mitgliedern der *Bürgerbewegung pro Köln e.V.* zusammen mit »ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen«[11] gegründet, um »demokratischen Patrioten überall in Deutschland« die Möglichkeit zu geben, in ihren Regionen aktiv zu werden. Nachdem *pro Köln* im Jahr 2004 in Fraktionsstärke in den Kölner Stadtrat einziehen konnte, ist das Sammelbecken *pro Deutschland* der Versuch, mit dem kommunal erfolgreichen Modell auf Bundesebene zu expandieren. Dabei grenzt sich die Partei zwar von Antisemitismus und Neonazis ab, jedoch betreibt sie unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung« offensive rechtspopulistische Politik, die das Thema Islam und Zuwanderung meist in Zusammenhang mit Gewalt, Fundamentalismus und Arbeitslosigkeit stellt. Zudem spielt sie mit der Verschwörungstheorie einer vermeintlichen »Islamisierung« Deutschlands und Europas.

Zur Umsetzung des propagierten Zieles, »eine große Zahl von Menschen in einem bestimmten Wahlgebiet dauerhaft an pro Deutschland zu binden«[12], wurde ein Konzept erarbeitet, das in drei Schritte unterteilt ist und an dem sich die FunktionärInnen und AktivistInnen bis heute orientieren: »Handlungsfähigkeit herstellen«, »Menschen binden« und »Wahlantritt«. Unter dem Punkt »Handlungsfähigkeit herstellen« versteht die Partei die Gründung von Kreisverbänden, wofür sie ihren SympathisantInnen eine Art Leitfaden zur Verfügung stellt. Neben rechtlichen Hinweisen über die Mindestanzahl von Personen und Anweisungen zur Öffentlichkeitsarbeit geht es vor allem um die Einbindung von »seriösen patriotischen Kräfte(n)«. Um Menschen zu »binden«, sei es nötig, Themen zu suchen und nicht zu warten, bis sich ein »Thema aufdrängt«. Besonders die Bereiche »Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit« sollen angesprochen werden und hierzu regelmäßig »aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen«. Besonderer Wert wird auf den »Wahlantritt« gelegt, zu dem die »Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise« zählt, denn: »Die ›Marke‹ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose [sic] Kandidaturen kommen nicht in Frage!«

Aus diesem Grund verzichtete die Partei im Februar 2011 auf die Teilnahme an der Wahl in Hamburg und konzentrierte sich auf den Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im September desselben Jahres in Berlin. Trotz eines intensiv geführten Wahlkampfes, mehrerer Hundert Mitglieder und Tausender UnterstützerInnen-Haushalte in der Hauptstadt gelang es der Partei nicht, Wahlerfolge auf Bezirks- oder Landesebene zu erzielen.

Die Freiheit – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie Im Oktober 2010 wurde in Berlin mit *Die Freiheit – Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie* eine neue Partei gegründet, die dem Spektrum der rechtspopulistischen Szene in Deutschland zuzurechnen ist. Mitbegründer und Vorsitzender ist das ehemalige CDU-Mitglied René Stadtkewitz. Er war bereits im Jahr 2009 aus der CDU ausgetreten, gehörte als Parteiloser aber weiterhin der christdemokratischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus an. Im September 2010 wurde er aus dieser ausgeschlossen, da er sich weigerte, eine Einladung an den umstrittenen niederländischen Rechtspopulisten und Islamfeind Geert Wilders zurückzuziehen. Bereits bei der Bekanntgabe der Pläne zur Gründung einer neuen Partei unter dem Namen *Die Freiheit* kommunizierten die GründerInnen, dass die Themen Zuwanderung und Integration eine hohe Priorität genießen werden. Gleichzeitig betonten sie, sich von ExtremistInnen von rechts wie von links, »Ausländerfeinden« und von den *pro*-Parteien distanzieren zu wollen.

Die Freiheit versucht beständig, nicht als Ein-Themen-Partei am extrem rechten Rand wahrgenommen zu werden. Dies belegen nicht nur das umfangreiche Grundsatzprogramm, sondern auch die offensive Distanzierung von rechts außen. Gleichwohl behandelt die Partei in der Öffentlichkeit hauptsächlich die Themen Islam und Integration und nimmt EU- und Euro-skeptische Positionen ein. Insbesondere in diesen Themenfeldern vertritt sie Ansichten, die vom demokratischen Parteienspektrum und von der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch angesehen werden. Dabei misst sie politisch mit zweierlei Maß: In Deutschland sucht *Die Freiheit* den Anschluss an VertreterInnen aus dem demokratischen Parteienspektrum, während sie auf internationaler Ebene mit rassistischen und extrem rechten Parteien bzw. deren VertreterInnen aus Schweden, Österreich und Belgien auf Veranstaltungen und Treffen präsent ist.

Zwar konnte die Partei knapp zwei Monate vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen an einem Tag knapp 59.000 Euro Spendengelder für

11 http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=15:pro-deutschland-gegruendet&catid=14&Itemid=2 (aufgerufen am 28.09.2011)

12 Diese und folgende Zitate siehe http://pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (aufgerufen am 28.09.2011)

den Wahlkampf akquirieren[13], doch schaffte sie es ebenso wenig wie die *Bürgerbewegung pro Deutschland*, Wahlerfolge zu erzielen.

Im Juni 2011 gründete die Partei einen Landesverband[14] in Hamburg, dem zu diesem Zeitpunkt etwa 80 Mitglieder[15] angehört haben sollen. Seit Ende 2010 führten die Mitglieder und SympathisantInnen der »Bürgerrechtspartei« vor allem sogenannte Infotreffen im Ortsteil Groß Borstel durch. Im April 2011 ging es dabei unter anderem um das Thema »Mit Kritikern diskutieren – eine rhetorische Hilfestellung«[16], um den Engagierten »einige Argumentationshilfen an die Hand zu geben«.[17] Als Begründung führte der damalige Landeskoordinator und spätere Landesvorsitzende[18] Jens Eckleben, der früher bei den Grünen aktiv war, aus: »Besonders in der Diskussion mit den Kritikern unserer politischen Einstellung gestaltet es sich häufig schwierig, die eigene Meinung beispielsweise im Bezug auf den Islam und gegen pauschale Anfeindungen zu vertreten.«[19]

Gegen diese Treffen machten die AnwohnerInnen Groß Borstels schnell mobil – der Bezirk stellt der Partei das Stavenhagenhaus deswegen inzwischen nicht mehr zur Verfügung. Seitens der Partei gab es lediglich im Juli 2011 eine öffentliche Kundgebung, als rund 60 AnhängerInnen gemeinsam mit Gleichgesinnten gegen einen Auftritt des islamistischen Predigers Pierre Vogel protestierten.

Der Hamburger Landesverband von *Die Freiheit* plant, die Aktivitäten in Zukunft zu verstärken, und arbeitet auf eine Teilnahme an der nächsten Bürgerschaftswahl im Jahr 2015 hin.[20] In der Realität hat sich dies aber bislang nicht niedergeschlagen. Der Hamburger Landesverband hatte keine größeren öffentlichen Auftritte, und er konzentrierte seine Aktivitäten auf die Unterstützung des Wahlkampfes der Partei in Berlin.

13 http://geldbombe-für-die-freiheit.de (aufgerufen am 27.09.2011)

14 http://www.diefreiheit.org/landesverband-hamburg-der-burgerrechtspartei-die-freiheit-gegrundet (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

15 http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M5755df3cb22.0.html (aufgerufen am 27.09.2011)

16 http://www.diefreiheit.org/neues-treffen-der-landesgruppe-hamburg (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

17 Ebenda (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

18 http://www.diefreiheit.org/landesverband-hamburg-der-burgerrechtspartei-die-freiheit-gegrundet (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

19 http://www.diefreiheit.org/neues-treffen-der-landesgruppe-hamburg (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

20 http://www.diefreiheit.org/neue-konzepte-fur-eine-erfolgreiche-zukunft (aufgerufen am 27.09.2011; die Homepage der »Freiheit« wurde inzwischen geändert, der Artikel ist nicht mehr verfügbar)

Partei Rechtsstaatlicher Offensive – die Schill-Partei Die *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* war in der jüngeren deutschen Geschichte die bisher bekannteste rechtspopulistische Formation. In Hamburg, wo die Partei ihren Ausgangspunkt nahm, erzielte sie ihren größten und wichtigsten Wahlerfolg. Prägende Figur und durch seine Popularität maßgeblicher Erfolgsgarant der *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* war Ronald Barnabas Schill, damals Richter am Amtsgericht Hamburg. Dem für seine harten Urteilssprüche bekannten Schill wurde von der Boulevardpresse der Name »Richter Gnadenlos« verliehen, was ihm weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung bescherte und dazu führte, dass die Partei fast nur noch als *Schill-Partei* bezeichnet wurde.

Die *Schill-Partei* konnte sich mit dem Thema »innere Sicherheit« und der damit einhergehenden Kriminalitätsbekämpfung profilieren und erlangte bei ihrem ersten Wahlantritt 2001 19,4 Prozent der Stimmen. Damit wurde sie in der Hansestadt drittstärkste Kraft. Als Koalitionspartner von CDU und FDP war die Partei an der Regierung beteiligt, und Schill wurde nicht nur Zweiter Bürgermeister, sondern auch Innensenator. Ausschlaggebend für den Erfolg der Partei in Hamburg war nicht nur Schill, über dessen populistische Forderungen und Auftritte in weiten Teilen der Presse regelmäßig berichtet wurde, sondern werden auch Aussagen aus den Reihen der Hamburger CDU in den Monaten vor der Wahl. Der damalige CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust erklärte bereits mehr als ein halbes Jahr vor der Wahl, eine Koalition mit der *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* sei für ihn nicht ausgeschlossen.[21] Mit dieser Aussage machte von Beust die Partei und somit auch deren rechtspopulistische Forderungen und Law-and-Order-Politik salonfähig. Knapp zehn Jahre später erklärte der CDU-Politiker in einem Gespräch mit der Wochenzeitung »Die Zeit«: »Schill war ein Mittel zum Zweck. Die Koalition mit ihm war eine machtpolitische Entscheidung. Ich war der Meinung, nach 44 Jahren muss die SPD weg, und hatte gehofft, dass er sich im Amt fängt.«[22] Etwas mehr als zwei Jahre nach der Wahl zerbrach die Koalition in der Bürgerschaft, womit auch das Ende der *Schill-Partei* eingeläutet wurde. Nach unzähligen innerparteilichen Differenzen und dem Ausschluss von Ronald Schill aus der Partei löste sie sich im Jahr 2007 endgültig auf.

Maik Baumgärtner ist freier Journalist mit den Themenschwerpunkten Demokratiefeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung. Er schreibt unter anderem für den SPIEGEL, SPIEGEL ONLINE, die taz, den Blick nach rechts u.a.

21 http://www.n-tv.de/politik/CDU-Koalition-mit-Rechtspopulisten-nicht-ausgeschlossen-article146742.html (aufgerufen am 25.09.2011)

22 http://www.zeit.de/2011/23/Interview-Ole-von-Beust/seite-4 (aufgerufen am 25.09.2011)

Die »Scharfe Ecke« in Todglüsing, einem Ortsteil von Tostedt. In dem roten Fachwerkhaus logierte von 2007 bis 2012 der Neonazi-Shop »Streetwear Tostedt«, nach eigenem Bekunden »Norddeutschlands größter Szeneladen«. Betreiber Stefan Silar erschlug als 19-Jähriger mit einem Kameraden in Buxtehude einen Obdachlosen, der über Adolf Hitler geschimpft hatte, und musste dafür sechs Jahre hinter Gitter. Später wurde er Sektionsleiter Nordmark der im Jahr 2000 verbotenen Organisation »Blood & Honour«. Der Laden war während seiner Öffnungszeiten Treffpunkt der Neonazis aus der Region Nordheide, für explizit Nicht-Rechte eine No-go-Area.

Es dauerte lange, bis sich eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung gegen den Laden engagierte, nachdem zuerst antifaschistische Jugendliche, die aktiv gegen den Laden agierten, vor Ort als Störenfriede und eigentliches Problem diffamiert worden waren. Mit der Schließung des Ladens ist genau das passiert, was lange gefordert wurde: Der öffenliche Raum ist inzwischen auch wieder für alle angstfrei nutzbar.

Courage macht Schule

Mobile Beratung vor Ort – Tostedt | Von Ulli Grass

Herr Grass, Sie sind Lehrer. In der und um die Gemeinde Tostedt herum gibt es seit den 1990er-Jahren eine feste, organisierte Neonaziszene, die sich um den rechten Szeneladen »Streetwear Tostedt« und dessen Betreiber Stefan Silar etabliert hat. Wie wirkt sich das auf die Lebenswelt der Jugendlichen aus? Zunächst einmal muss man sagen, dass der Szeneladen seit Anfang des Jahres geschlossen hat. Wir bewerten dies als Erfolg des langjährigen Widerstandes in Tostedt und des Engagements im Präventionsbereich, zu dem auch »Courage macht Schule« zählt. Trotzdem werden die Jugendlichen auch weiterhin immer wieder mit rechtem Gedankengut konfrontiert: im Freundeskreis, im Freizeitbereich, etwa bei Böhse-Onkelz-Partys, oder auch durch öffentlich sichtbare Parolen. Was besonders schwerwiegend ist: Die rechte Szene versucht, Jugendliche bereits in geringem Alter anzuwerben – also junge Menschen, die die Hintergründe und die Motivation der rechten AkteurInnen oftmals noch nicht beurteilen können und eher Spannung und Freizeitspaß suchen. Bei dem Versuch, Jugendliche zu ködern, kommt es den Rechtsradikalen entgegen, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und ähnliche menschenfeindliche Einstellungen auch in und um Tostedt herum weit vertreten sind und so nicht immer als etwas Besonderes wahrgenommen werden.

Ist »Rechtsextremismus« im Schulalltag, auf dem Pausenhof, im Unterricht oder im LehrerInnen-Zimmer ein Thema? Da alle weiterführenden Schulen in Tostedt im Rahmen der Initiative »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« aktiv sind und regelmäßig gemeinsame Projekte und Aktionen durchführen, gerät das Thema nie aus dem Blick. Zudem beherrscht das »Problem mit den Rechten« auch regelmäßig die Kommunalpolitik, und auch die Medien berichten mittlerweile sehr engagiert über das Thema.

Direkte Vorkommnisse, etwa Hakenkreuze im Klassenzimmer oder rassistische Äußerungen im Unterricht, stellen inzwischen eher die Ausnahme dar, weil sie an allen drei Schulen nicht geduldet werden. Durch die langjährige Präventionsarbeit sind die meisten KollegInnen sensibilisiert und nehmen das Problem sehr ernst. Allerdings wünschen wir uns mehr Fortbildungen, um gezielt auch in unteren Klassen einen Grundstein für Demokratie und Antifaschismus legen zu können. Hier ist noch viel zu tun. Noch hängt zu viel vom Engagement einzelner aktiver KollegInnen ab.

Warum haben Sie entschieden, das Thema (auch) mit Unterstützung eines externen Kooperationspartners der politischen Bildung zu bearbeiten? Was erhofften Sie sich davon? Zum einen ging es uns in Tostedt um die Kompetenzen und um die langjährigen Erfahrungen, über die die TeamerInnen aus dem Bereich der politischen Bildung verfügen. Wir denken, dass gerade die Auseinandersetzung mit eigenen Ängsten, mit Vorurteilen und mit Ausgrenzung von »Profis« initiiert werden muss, wenn Jugendliche wirklich erreicht und ihre Haltungen verändert werden sollen.

Im Jahr 2009 hatten Jugendliche während der Bürgersprechstunde der Jugendausschusssitzung einen offenen Brief an die KommunalpolitikerInnen der Samtgemeinde Tostedt übergeben. Darin wiesen sie auf ein neuerliches Erstarken der extremen Rechten in Tostedt hin und forderten die PolitikerInnen zum Handeln auf. Daraufhin suchte das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT Hamburg) den Kontakt nach Tostedt, um Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Umgang mit der extremen Rechten vor Ort zu beraten und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die extreme Rechte zu unterstützen.

Auch das *Forum für Zivilcourage* wurde beratend aktiv, ebenso Politik und Verwaltung vor Ort. Hieraus entstanden verschiedene Aktivitäten. Unter anderem wurde das Projekt »Courage macht Schule« ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist, Jugendliche in Tostedt mittels politischer Bildung für das Thema Rechtsextremismus zu sensibilisieren und sie insbesondere zu einem sichereren Umgang mit dem Thema zu befähigen. »Courage macht Schule« wird vom Präventionsrat Tostedt getragen und von *Arbeit und Leben Hamburg* konzipiert und umgesetzt.

Die Teilnehmenden des Projektes haben sehr unterschiedliche Erfahrungshintergründe. Einige haben bisher wenig vom Thema und von den Geschehnissen in Tostedt mitbekommen und/oder wollen auch keine Auseinandersetzung. Andere waren eventuell bereits von rechtsgerichteten Diskriminierungen betroffen. Wieder andere sind antifaschistisch aktiv. Manche sind aufgrund von Loyalitätskonflikten emotional nicht in der Lage zu einer Auseinandersetzung oder der Rechten gegenüber sogar aufgeschlossen. Wegen dieser unterschiedlichen Erfahrungshintergründe wird das Thema Rechtsextremismus im Seminarkonzept nicht als Fokus, sondern als Querschnittsthema behandelt.

Das Seminar verfolgt einen stark prozess- und handlungsorientierten Ansatz. Zunächst werden mithilfe verschiedener Methoden – beispielsweise »Global Playing« – spielerisch Prozesse von Inklusion und Exklusion im Klassenverband einerseits, auf gesellschaftlicher Ebene andererseits behandelt. Darauf aufbauend folgt die Beschäftigung mit eigenen Vorurteilen und Stereotypen sowie mit der Diskriminierung von gesellschaftlichen Randgruppen, insbesondere mit den Differenzkategorien Homophobie und Rassismus. Im dritten Schritt geht es um das eigene Konfliktverhalten und um den Umgang mit schwierigen Situationen. Am vierten Seminartag wird je nach Interesse und Bedürfnissen der Gruppe ein Thema aus den vorherigen Tagen vertieft. Außerdem wird ein Elternabend vorbereitet, der Informationen über das Seminar mit Übungen und Diskussionen verknüpft. Diese werden von den SchülerInnen angeleitet und gemeinsam mit Eltern und LehrerInnen durchgeführt. Die Vorbereitung auf einen generationsübergreifenden Austausch verleiht dem Thema über den Schulkontext hinaus Bedeutung. Zudem verfestigt diese Vorbereitung das Erlernte, bündelt zentrale Erkenntnisse und verankert sie nachhaltig im privaten und schulischen Kontext. Den Abschluss des Seminars bildet eine Exkursion nach Hamburg. Dabei lernen die SchülerInnen unter anderem Praxisprojekte und Beratungsangebote zu den bearbeiteten Themen kennen, was ihnen den Zugang zu diesen erleichtert.

Außerdem ist es bei solch sensiblen Themen wichtig, den schulischen Rahmen zu verlassen. Das heißt auch, dass die unterrichtenden LehrerInnen nicht an den Übungen teilnehmen, sodass sich die Jugendlichen in einem geschützten Raum bewegen können. Sämtliche Rückmeldungen zeigen, dass die Jugendlichen diese Tatsache als sehr wichtig empfinden.

Gerade in Niedersachsen halten wir es für sehr wichtig, auf die unverzichtbare Rolle einer qualifizierten politischen Bildung hinzuweisen: Mit Sicherheit wären die Probleme, die wir vor Ort mit rechten Einstellungen haben, geringer, wenn die politische Bildung in Niedersachsen nicht weitestgehend abgeschafft worden wäre. Hier sehe ich für die Zukunft auch eine ganz wichtige Kooperationsmöglichkeit zwischen Schule und außerschulischer Bildung: Schule muss sich viel intensiver um eine demokratische und tolerante Haltung der SchülerInnen bemühen und dabei auch neue Wege gehen und KooperationspartnerInnen suchen. In diesem Sinne sehen wir »Courage macht Schule« durchaus als Modellprojekt.

Wie fällt Ihr Fazit zum Projekt »Courage macht Schule« aus? Was ist besonders wichtig an dem Konzept? Welche Rückmeldungen gibt es von SchülerInnen und Eltern? Als besonders positiv heben die SchülerInnen immer wieder die praktischen Übungen hervor. Eine Schülerin wies darauf hin, dass sie sich in manchen Rollenspielen selbst besser kennengelernt hätte und ihren eigenen Ängsten begegnet sei. Alltägliche Konflikte lassen sich eben nicht nur mit Texten und Unterrichtsgesprächen offenlegen oder gar lösen. Eine wichtige Erfahrung machen die Gruppen auch bei den Interviewaktionen: Oftmals führen die Reaktionen von PassantInnen bei den SchülerInnen zu einem ganz neuen Problembewusstsein und zu einer neuen Sichtweise auf ihre Gemeinde.

Welche Entwicklung die Klassen innerhalb einer Woche durchmachen, zeigt sich bei der Gestaltung eines Elternabends mit den eigenen Eltern am deutlichsten: Vor allem der Rollenwechsel der SchülerInnen, die plötzlich die »MacherInnen« sind, und die manchmal sichtbare Überraschung und die Hilflosigkeit der Eltern sind eine wichtige Erfahrung für die Jugendlichen, die ja teilweise erst 14 Jahre alt sind. Damit erreichen wir auch immer wieder, dass die Diskussionen in die Elternhäuser zurückgetragen werden: Nur so kann sich nachhaltig etwas in den Köpfen bewegen.

Zusätzlich streben wir an, dass die Jugendlichen ihre Erfahrungen in ihre Schule hineintragen. Einige Male hat das sehr gut geklappt: Wenn die SchülerInnen etwa andere Klassen informieren und mit jüngeren SchülerInnen selbst Übungen durchführen, bleiben die Eindrücke lebendig, und die Auseinandersetzung endet nicht mit der Seminarwoche. Solche Ansätze, die darauf abzielen, dass die SchülerInnen als MultiplikatorInnen wirken, wollen wir auf jeden Fall ausbauen.

Nicht rechts, nicht links – identitär?

Die Identitäre Bewegung in Hamburg | Von Johannes Baldauf

Ende Oktober 2012 sorgte die Besetzung einer Moschee in Poitiers, Frankreich, für Aufsehen. Die Gruppe, die die Besetzung durchführte, nennt sich Génération Identitaire und stellt eine Art Jugendbewegung des extrem rechten Bloc Identitaire dar. Auf islamfeindlichen Blogs wie »politically incorrect« wurde die Aktion begeistert kommentiert, ebenso von Medien der Neuen Rechten wie »Blaue Narzisse«, »Junge Freiheit«, »Sezession« und anderen.
Ebenfalls im Oktober 2012 wurde die Facebook-Seite der Identitären Bewegung, dem deutschen Ableger der Génération Identitaire, freigeschaltet. Sie bekam innerhalb kurzer Zeit mehr als 2000 Likes, mittlerweile sind es über 5000. Zuvor schon wurde ein Video der Gruppe über das Internet verbreitet, das den martialischen Titel »Déclaration de guerre – Génération Identitaire« (»Identitäre Generation – die Kriegserklärung«) trägt und ebenfalls enorme Resonanz bei der Neuen Rechten hervorrief. In diesem Video formuliert die Gruppe ihr Hauptanliegen: eine Kampfansage an die »Herrschaft des Multikulti-Wahns«. Multikulturalismus sei schuld an der »Überfremdung« bzw. an der »Islamisierung«, die Europa zu zerstören drohe.

Bismarck – als Reichsgründer und überzeugter Antidemokrat ist er ein Bezugspunkt der Hamburger Rechten. Das überdimensionale Denkmal auf dem Sintfang, von Hamburger Kaufleuten mit imperialem Interesse gespendet, ist heute mehr Treffpunkt der internationalen Jugend aus der nahen Jugendherberge als Aufmarschort reaktionärer Gedanken.

Dieses Manifest wird im Video von verschiedenen jungen Menschen sehr eindringlich vorgetragen, womit eine weitere Botschaft der Kriegserklärung unterstrichen wird: Die Politik habe durch den »Multikulti-Wahn« die europäische Kultur, die Identität verkauft. Die Jugend aber – denn aus ihr entstamme die *Identitäre Bewegung* und an sie wolle sie sich richten – besinne sich nun auf die europäische Kultur und kämpfe gegen die Islamisierung und für die eigene Identität.

Dem Feindbild Islam und der Drohkulisse der Islamisierung Europas wird ein Europa gegenübergestellt, das frei sein soll von islamischen, aber auch von jüdischen Einflüssen (»Weder Kippa noch Palituch«), denn nur so könne man die »nationale Identität« bewahren. Dahinter verbirgt sich die Idee vom »Europa der Vaterländer«, also »Frankreich den Franzosen«, »Spanien den Spaniern« usw. Dieses Konzept nennt sich Ethnopluralismus und ist einer der ideologischen Kernpunkte der Neuen Rechten. Der Rassismus der »klassischen« extremen Rechten wird ersetzt durch einen Kulturrassismus. Der Begriff »Rasse« wird dabei nicht mehr verwendet. Vielmehr spricht man von Ethnien, und Kultur wird zum Ersatzbegriff für Rasse. Wenn also von Identität die Rede ist, dann ist damit kulturelle Identität gemeint.

Wider die »liberale« Islamkritik

Von Margarete Schlüter

»Islamfeindlichkeit [ist] nicht die richtige Antwort auf die existentiellen Herausforderungen der Gegenwart« ist der Internetseite der »Identitären Bewegung Deutschland« (IBD) zu entnehmen. Parallel dazu propagiert die Gruppierung: »Islamisierung? Nicht mit uns!«.

Auch wenn diese Aussagen zunächst widersprüchlich klingen, wird bei intensiverer Beschäftigung mit den Ideen der »Identitären« deutlich, dass beide der Ideologie des Ethnopluralismus zuzuordnen sind. Dieser folgend erkennen die »Identitären« im »Erhalt der ethnokulturellen Identität(en) der europäischen Völker« die Lösung wahrgenommener Probleme. Es ist der Schutz von »Kultur, Geist, Seele, Tradition und Heimat«, den sich die »Identitären« auf die Fahnen geschrieben haben, um die »europäische Geistestradition«, eine »ethnokulturelle Geisteshaltung« zu bewahren und den Untergang Europas zu stoppen. Im Gegensatz zu ihnen würden die ihrer Meinung nach liberalen IslamkritikerInnen nicht die ausgemachte »gegenwärtige Dekadenz hin zu einem neuen goldenen Zeitalter überwinden« wollen, sondern für diese sogenannten westlichen Werte einstehen. Den Islam verteufelnd, würden sie westliches Gedankengut in der gesamten Welt verbreiten und damit dem Islam die Existenzberechtigung absprechen wollen. Den »Identitären« schwebt als AnhängerInnen des Ethnopluralismus etwas ganz anderes vor. Aufgrund dessen, dass »jeder Kulturraum seinen eigenen sozialen Habitus hervorbring[e], [bestehe] die Unmöglichkeit einer Hierarchisierung der Kulturen«. Doch eine »Vermischung der Kulturen« dürfe nicht stattfinden, da sonst das Bestehen der eigenen Identität bedroht sei. Die vermeintliche Islamisierung Europas stelle eine Gefahr für die europäische Identität dar, da er nicht Bestandteil dieser sei. Doch nicht nur die EuropäerInnen würden dadurch ihrer eigenen Identität beraubt, auch die aus dem sogenannten muslimischen Kulturraum kommenden Menschen müssten sich nach den Forderungen der »liberalen«IslamkritikerInnen selbst aufgeben. Um sich der angeblich »ewigen Wert[e] von Volk, Kultur und Tradition« wieder bewusst zu werden und diese zu leben, müsse der Liberalismus überwunden werden. In diesem Zusammenhang verweisen die »Identitären« wohlwollend auf den russischen Nationalisten und Eurasier Alexander Dugin, der im letzten Jahr ein Buch unter dem Titel »The Fourth Political Theory« veröffentlichte. Darin behauptet Dugin, dass der Liberalismus sowohl den Faschismus als auch den Kommunismus besiegt hätte und weltweit eine totale Herrschaft ausübe. In verschwörungstheoretischer Manier führt er aus, dass der Liberalismus die Beherrschung politischer Diskurse anstrebe und die Welt in einer universale Gleichförmigkeit stürze und damit alles zerstöre, was die verschiedenen Kulturen und »Völker« angeblich einzigartig mache. Die Welt bedürfe daher einer sogenannten vierten Theorie, um den Liberalismus zu überwinden. Doch dieser wohnt kein progressives Moment inne, sondern ein antimodernes und rückschrittliches. Er ruft dazu auf, zu den eigenen Wurzeln, Mythen und Traditionen zurückzufinden.

Dem folgend führen die »Identitären« aus, dass es eine »Zeit der ethno-kulturellen Vielfalt [gegeben habe]. OHNE Multikulti-Utopia, Islamisierung, politische Korrektheit, Gender Mainstreaming, ethno-kulturelle Selbstabschaffung«. Als EthnopluralistInnen treten sie »für eine heterogene Welt der homogenen Völker« ein. Im völkischen Sinne streben sie eine Welt an, die geprägt ist durch geschlossene »Völker« und ihnen zugehörige Kulturen – »[d]ie Vielfalt dieser Erde stellt ihren Reichtum dar«. Durch das Hervorheben der Wichtigkeit von Differenz begründen sie ihre Ablehnung der Aufklärung und der Französischen Revolutionen, da durch diese der Gedanke der Gleichheit aller Menschen begründet worden sei. Die Identitären rechtfertigen ihre rückschrittliche Überzeugung damit, dass mit der Egalisierung »Eintönigkeit, eine langweilige Uniformität« einhergehe.

Margarete Schlüter recherchiert seit deren Entstehung zur identitären Bewegung. Die Ergebnisse ihrer Recherchen wurden u.a. im Rechten Rand und in der Jungle World veröffentlicht.

Bei der Neuen Rechten ist dies gleichbedeutend mit der nationalen Identität, die durch Einflüsse von außen, also Multikulturalismus, gestört wird. Schuld am »Multikulti-Wahn« sei die 68er-Generation, die dadurch ebenfalls zum Feindbild wird.

Mit dieser Haltung steht die *Identitäre Bewegung* also nicht allein da und kann daher nur als aktuellster Auswuchs der neurechten Strömung angesehen werden. Mit islamfeindlichen Kampagnen sorgen Bewegungen wie *pro Köln*, *pro NRW* und *Die Freiheit* schon seit Jahren für Schlagzeilen; in den Niederlanden sind es Geert Wilders mit *Vlaams Belang*, in der Schweiz ist es die Schweizerische Volkspartei (SVP), in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Auch finden sich europaweite Netzwerke, in denen Islamfeindlichkeit Kernthema ist. Hierzu gehören Zusammenschlüsse wie *Cities against Islamisation* und die *Defence-League-Bewegung*. Und spätestens seit dem Erfolg von Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« ist klar, dass islamfeindliche Parolen nicht nur ein Thema des extrem rechten Lagers darstellen, sondern entsprechende Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft weit verbreitet sind.

Was macht die *Identitäre Bewegung* also zu etwas Besonderem, wenn die Inhalte letztlich nicht wirklich neu sind? Zum einen ist die Zielgruppe neu. Die Jugendlichen stehen im Fokus, und entsprechend ist auch die Ansprache. Und daraus folgt zum anderen eine neue Auftrittsstrategie. Diese beginnt beim Symbol und bei den Farben der Bewegung. Als Symbol wurde der griechische Buchstabe Lambda gewählt, der auch auf dem Wappen der spartanischen Hopliten abgebildet war. Aus Sicht der *Identitären* bildeten die Hopliten bei der Schlacht an den Thermopylen ein »Bollwerk gegen die Invasion aus dem Morgenland« – eine Lesart, die auch durch den Film »300« verstärkt wird, in dem Perser als dekadent, verkommen und nicht enden wollende Flut von Invasoren dargestellt werden. Die *Identitäre Bewegung* bezieht sich in Flyern auch direkt auf den Film »300« und deutet ihn als Kulturkampf.

Die Farben der Bewegung sind Schwarz und Gelb und in dieser Kombination historisch nicht vorbelastet – im Gegensatz zur Farbkombination Schwarz-Rot-Weiß. Dadurch wird die extrem rechte Etikettierung umgangen, die beispielsweise Farbkombinationen aus der Zeit des Deutschen Reichs oder des Nationalsozialismus hervorrufen würden. Auch wenn durch historische Bezüge wie auf die spartanischen Hopliten intellektuelle Unterfütterung geboten wird, sind die Slogans der *Identitären Bewegung* eher jugendaffin und simpel: »0 % Rassismus – 100 % Identität« oder »Nicht rechts, nicht links – identitär«. Auch hier zeigt sich der Versuch, die mit der extrem rechten Etikettierung verbundene Tabuisierung zu umgehen: Man behauptet, nicht rechts und somit auch nicht rassistisch zu sein. Die Bilder, mit denen die *Identitäre Bewegung* ihre Botschaft zu verbreiten versucht, sind voll von popkulturellen Bezügen. Neben »300« wird auch auf den Film »Avatar« und auf die Ewoks aus der »Star Wars«-Reihe Bezug genommen, auch hier wieder in der Lesart eines Kulturkampfes. Bilder aus »Fight Club« und Bud-Spencer-Filmen finden sich neben den im Internet so beliebten Tierbildern, jeweils gespickt mit Graffitis und Slogans der *Identitären*. Die Gruppierung ist hauptsächlich im Internet aktiv. Neben der Facebook-Seite der *Identi-*

Volksverhetzung nicht nur virtuell – Rechtsextremismus im Internet

Das Internet wird auch für die extreme Rechte zunehmend wichtiger, um ihre Ideologie zu verbreiten und neue AnhängerInnen zu gewinnen. Das Team von jugendschutz.net dokumentierte 2012 über 7000 rechtsextreme Websites und Beiträge im Social Web. Und damit ein Drittel mehr als 2011.*

Eine der für Hamburgs Rechte wohl bedeutendsten Seiten ist mein-hh.info. Gehostet in den USA, unterhalten von Leuten aus dem Umfeld des Neonazis Tobias Thiessen. Im ersten Halbjahr 2013 wurden 44 Artikel auf der Seite eingestellt. Überschrieben als »Reisebericht« oder betitelt mit »Ehrendienst im Hamburger Norden« werden verschiedene Aktivitäten der extremen Rechten dargestellt. Unter Überschriften wie »Homo-Ehe für den Arsch«, »Wir wollen keine Asylantenheime« oder »Volksbetrug – rückt unsere Netze raus« werden sowohl bundesweite aktuelle Auseinandersetzungen als auch Hamburg-spezifische Themen, wie eben die Privatisierung der Energieversorgung, aufgegriffen. Immer wieder werden auf der Seite auch gezielt Einrichtungen und Einzelpersonen namentlich benannt. Anfang 2012 veröffentlichte mein-hh.info eine Liste von Organisationen und Personen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, teilweise mit deren Adressen. Die überregionale Vernetzung der rechten Szene spiegelt sich auch hier: Die »Jugend für Pinneberg« wird auf mein-hh.info ebenso verlinkt wie »Streetwear Tostedt« und die »Freien Kräfte Sächsische Schweiz Osterzgebirge«. Außerdem natürlich die NPD.

Diese hat in Hamburg zwei Internetauftritte: Einen des Landesverbandes und einen des Kreisverbandes Wandsbek, betrieben als Unterseite des Landesangebotes. Die auf der Seite des Landesverbandes eingestellten Artikel sind häufig identisch mit denen auf mein-hh.info, was die enge Zusammenarbeit zwischen NPD Hamburg und freier Kameradschaftsszene unterstreicht. Außerdem betreibt der Landesverband neben seiner eigenen Homepage auch einen Twitter-Account, über den regelmäßig NPD-Infos

* Vgl. jugendschutz.net (2013): Rechtsextremismus online beobachten und bekämpfen. Berichte über Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2012. Mainz.

tären Bewegung Deutschland finden sich knapp 45 Facebook-Seiten lokaler Untergruppen, so zum Beispiel aus Berlin, Bremen, München, Fulda und auch Hamburg. Doch vereinzelt gibt es auch Aktionen in der Offline-Welt: Mahnwachen für »deutsche Opfer«, denen wegen »antideutschem Rassismus« Gewalt angetan wurde. Beliebt sind Flashmobs wie beispielsweise im letzten Jahr während der Eröffnungsfeier der Interkulturellen Woche in Frankfurt am Main, als Vertreter der *Identitären* mit Tiermasken verkleidet zu lauter Techno-Musik durch den Saal tanzten. Stets dabei ein Schild mit dem Slogan »Multikulti wegbassen« und eine Kamera, mit der die Aktionen dokumentiert werden. Gleich im Anschluss werden sie dann bei YouTube eingestellt. Die *Identitären* übernehmen Aktionsformen, die man eher aus dem alternativen Spektrum oder von der Occupy-Bewegung kennt, und wandeln sie entsprechend um. Durch solche Aktionen, den Auftritt im Netz und die Beteuerung, weder rassistisch zu sein noch Nazis zu sein, wirken die *Identitären* auf Jugendliche deutlich ansprechender als Neonazis.

Der Präsident des Verfassungsschutzes nennt die *Identitären* eine »virtuelle Erscheinungsform des Rechtsextremismus mit bislang wenig Realweltbezug«. Doch laut eigenen Angaben zählt die *Identitäre Bewegung* rund 350 AktivistInnen und hat »mehrere Tausend Menschen« als Unterstützer. Der Verfassungsschutz in Bremen stellte personelle Überschneidungen mit der extrem rechten Szene fest, und auch in Hamburg fragte man nach dem Gefahrenpotenzial, das von der Bewegung ausgehen könnte. Hierzu wurde Ende Februar eine Kleine Anfrage an den Senat gestellt. Personelle Überschneidungen mit der extrem rechten Szene in Hamburg verneinte der Senat ebenso wie Kooperationen mit extrem rechten Gruppierungen. Zuvor war die *Identitäre Bewegung Hamburg* nur durch das Verteilen von Flugblättern Ende Januar und durch ihre Facebook-Seite in Erscheinung getreten. Doch seit März nehmen die Aktivitäten zu. Anfang März schrieb die Gruppe auf Facebook, dass »vor 24 Interessenten ein Informationsnachmittag über die Identitäre Bewegung und deren Potential« stattgefunden habe. Am 12. März veröffentlichte sie ein Foto eines Treffens der Ortsgruppe, dem vermutlich acht Personen beiwohnten. Die Gruppe kommentierte, dass sie »an diesem Abend leider auch nicht vollständig« gewesen sei. Am 23. März beteiligte sich die *Identitäre Bewegung Hamburg* gemeinsam mit der *German Defence League Hamburg Division* an einer Demonstration gegen den Umbau einer Kirche in eine Moschee in Hamburg-Horn. Auf Facebook feierte die Gruppe mit dem Slogan »Wie die Spartaner! Kein Rückzug! Keine Unterwerfung!« ihre Teilnahme an der Demonstration und zählte 17 TeilnehmerInnen. Später veröffentlichte sie ein Video der Demonstration, in dem zu sehen ist, dass sich die *Identitären* erst unter die GegendemonstrantInnen mischten und »Nazis raus!« skandierten, bevor sie sich dann der *Defence League* anschlossen. Die *Blaue Narzisse*, die die *Identitäre Bewegung* unterstützt, besprach die Demonstration und gab Handlungsempfehlungen für zukünftige Aktionen. Am selben Tag fand in Hamburg ein Vernetzungstreffen der *Identitären*-Gruppen Norddeutschlands statt. Die Hamburger Gruppe hat, wie sie selbst sagt, »den Untergrund verlassen«.

Johannes Baldauf beschäftigt sich mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien im Internet. Für die Amadeu Antonio Stiftung referiert er über Erscheinungsformen von Neonazis und wirkungsvolle Gegenstrategien in sozialen Netzwerken und betreibt das Monitoring sozialer Medien.

weiterverbreitet wurden. 2012 wurden im Wahlkampf auf einem YouTube-Kanal außerdem Wahlwerbespots gepostet.

Nicht verlinkt ist auf mein-hh.info hingegen der Internetauftritt des »Hamburger Nationalkollektivs – Weiße Wölfe Terror Crew«. Nutzte HNK/WWT das Internet 2011 noch recht rege, auch den Kurznachrichtendienst Twitter und die Videoplattform YouTube, ist die Gruppe inzwischen ruhig geworden. Der letzte Artikel der Homepage stammt vom 10. September 2012. In dem Artikel werden zwei AntifaschistInnen namentlich genannt und so indirekt bedroht.

Aktiver zeigt sich die »Identitäre Bewegung Hamburg«, der auf Facebook im Juni 2013 670 Personen folgen. Regelmäßig werden Videos und Bilder eingestellt und aktuelle politische Themen kommentiert. Häufig werden einfach die Statusmeldungen, Bilder und Videos anderer »identitärer Ortsgruppen« geteilt, mitunter finden sich aber auch eigens auf die Hansestadt Hamburg zugeschnittene Beiträge. So beispielsweise ein Video, das eine Gruppe junger Leute mit einem Transparent der Identitären Bewegung tanzend vor dem Hamburger Bismarck-Denkmal zeigt, unterlegt mit Musik. Zu ihrer Beschreibung zitiert die »Identitäre Bewegung Hamburg« aus der sogenannten »Kriegserklärung« der Génération Identitaire, einem Video das auf YouTube viele Tausend Mal angesehen wurde.

Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle der Internet-Blog von Thorsten Schuster, einem weiteren langjährigen Akteur der Hamburger rechtsextremen Szene. Dieser mixt eindeutige neonazistische Inhalte und Loblieder auf die »ruhmreiche deutsche Vergangenheit« mit Verweisen auf aktuelle politische Auseinandersetzungen und Mobilisierungen für die Szene in Norddeutschland. Im Juni 2013 wurde Schuster, der auch der Anmelder der neonazistischen Demonstration »Tag der deutschen Zukunft« 2012 in Hamburg war, nach § 130, Abs. 3 (Volksverhetzung) zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt. In einem Bericht »Das Lager Auschwitz-Birkenau in den Augen eines ausgezehrten Landsers«, den er zum Auschwitzgedenktag am 27. Januar 2012 auf seinen Blog stellte, wurde von ihm der Holocaust geleugnet: In Auschwitz wäre es den Häftlingen besser ergangen als den deutschen Soldaten bei ihrem täglichen Einsatz an der Ostfront.

Laut einem Bericht von jugendschutz.net[1] waren im September 2012 sieben Websites aus dem Umfeld von Neonazi-Gruppen, der NPD, von VersandhändlerInnen und Szene-Diensten aus Hamburg bekannt. Hinzu kamen sieben Angebote im Web 2.0, also Profile beziehungsweise Kanäle bei Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube.

1 Der Beitrag »Erkenntnisse zu Rechtsextremismus im Internet unter Jugendschutzaspekten. Dossier Hamburg« steht im Internet kostenlos zur Verfügung: http://www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/dokumente/PDFs/Landesdossiers/Hamburg.pdf

Neue Formen des Gedenkens erproben

Interview mit AkteurInnen des Olsdorfer Friedensfestes

Seit 2009 findet an den Sammelgräbern der Bombenopfer das Ohlsdorfer Friedensfest statt. 2013 jährt sich der Hamburger Feuersturm zum 70. Mal. Die Bombenangriffe haben tiefe Spuren im Stadtbild, aber auch im kollektiven Gedächtnis vieler HamburgerInnen hinterlassen. Das Bündnis Ohlsdorfer Friedensfest wurde zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und des Nationalsozialismus gegründet. Mit dem Fest wehren sich die VeranstalterInnen auch gegen die Vereinnahmung der Gedenktage von rechts. Jahrelang hatten Alt- und Neonazis den Jahrestag der Bombardierung Hamburgs für ihre Zwecke instrumentalisiert: Größtenteils unbeachtet von der Öffentlichkeit veranstalteten sie Aufmärsche auf dem Friedhof, um den »deutschen Opfern des alliierten Bombenterrors« zu gedenken.

Das Ohlsdorfer Friedensfest findet vom 25. Juli bis zum 8. August statt, also in dem Zeitraum, in dem es 1943 die britischen Luftangriffe im Rahmen der Operation Gomorrha gab. Zwei Wochen lang gibt es an den Sammelgräbern der Bombenopfer zahlreiche kulturelle Veranstaltungen. Getragen wird das Friedensfest von einem breiten Bündnis, dem unter anderem der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Landesverband Hamburger Friedhöfe, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), das Hamburger Bündnis gegen Rechts und der AK Kirchliche Gedenkstättenarbeit Neuengamme angehören. Für das Bündnis interviewt wurden Lutz Rehkopf, Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit am Friedhof Ohlsdorf, und Ulrike Dorfmüller vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Was war der Anlass, in Ohlsdorf ein Friedensfest zu veranstalten? Lutz Rehkopf: Das erste Ohlsdorfer Friedensfest fand 2009 statt. Wir wollten nicht länger zusehen, wie die Nazis hier ihren Aufmarsch zelebrieren und dabei Opfer und Opfergruppen für ihre Interessen einzuspannen versuchen. Unsere Motivation für das Fest lag nicht nur darin, die Neonazis vom Friedhof zu vertreiben, sondern auch darin, neue Formen des Gedenkens und der Trauer zu erarbeiten, um hier auch inhaltliche Akzente zu setzen. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist enorm wichtig für den Friedhof Ohlsdorf als Gedenkort.

Wie kann ein angemessenes Gedenken aussehen? Uns geht es darum, die historische Wahrheit zu rekonstruieren und die Ursachen der Bombardierungen zu reflektieren: Wie konnte es dazu kommen? Das vergegenwärtigen wir uns über verschiedene Medien: Filme, Vorträge von ZeitzeugInnen, Musik und andere Zeitdokumente. Jedes Jahr laden wir verschiedene Opfer- und Widerstandsgruppen ein, die ihre jeweiligen Blickwinkel darstellen. Die Bombardierungen selbst werden ebenfalls thematisiert. Sie treten in der Regel etwas zurück, denn über historische

Umkämpftes Gedenken: Über den vier großen Massengräbern für die Opfer der Bombardierungen im Juli 1943 schuf das NS-Regime schon Ende desselben Jahres ein erstes Mahnmal und widmete damit den Ort für die Opfer der Bombardierung zu einer »völkischen Opfergabe« um; 1952 wurde ein zentrales Mahnmal errichtet, das den Schrecken und die Sinnlosigkeit des Krieges thematisierte. Nach einigen Jahren neonazistischer Propagandaveranstaltungen belegt jetzt die Initiative Ohlsdorfer Friedensfest den Raum, gleichzeitig stellen neue Tafeln die »Operation Gomorrha« in einen kritischen Kontext zu den nationalsozialistischen Verbrechen.

Hintergründe kann man sich aus anderen Quellen informieren. Als dritter Aspekt kommt der Gegenwartsbezug hinzu: Welche Opfergruppen gibt es heute? Wo taucht Verfolgung auf? Was sind Bedingungen für Krieg?

Ulrike Dorfmüller: Durch eine große Vielfalt der Perspektiven auf die Ereignisse und durch die Einbettung in den historischen Kontext versuchen wir zu verhindern, dass das Gedenken von Nazis vereinnahmt werden kann. Wir wollen bewusst keine einseitige Fokussierung auf die Hamburger Bombenopfer, sondern haben uns auch mit den Bombardierungen beschäftigt, die dem Hamburger Feuersturm vorangegangen sind. Im Rahmen eines Austausches haben Jugendliche eine Videoprojektion zum Thema Gomorrha erstellt. Sie haben beispielsweise ZeitzeugInnen-Berichte über die Bombardierungen von Coventry und Rotterdam gesammelt. An das Mahnmal projiziert wurden auch ZeitzeugInnen-Berichte von britischen Bomberpiloten, die sich über die Menschen Gedanken machen, die da unten unter den Bomben leben und sterben.

Welche neuen Formen des Gedenkens gibt es beim Ohlsdorfer Friedensfest? Ulrike Dorfmüller: Wir versuchen bewusst, andere Formen zu finden als das klassische »Kranz-Abwerfen« vor dem Mahnmal. Ein gutes Format war das Begegnungscafé, das wir zum Friedensfest nach Ohlsdorf eingeladen haben. Im Begegnungscafé treffen sich jeden Monat vom Naziregime Verfolgte und deren Kinder, die die Traumatisierung ebenfalls sehr nah miterlebt haben. Auch kamen Jugendliche, die im Rahmen einer Begegnungsfahrt in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg waren. Es war beeindruckend, wie gut die verschiedenen Generationen miteinander ins Gespräch gekommen sind. In Zukunft wollen wir verstärkt einen Rahmen bieten, in dem sich die Menschen generationsübergreifend über Nationalsozialismus und Krieg austauschen können.

Warum haben sich die Rechten den Ohlsdorfer Friedhof als Ort für ihre geschichtsrevisionistische Veranstaltung ausgesucht? Lutz Rehkopf: Der Ort, an dem sich die Neonazis versammelt haben, ist historisch bedeutsam: Es sind die Gräber der Bombenopfer. Hier sind etwas über 36.000 Opfer der Juli- und August-Bombenangriffe der Alliierten beigesetzt. Die Verstorbenen wurden 1943 aus dem gesamten Stadtgebiet nach Ohlsdorf gebracht. Sie konnten namentlich kaum noch erfasst werden. Wir haben hier in der Verwaltung ein Dokument gefunden, auf dem handschriftlich noch Namen der Toten aufgeschrieben waren. Aber das ist die einzige historische Quelle, bei der man noch auf Namen stößt.

Zum Ort selbst: Das ist eine kreuzförmige Anlage aus aufgeböschten Rasenflächen, die mit Kiefern umrandet ist. Auf Eichenbalken stehen die Namen der Stadtteile, aus denen die Verstorbenen auf den Friedhof gebracht wurden. Die Anlage wurde im Spätsommer 1943 vom NS-Gauleiter Karl Kaufmann eingeweiht. Von 1947 bis 1949 wurde sie mit einem Mahnmal im Inneren ausgestattet. Das ist ein kubischer Baukörper mit einer Skulpturengruppe von Gerhard Marcks. Auf dem Mahnmal selbst ist weder ein Leitspruch noch eine Gravur. Rechts daneben befindet sich aber eine Informationstafel. Das ist insgesamt eine sehr wuchtige Architektur, und wenn man alleine drinsteht, dann schnürt es einem den Hals zu.

Gibt es Diskussionen um das Mahnmal? Lutz Rehkopf: Zur Qualität des Mahnmales gibt es in unserem Kreis unterschiedliche Ansichten. Viele fänden es gut, wenn es neben dem Mahnmal noch etwas gäbe, was das Ganze stärker kontextualisiert, damit die Erinnerung nicht so leicht vereinnahmt werden kann. Im vorletzten Jahr haben wir im Rahmen des Friedensfestes diskutiert: Was soll ein Denkmal leisten, und wie verändert sich Gedenken im Laufe der Zeit? Gerhard Marcks, der das Mahnmal kurz nach Kriegsende geschaffen hatte, wollte den Bombennächten keinen tieferen Sinn verleihen und hat deswegen auf abstrakte Gestalten aus der Mythologie zurückgegriffen. Dies stand im Gegensatz zu den Nazis, die dem Opfer immer einen höheren Sinn zuordnen: Blut und Boden. Die Sinnfrage wird hier richtigerweise verweigert.

Allerdings spiegelt Marcks damit auch die Hilflosigkeit seiner Zeit wider. Damit allein können wir uns heute nicht mehr zufriedengeben. Nun ist das Friedensfest nicht dazu da, etwas Gegenständliches zu schaffen. Aber wir sind auf dem Weg, das weiter zu reflektieren. Das braucht Zeit und ist selbst ein Prozess der gemeinsamen Erinnerungsarbeit und Gedenkkultur.

▸ **Weitere Infos:**
www.psychosoz-arbeit.org

Schützenstraße, Bahrenfeld. Hier wurde am 27. Juni 2001 Süleyman Taşköprü durch die neonazistische Terrorgruppe NSU ermordet. Bis zum Aufdecken der Verbrechen des NSU recherchierten die Ermittlungsbehörden unter Ausblendung einer möglich rechten Tatmotivation. Die Medien griffen alle Vermutungen über den rassistisch titulierten »Dönermord« begierig auf, die das Motiv innerhalb der Familie oder der türkischstämmigen Community nicht nur vermuteten, sondern immer wieder neu behaupteten.

Dass es vielfältige Verbindungen von Hamburger Neonazistrukturen ins Thüringen der drei bisher bekannten NSU-TäterInnen gab, wurde lange Zeit nicht wahrgenommen.

Inzwischen gibt es einen kleinen Gedenkstein für Süleyman Taşköprü und die anderen neun Opfer des NSU, der daran erinnert, dass hier ein neonazistisches Verbrechen begangen wurde; ein kleiner Gedenkstein, der fast übersehen werden kann und doch dem Ort eine Erinnerung gibt.

... nur wenn's kracht

Neonazis im Spiegel der Medien | Von Maike Zimmermann

»Wenn man ständig über Neonazis berichtet, verschafft man ihnen eine Bühne und wertet sie unnötig auf.« Aussagen wie diese hört man immer wieder, wenn es um die Berichterstattung über die extreme Rechte geht. Neonazis, so meinen manche, hätten unsere Aufmerksamkeit nicht in diesem Maße verdient. Ignoriere man sie hingegen, so entziehe man ihnen den Nährboden.

Diese Einschätzung ist nicht nur klar widerlegbar, sie ist auch gefährlich. Wenn Nazis in Ruhe gelassen werden, gelingt es ihnen leider immer wieder, sich Sozialräume zu erschließen: im Jugendzentrum, bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sportverein. Dass die »nette NachbarIn« in Wirklichkeit »für Volk und Vaterland« kämpft, wird dann übersehen. So können Nazis ihre Spielräume auf subtile Art und Weise erweitern, und sie erfahren Akzeptanz durch ihre Umwelt. Und wenn sich der Hass auf alles, was nicht in das extrem rechte Weltbild passt, durchsetzt, mündet dies viel zu oft in gewalttätigen Übergriffen. Aufklärung über rassistische und neonazistische Umtriebe dient also nicht nur der Eindämmung des Problems, sondern auch dem Schutz der potenziellen Opfer.

Aber wie wird denn eigentlich in den Medien über Neonazis berichtet? Die Auseinandersetzung mit dem Thema hat sich in den letzten Jahren »nach Art der Gezeiten abgespielt«, schreibt Markus Horeld in der Zeitung »Die Zeit«, nämlich in den Modi »Verschweigen« und »Skandalisieren«. Das hat nicht unwesentlich mit dem zu tun, was man Nachrichtenwert nennt: Spektakuläre Zwischenfälle oder Wahlergebnisse bringen das Thema in die Medien. Das führt zum Teil zu plakativer Zuspitzung und zu stereotypisierender Darstellung – »Skandale« verkaufen sich eben besser. Für eine kontinuierliche Berichterstattung, die mit aufwendigen Recherchen verbunden ist, fehlt es oft an Zeit, Wille und finanziellen Mitteln.

Über Neonazis zu berichten, ist nicht einfach. Es genügt nicht, das Phänomen ausschließlich auf der juristischen Ebene (ein Neonazi hat eine Straftat begangen) oder auf der moralischen Ebene (Neonazis sind schlechte Menschen) zu behandeln. Neonazismus ist ein politisches Problem, das gesellschaftliche Ursachen hat. Dafür ist es notwendig, sich mit den extrem rechten Inhalten auseinanderzusetzen. Was sind die Themen der Neonazis? Wie argumentieren sie? Was sind ihre Ziele, und wo suchen und finden sie Anknüpfungspunkte zu gesellschaftlichen Diskursen?

Für JournalistInnen bedeutet das vor allem eine gute Vorbereitung – man muss sich anhören, ansehen, und durchlesen, was Neonazis sagen und schreiben. Von besonderer Bedeutung ist dies in den Bereichen Rundfunk und Fernsehen, und dort vor allem dann, wenn man Neonazis direkt zu Wort kommen lässt. Dann nämlich läuft man in der Tat Gefahr, ihnen eine Bühne zur Selbstdarstellung zu bieten. Zum Beispiel konnte der langjährige Neonazikader und stellvertretende Landesvorsitzende der Hamburger NPD, Thomas Wulff, in einem Bericht des »Hamburg Journals« direkt ein eigenes Statement abgeben. Man kann darüber diskutieren, ob das richtig oder falsch ist. Grundsätzlich gilt: NPD-FunktionärInnen sind keine »ganz normalen PolitikerInnen« und sollten auch nicht so behandelt werden. Und: Lässt man sie sprechen, sollte das nicht unkommentiert geschehen. Besonders schwierig wird dies in Live-Interviews. Wer dort nicht gut vorbereitet ist, riskiert, dass sich der Neonazi als »Sieger« daraus hervorgehen sieht. Braunes Gedankengut entlarvt sich nämlich nicht zwingend von selbst.

Fundierte Analysen setzen aber nicht nur ein hohes Maß an Wissen voraus, sondern erfordern auch Mut. Über Neonazis zu berichten, kann gefährlich sein. Immer wieder werden JournalistInnen von Neonazis angegangen. In Hamburg war dies zum Beispiel im Zusammenhang mit einem Naziaufmarsch am 1. Mai 2008 massiv der Fall. In den Augen von Neonazis gehören JournalistInnen zur »System-

Unser Versprechen: Wir tragen das Erbe weiter

Interview mit Cornelia Kerth, Vorsitzende der VVN-BdA

Joseph-Carlebach-Platz am Grindelhof. Hier wurde am 9. November 1938 die Bornplatzsynagoge von den NationalsozialistInnen niedergebrannt. 1988 wurde der Ort der ehemals größten Hamburger Synagoge rekonstruiert; er dient heute als einer der zentralen Orte zum Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft.

Wofür steht der Name Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten? Erst einmal steht Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes für den Personenkreis, der diese Organisation 1947 gegründet hat. Die Überlebenden des Nazi-Terrors haben sich drei Zielen verbunden gefühlt. Erstens: der Bestrafung der Täter; zweitens: der Anerkennung und Entschädigung der Opfer; und drittens: der Schwur von Buchenwald – »die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln und der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit.« Die Mitglieder der VVN mussten irgendwann feststellen, dass FaschistInnen mit der ersten Generation der TäterInnen nicht aussterben. Deshalb haben sie junge Menschen angeworben, die ihre Anliegen in die Zukunft tragen. 1972 ist so der Bund der AntifaschIsten hinzugekommen – und irgendwann in den 1990er-Jahren kamen die AntifaschistInnen.

Warum engagieren Sie sich persönlich in der VVN-BdA? Ich möchte in einer Welt leben, in der alle Menschen das haben, was sie brauchen. In einer Welt, in der klar ist, dass alle Menschen gleich sind und die gleichen Rechte haben. Das genaue Gegenteil davon ist Faschismus:

presse«, die Lügen über sie verbreiten will und im Dienst des »BRD-Systems« stünde. So schwankt die extreme Rechte zwischen Geltungsdrang und medialer Ablehnung.

Aber es gibt sie, die kontinuierliche Berichterstattung. JournalistInnen wie Andreas Speit oder Felix Krebs schreiben regelmäßig über Neonazis und ihre Strukturen auch in Hamburg und im Umland. Onlineportale wie Publikative oder Störungsmelder liefern gut recherchierte Hintergrundberichte. Wer sich über die extreme Rechte informieren will, kann dies also durchaus ohne viel Aufwand tun. In der Tagespresse sind solche Berichte aber eher die Ausnahme.

Für die intensiven Phasen medialer Beschäftigung gibt es in der Regel einen Auslöser. Im bundesdeutschen Zusammenhang ist dies seit November 2011 sicherlich das Auffliegen des *Nationalsozialistischen Untergrundes* (NSU). Auch in der Hamburger Presse finden sich seitdem regelmäßig Berichte zu diesem Themenkomplex. Von besonderem Interesse sind jedoch auch hier lokale außeralltägliche Ereignisse. Am 2. Juni 2012 marschierten Neonazis durch den Hamburger Stadtteil Wandsbek. Vor allem im Vorfeld, aber auch nach dem Aufmarsch war die mediale Aufmerksamkeit in der Lokalpresse außergewöhnlich hoch.

Im Vorfeld berichteten Hamburger Abendblatt, Hamburger Morgenpost und Bild-Zeitung ausführlich über das anstehende Ereignis. Die Bild-Zeitung lieferte Fakten zu den Organisatoren und zu anderen Hamburger Nazigrößen, erklärte den Unterschied zwischen NPD, *Freien Kameradschaften* und der *Weisse Wölfe Terrorcrew*. Presse, Stadt und Öffentlichkeit waren sich einig: Nazis will hier keiner. Entsprechend umfangreich waren die Berichte über Gegendemonstrationen. Vor allem die Kundgebung auf dem Rathausmarkt von »Hamburg bekennt Farbe« fand Erwähnung, aber auch die Aktivitäten des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR). Die Medien leisteten hier ein Beitrag dazu, dass die Stimmung in der Stadt klar gegen den Aufmarsch der Rechten ausgerichtet war.

nämlich eine umfassende Ideologie der Ungleichheit, die aufs Brutalste umgesetzt wird und zu diesem beispiellosen Verbrechen von Vernichtungskrieg und Holocaust geführt hat. Irgendwann habe ich Überlebende aus dem Widerstand kennengelernt. Ihnen bin ich außerordentlich dankbar für das, was sie geleistet haben. Sie stehen dafür, dass AntifaschistIn zu sein nichts damit zu tun hat, ob man deutsch ist oder nicht, sondern mit einer Positionierung, die man einnimmt. Und genau deshalb fühle ich mich ihnen verpflichtet und damit auch ihrem Erbe.

Seit 2007 führt die VVN-BdA die Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!«. Der erste Verbotsantrag war aufgrund der vielen V-Leute in der NPD gescheitert. Wie sehen Sie die Chancen für einen erneuten Verbotsantrag? Zunächst ist es ein Erfolg, dass nun die politischen Voraussetzungen für einen erneuten Verbotsantrag geschaffen sind. Wir sind aber auch der Meinung: Ein Innenminister, der sich bis zuletzt heftig gegen einen solchen Verbotsantrag gewehrt hat, ist nicht unbedingt die Person, die Gewähr dafür bietet, dass alle Erfordernisse für den Erfolg des Verfahrens erfüllt sind. Deshalb muss die antifaschistische Bewegung das Verfahren politisch eng begleiten. Wir fordern die Abschaffung des elenden V-Leute-Systems, weil dieses System nicht nur dem Verbot schadet, sondern insgesamt höchst problematisch ist. Im Rahmen des NSU-Skandals hat der Verfassungsschutz zu keinerlei Aufklärung beigetragen. Ganz im Gegenteil, er ist selbst massiv in die Entstehungsgeschichte des NSU verstrickt. V-Leute dienen eher der extrem rechten Szene als ihrer Bekämpfung, auch in Bezug auf die Finanzierung.

Die VVN-BdA macht seit ihrer Entstehung unermüdlich Erinnerungsarbeit: Gespräche mit ZeitzeugInnen, Gedenken zu Jahrestagen, Stolpersteinverlegungen. Warum sind das Erinnern und das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen gerade für junge Menschen wichtig? Die ZeitzeugInnen-Veranstaltungen – entweder mit ZeugInnen selbst oder mit Zeugnissen, die sie hinterlassen haben – sind wichtig, weil sie sehr viel fassbarer sind als das, was Kinder und Jugendliche sonst in der Schule über Faschismus lernen. Sie wecken Empathie und machen damit eine eigene Positionierung möglich. Wenn wir sagen »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«, dann muss man das begründen. Uns ist es wichtig, den Zusammenhang herzustellen zwischen dem gigantischen historischen Verbrechen des Faschismus und der faschistischen Ideologie, die die Handlungsanleitung für dieses Verbrechen ist. Das wird an den Schulen meist nicht gelehrt. Dies zu vermitteln, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Wie kann eine Erinnerungspolitik aussehen, wenn die ZeitzeugInnen nach und nach sterben? Wir haben schon seit Langem den Ansatz der ZeugInnen der ZeugInnen. Das sind zum einen Angehörige und Nachkommen der ZeitzeugInnen, die die Geschichte ihrer Familien weitertragen. Zum anderen ist das eine Aufgabe der VVN-BdA als Organisation. Wir alle verdanken einen erheblichen Teil unserer politischen Sozialisation und unseres Wissens zum Thema der Generation der GründerInnen. Unser Versprechen ist: Wir tragen das Erbe weiter.

In Hamburg gab es zum Beispiel eine Veranstaltungsreihe, in der Töchter und Enkelinnen von Frauen aus dem Widerstand über ihre Mütter bzw. Großmütter erzählt haben und aus dem gelesen haben, was diese hinterlassen hatten. Es gibt ein Buch von Gerda Zorn über »Rote Großmütter«, in dem viele Frauen porträtiert werden, die wir teilweise noch persönlich gekannt haben und die nun nicht mehr leben. Dieses Veranstaltungsformat wird in Zukunft noch mehr an Gewicht gewinnen, wenn es keine direkten ZeitzeugInnen mehr gibt.

Weitere Informationen:
www.hamburg.vvn-bda.de

Doch wer die Berichterstattung aufmerksam verfolgte, konnte bereits im Vorfeld zweierlei erkennen: Zum einen wurde der Aufmarsch maßgeblich als Sicherheitsproblem wahrgenommen – Einschränkungen, gewaltbereite *Autonome NationalistInnen*, ein Großaufgebot an Polizei. Zum anderen deutete sich schon hier eine Trennung in »gute DemokratInnen« und »böse LinksextremistInnen« an.

»Während auf dem Hamburger Rathausmarkt 10.000 Menschen friedlich gegen einen Aufmarsch von Neonazis in der Hansestadt protestierten, kam es im Stadtteil Wandsbek zu heftigen Ausschreitungen zwischen gewaltbereiten Autonomen und der Polizei«, hieß es am Abend des 2. Juni im »Stern«. Diesen Satz könnte man so verstehen: Die Menschen auf dem Rathausmarkt protestierten gegen die Nazis, wohingegen Nazis für die »gewaltbereiten Autonomen« in Wandsbek offensichtlich keine Rolle spielten. Ihnen ging es nur um die Auseinandersetzung mit der Polizei. Dass viele Hundert Menschen dem Aufruf zu Massenblockaden – die nicht auf Eskalation ausgelegt waren – gefolgt sind und dadurch den Aufmarsch der Nazis massiv verkürzen konnten, geht aus dieser Darstellung nicht hervor. Die Überschrift des Beitrages lautete: »Steine, Böller, Barrikaden«. Auch hier gilt offenbar: Der Nachrichtenwert wird durch die Möglichkeit zur Skandalisierung gesteigert. Es dominiert die Gegenüberstellung »guter« und »böser« DemonstrantInnen; Neonazis kommen da nur am Rande vor.

Ereignisse wie am 2. Juni sind für die Neonaziszene von großer Bedeutung. Und sie zwingen die Öffentlichkeit, sich zu positionieren. Gefährlich sind aber vor allem rechte Einstellungen, und zwar 365 Tage im Jahr. Sie äußern sich oftmals eher leise und subtil. Hier zeigen sich Schnittstellen zu Alltagsrassismus und Stammtischparolen. Eine kritische Öffentlichkeit darf das Thema daher auch abseits medialer Höhepunkte nicht aus dem Blick verlieren.

Maike Zimmermann ist Journalistin und schreibt unter anderem für die Monatszeitung ak – analyse & kritik.

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg

Die Arbeit des MBT richtet sich dabei nicht nur gegen den organisierten Rechtsextremismus, sondern bezieht sich auch auf seine einzelnen Ideologieelemente (wie Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus usw.). Dies insbesondere, wenn der Anlass, die Motivation oder die AkteurInnen der entsprechenden Einstellung oder Handlung als extrem rechts einzustufen sind oder die Gefahr besteht, von extrem rechter Seite vereinnahmt, beeinflusst oder instrumentalisiert zu werden.

Veröffentlichungen und Publikationen des Mobilen Beratungsteams

Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den Sport. 2012.
Format: Broschüre, 31 Seiten.
Thema: Was hat Sport mit dem Thema Rechtsextremismus zu tun, wie lässt sich Rechtsextremismus erkennen und wie können Sportvereine auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen gegen Rechtsextremismus intervenieren?
Inhalt: Neben einem Rechtsratgeber, der mögliche Satzungsänderungen und Haus- und Nutzungsordnungen ebenso bespricht wie Möglichkeiten aufzeigt, sich bei Veranstaltungen rechtlich gegen Rechtsextremismus zu wehren, bietet die Broschüre zahlreiche Beispiele Hamburger Sportvereine und Initiativen, die mit ihren Ansätzen gute Anregungen geben, wie sich ein Verein auch über seine Vereinskultur gegen Diskriminierungen und Rechtsextremismus positionieren und präventiv wirken kann. Einführend wird kurz die extrem rechte Szene Hamburgs skizziert sowie eine Übersicht über wichtige Codes, Symbole und Bekleidungsmarken gegeben, um die LeserIn in die Lage zu versetzen, RechtsextremistInnen als solche zu erkennen.

Das MBT befindet sich bei Arbeit und Leben Hamburg und der DGB-Jugend Nord bewusst in freier Trägerschaft. Sein Angebot ist kostenfrei, anonym und möglichst niedrigschwellig. Die Beratungsarbeit des MBT ist unabhängig von einer Einflussnahme auch seitens Behörden, die das Projekt finanzieren und verwalten. Die BeraterInnen arbeiten, insbesondere in den Bereichen Informationsaustausch und fallbezogene Kooperationen, eng mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen aus dem Bereich antifaschistischer Arbeit zusammen. Grundlage hierfür ist die Einschätzung, dass in diesen Feldern und bei ihren AkteurInnen zentrale Kompetenzen und großes Engagement zur Bekämpfung von Rechtsextremismus liegen. Im Hamburger Beratungsnetzwerk arbeitet das MBT darüber hinaus mit Behörden und Bezirksämtern, ReligionsvertreterInnen, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Sportvereinen und MigrantInnen-Organisationen zusammen. Auf überregionaler Ebene gibt es einen engen Austausch mit den Beratungsteams und den Opferhilfeeinrichtungen der anderen Bundesländer.

Bei seiner Beratungstätigkeit kommt dem MBT die Aufgabe zu, die vorhandene Situation gemeinsam mit den Ratsuchenden zu analysieren und ein nachhaltiges Lösungskonzept zu entwickeln. Dies kann unter Umständen auch bedeuten, gegen Diskriminierung auf struktureller und institutioneller Ebene vorzugehen. Seinem Selbstverständnis nach geht es um eine lösungs- und ressourcenorientierte Beratung, um niedrigschwellige Angebote und um einen moderierenden Ansatz, der bewusst auf Polarisierungen und Konfrontationen verzichtet, gleichzeitig aber eine Parteinahme für Minderheiten und von Ausschluss bedrohte Gruppen einschließt. Es heißt daher: »Unsere Beratung ist gelungen, wenn:

- die Beratenen nach Abschluss der Beratung über ein größeres Wissen zum Thema Rechtsextremismus verfügen,
- die Beratenen nach Abschluss der Beratung ihre Handlungskompetenz erhöht haben,
- die Beratenen in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus unterstützt und gefördert wurden.«

Ihren Anfang nehmen die Beratungen mit einem Anruf der Ratsuchenden beim zentralen Erstkontakttelefon oder auch direkt bei den MitarbeiterInnen des MBT. In einigen Fällen macht das MBT auf Eigeninitiative hin Beratungsangebote. Solche Fälle können sein: Das MBT wird über extrem rechte Aktivitäten informiert, bevor die örtlich zuständigen AnsprechpartnerInnen oder die potenziell Betroffenen im Bilde sind. Ebenso in Fällen, in denen anzunehmen ist, dass die örtlich zuständigen AnsprechpartnerInnen oder die potenziell Betroffenen zwar Kenntnis von dem Problem haben, jedoch nicht über Unterstützungsangebote informiert sind. Außerdem nimmt sich das MBT solcher Fälle an, in denen rechtsextreme Aktivitäten unterschätzt oder verharmlost werden.

In den vergangenen Jahren hat das MBT ergänzend zu den Beratungstätigkeiten eine Vielzahl von Materialien entwickelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. So hat es mehrere themen- bzw. zielgruppenspezifische Ratgeberbroschüren erarbeitet. Einige Beispiele: Im Jahr 2010 hat das MBT in Kooperation mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Hamburg den Ratgeber **Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für die Gastronomie** erarbeitet. 2011 ist unter Beteiligung des Hamburger Sportbundes, der Hamburger Sportjugend und der Behörde für Sport der Ratgeber **Rechtsextremen nicht auf den Leim**

Rechtsextremismus erkennen und handeln. Ein Leitfaden für LehrerInnen und PädagogInnen. Überarbeitete Auflage 2013.
Format: Broschüre, 16 Seiten.
Thema: Wie können LehrerInnen, JugendarbeiterInnen und PädagogInnen gegen Rechtsextremismus intervenieren?
Inhalt: Nach einem kurzen Beitrag zur Ideologie des Rechtsextremismus geht die Broschüre der Frage nach, woran sich eine rechtsextreme Orientierung bei Jugendlichen überhaupt erkennen lässt, erklärt Codes, Chiffren und Symbole der extremen Rechten, gibt einen kurzen Einblick in rechtsextreme Musikstile und zeigt schließlich pädagogische Interventionsmöglichkeiten und Kooperationsmöglichkeiten auf, die PädagogInnen, welche sich stärker mit dem Thema auseinandersetzen wollen, nutzen können.

Rechtsextremen nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für den betrieblichen Alltag. 2013.
Format: Broschüre, 32 Seiten.
Thema: Wie können Betriebsräte, Auszubildende, Angestellte oder Geschäftsführung in einem Betrieb gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorgehen? Welche rechtlichen Interventionsmöglichkeiten gibt es und was kann, ganz praktisch, darüber hinaus getan werden?
Inhalt: Die in Kooperation mit den Hamburger Einzelgewerkschaften herausgegebene Broschüre vereint zahlreiche Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Hamburger Betrieben. Betriebsräte, Auszubildende und Angestellte berichten von ihren Erfahrungen, wie in Betrieben gegen Rechtsextremismus und Rassismus interveniert werden kann. Und auch diese Broschüre hat einen Rechtsteil: Neben einem Interview mit einem Rechtsanwalt wird auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz eingegangen.

Rechtsextremisten nicht auf den Leim gehen. Ein Ratgeber für die Gastronomie. 2011.
Format: Broschüre, 20 Seiten.
Thema: Wie können Anmietungsversuche Rechtsextremer erkannt und verhindert werden?
Inhalt: Der erste thematische Ratgeber des MBT Hamburg widmet sich den Anmietungsversuchen von Rechtsextremen, die Räume benötigen, um ihre Versammlungen, Schulungen und Veranstaltungen durchzuführen. Nicht immer ist gleich zu erkennen, dass es sich um Anmietungen von RechtsextremistInnen handelt. Die Broschüre bespricht darum zunächst Codes und Symbole der extremen Rechten, um dann auf die Möglichkeiten der Vertragsgestaltung einzugehen, die VermieterInnen haben, um einen rechten Anmietungsversuch im Vorfeld zu verhindern oder ein bestehendes Mietverhältnis zu beenden.

Bildungsbausteine
Unsere Bildungsbausteine wollen PädagogInnen Hintergrundinformationen, Methoden und Materialien an die Hand geben und sie so in die Lage versetzen, in ihrer eigenen Praxis an verschiedenen Themen und Aspekten des Rechtsextremismus zu arbeiten. Der von Hinrich Eberhardt erstellte Bildungsbaustein »Ist das Verbot der NPD ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der extremen Rechten?« macht einen Vorschlag, wie PädagogInnen in einem eintägigen Seminar mit Jugendlichen die Pros und Contras eines NPD-Verbotes erarbeiten können. Der Bildungsbaustein »Frauen und Mädchen in der extremen Rechten« von Johanna Sigl beleuchtet einen häufig vernachlässigten Aspekt der Rechtsextremismus-Forschung und -Prävention: Frauenbilder in der extremen Rechten sowie geschlechtsspezifische Ein- und Ausstiegsmotive. Der Bildungsbaustein zeigt seinerseits methodisch-didaktische Zugänge für die Auseinandersetzung mit der Thematik mit Jugendlichen auf.

gehen. Ein Ratgeber für den Sport erschienen. Und im Jahr 2012 wurde ein **Ratgeber für den betrieblichen Alltag** verwirklicht und in Kooperation mit dem DGB Hamburg und den Hamburger Einzelgewerkschaften herausgebracht. Die Broschüren geben jeweils in knapper Form eine Einführung in extrem rechte Ideologie sowie einen Überblick über extrem rechte Strukturen, skizzieren die Problemlagen im jeweiligen Handlungsfeld, beschreiben eine Vielzahl von guten Beispielen zivilcouragierten Widerstandes, enthalten einen Rechtsratgeber und informieren über Codes und Symbole der Rechten.

Außerdem stehen auf der Website des MBT verschiedene Expertisen zur Verfügung (zum Beispiel zu Rechtsextremismus im Stadtteil oder zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus). Darüber hinaus wurden Bildungsbausteine (beispielsweise zur Diskussion um das NPD-Verbot und zu Mädchen und Frauen in der extremen Rechten) und Stadtteilanalysen zu extrem rechten Strukturen und zum Widerstand dagegen veröffentlicht (Bergedorf, Bramfeld und Harburg).

Schließlich arrangiert das MBT in Kooperation mit den beiden Trägern und auch mit anderen Einrichtungen Workshops und Abendveranstaltungen zu verschiedenen Themen (zum Beispiel »Antikapitalismus von rechts?« – Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der NPD und »Extreme Rechte goes Pop? Die Identitäre Bewegung in Hamburg«).

Im Jahr 2012 hat das MBT in Kooperation mit Einrichtungen der Bezirks- und Senatsverwaltung, der offenen Jugendarbeit, mit Hamburger Betrieben, Ausbildungseinrichtungen, Stadtteilstrukturen und Bürgerbündnissen, mit Regelschulen sowie mit zielgruppen- und themenbezogenen Einrichtungen in mehr als 50 Seminaren und Vortragsveranstaltungen über den sogenannten »Tag der deutschen Zukunft«, den geplanten Neonazi-Aufmarsch sowie die dahinter stehenden Strukturen und Ideologien informiert.

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e. V. und der DGB-Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.

- **www.hamburg.arbeitundleben.de**
- **www.dgb-jugend-nord.de**

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland. Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

- **Mehr Infos unter:**
  www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Hilfreiche Websites gegen Rechtsextremismus

Bildung und Beratung gegen rechts in Hamburg

- **Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (Arbeit und Leben Hamburg/DGB Jugend Nord)**
  www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
- **Arbeit und Leben Hamburg e.V.**
  www.hamburg.arbeitundleben.de
- **DGB Jugend Nord**
  www.dgb-jugend-nord.de
- **Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Hamburg**
  www.hamburg.de/beratungsnetzwerk
- **Bildungsarbeit – Vielfalt gestalten**
  www.bildungsarbeit.org
- **Friedrich-Ebert-Stiftung Hamburg: Julius-Leber-Forum**
  www.julius-leber-forum.de
- **Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V.**
  www.ikm-hamburg.de
- **KZ-Gedenkstätte Neuengamme**
  www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de
- **Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung**
  www.li.hamburg.de
- **Landeszentrale für politische Bildung Hamburg**
  www.hamburg.de/politische-bildung
- **Landesjugendring Hamburg**
  www.ljr-hh.de

Hamburger Initiativen gegen rechts

- **Hamburger Bündnis gegen Rechts**
  www.keine-stimme-den-nazis.org
- **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Landesvereinigung Hamburg**
  www.hamburg.vvn-bda.de

Beratungsangebote in Norddeutschland

- **Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt Braunschweig (Arbeit und Leben)**
  www.arug.de
- **Beratung von Eltern und Angehörigen**
  www.lidicehaus.de
- **Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein**
  www.beranet-sh.de
- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin**
  www.mbr-berlin.de
- **Mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven**
  www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de
- **Mobile Beratung Mecklenburg-Vorpommern**
  www.demokratie-mv.de
  www.ev-akademie-mv.de
- **Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus**
  www.lpr.niedersachsen.de
- **Zentrum Demokratische Bildung Wolfsburg**
  www.zdb-wolfsburg.de

Beratung für Betroffene rechter Gewalt

- **Opferhilfe Hamburg: Psychologische Beratung durch PsychotherapeutInnen**
  www.opferhilfe-hamburg.de
- **Opferberatung Berlin**
  www.reachoutberlin.de
- **Opferberatung Mecklenburg-Vorpommern**
  www.lobbi-mv.de
- **Opferberatung Potsdam**
  www.opferperspektive.de

Antidiskriminierungsberatung und Hilfe für MigrantInnen und Flüchtlinge in Hamburg

- **Basis und Woge Hamburg**
  www.basisundwoge.de
- **Flüchtlingsrat Hamburg**
  www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Bundesweite Informations- und Beratungsangebote

- **Agentur für soziale Perspektiven e.V.**
  www.aspberlin.de
- **Bundeszentrale für politische Bildung (Bereich Rechtsextremismus)**
  www.bpb.de/rechtsextremismus
- **Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA), Düsseldorf**
  www.vielfalt-mediathek.de
  www.idaev.de

Hintergrundinformationen zum Thema Rechtsextremismus

- **antifaschistisches pressearchiv und und bildungszentrum berlin e.V.**
  www.apabiz.de
- **Ausstellung zu Opfern rechter Gewalt**
  www.opfer-rechter-gewalt.de
- **Blick nach rechts**
  www.bnr.de
- **Broschüre der Agentur für soziale Perspektiven e.V.**
  www.dasversteckspiel.de
- **Info-Portal zum Thema NS und Holocaust**
  www.lernen-aus-der-geschichte.de
- **Jugendschutz im Netz**
  www.jugendschutz.net
- **Netz gegen Nazis**
  www.netz-gegen-nazis.de
- **Online-Portal mit Handlungsoptionen gegen rechts**
  www.whatwecando.de

Online-Portal verschiedener Kooperationspartner mit umfangreichen Informationen

- **www.hass-im-netz.info**
- **Dokumentation Fortbildungsreihe »Erlebniswelt Rechtsextremismus«**
  www.hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/dokumente/PDFs/erlebniswelt2.pdf
- **Projekt von und für SchülerInnen gegen alle Formen von Diskriminierung**
  www.schule-ohne-rassismus.org
- **Zeitungs- und DVD-Projekt gegen Neonazis**
  www.keinbockaufnazis.de

Verwendete Literatur

Bauernzöpfe und Hello Kitty. Mädchen und Frauen in der extremen Rechten.

- Agentur für soziale Perspektiven (2013): Das Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Hamburg. rat – reihe antifaschistischer texte. Zu beziehen über www.dasversteckspiel.de
- Antifaschistisches Infoblatt Nr. 78, 1/2008: »Rechtsberatung von rechts – das Deutsche Rechtsbüro«, S. 18–19.
- Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremistische Gewalt: Mädchen und junge Frauen als Täterinnen? In: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen u.a.
- Bitzan, Renate (2005): Differenz und Gleichheit – Zur Geschlechterideologie rechter Frauen und ihren Anknüpfungspunkten zu feministischen Konzepten. In: Antifaschistisches Frauennetzwerk / Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Münster/Hamburg 2005, S. 75–90.
- Robert Claus / Esther Lehnert / Yves Müller (Hrsg.) (2010): »Was ein rechter Mann ist …« Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin.
- DGB-Jugend Nord / Netzwerk für Demokratie und Courage Mecklenburg-Vorpommern (2010): Demokratie Macht Schule. Konzeptordner für den Unterricht und die politische Bildungsarbeit. Rostock.
- Heitmeyer, Wilhelm et al. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim und München.
- Holzkamp, Christine / Rommelspacher, Birgit (1991): Frauen und Rechtsextremismus. Wie sind Mädchen und Frauen verstrickt?. In: Päd. Extra / Demokratische Erziehung, Bd. 1, S. 33–39.
- Kenzo, Rena (2009): Frauengruppen. In: Mädchen und Frauen in der extremen Rechten. Handreichung des Forschungsnetzwerkes Frauen und Rechtsextremismus. Zu beziehen über www.frauen-und-rechtsextremismus.de
- Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen – Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen.
- Radvan, Heike (Hrsg.) (im Erscheinen): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin.
- Röpke, Andrea (2011): DVD »Braune Kameradin«. Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt. Zu beziehen über www.arug.de.
- Röpke, Andrea / Speit, Andreas (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin.
- Sanders, Eike / Jentsch, Ulli (2011): AN und gender. In: Schedler, Jan / Häusler, Alexander (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden.
- Schedler, Jan / Häusler, Alexander (Hrsg.) (2011): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung. Wiesbaden.
- Sigl, Johanna (im Erscheinen): Lebensgeschichten von Aussteigerinnen aus der extremen Rechten. Genderspezifische Aspekte und mögliche Ansatzpunkte für eine ausstiegsorientierte Soziale Arbeit. In: Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin.

Die gehören hier nicht hin. Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft.

- Adorno, T. W. (1959): Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? In: Tiedemann, R. (Hrsg.): Theodor W. Adorno – Gesammelte Schriften Bd. 10.2, Frankfurt am Main
- Butterwegge, C. (2002): Rechtsextremismus. Freiburg.
- Decker, O. / Geißler, N. / Brähler, E. (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Decker, O. / Rothe, K. / Weissmann, M. / Geissler, N. / Brähler, E. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland. Berlin.
- Decker, O. / Kiess, J. / Brähler, E. (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn.
- Decker, O. / Kiess, J. / Brähler, E. (2013): Die Mitte zwischen Beschleunigung und Kontrollverlust. Rechtsextreme Einstellung in der modernen Gesellschaft. Gießen.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

Mit politischer Bildung gegen extrem rechte Einstellungen

- Agentur für soziale Perspektiven (2013): Das Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Hamburg. rat – reihe antifaschistischer texte. Zu beziehen über www.dasversteckspiel.de
- Alheim, Klaus / Schillo, Johannes (Hrsg.) (2012): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung. Hannover.
- Dissens e.V.: siehe www.dissens.de
- Gugel, Günther (2010): Handbuch Gewaltprävention II. Grundlagen – Lernfelder – Handlungsmöglichkeiten. Tübingen.
- Hufer, Klaus-Peter (2009): Argumente am Stammtisch. Schwalbach/Ts.
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus: siehe www.kiga-berlin.org
- LAG-Magazin: Rechtsextremismusprävention und Demokratieerziehung durch Gedenkstätten und Kriegsgräber? Vom 14. März 2012 (03/12), abrufbar unter www.lernen-aus-der-geschichte.de.
- Scharathow, Wiebke / Leiprecht, Rudolf (Hrsg.) (2009): Rassismuskritik. Bd. 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Schwalbach/Ts.
- Schäuble, Barbara (2010): Politische Bildung und Rechtsextremismus. In: Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts., S. 409–422.

HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. | Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg | Registernummer: VR 9937 | Kontakt: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. | Besenbinderhof 60 20097 Hamburg | Telefon: 040 284016-68 | mbt@hamburg.arbeitundleben.de | V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann | Arbeit und Leben Hamburg | Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Dezember 2013 | Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Katharina Höfel | Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling | Lektorat: sprachkontor.de | Gestaltung/Satz/pbdt
Fotos: Peter Bisping | Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN

MBT hamburg
mobiles beratungsteam gegen rechtsextremismus

Arbeit und Leben Hamburg

DGB Jugend

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

TOLERANZ FÖRDERN KOMPETENZ STÄRKEN

Hamburg

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord.
Das MBT ist Teil des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus Hamburg und erreichbar unter der Telefonnummer der Erstkontaktstelle 040 42863-3625.

Im Rahmen des Bundesprogramms »TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.